

No. 34149

**AUSTRIA
and
UKRAINE**

**Agreement for the promotion and reciprocal protection of
investments. Signed at Graz on 8 November 1996**

Authentic texts: German and Ukrainian.

Registered by Austria on 28 October 1997.

**AUTRICHE
et
UKRAINE**

**Accord relatif à la promotion et à la protection réciproque des
investissements. Signé à Graz le 8 novembre 1996**

Textes authentiques : allemand et ukrainien.

Enregistré par l'Autriche le 28 octobre 1997.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER UKRAINE ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE UKRAINE, im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der gegenseitige Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ jede Art von Vermögenswerten, die von einem Investor einer der Vertragsparteien im Zusammenhang mit einer Wirtschaftstätigkeit auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei gemäß den Gesetzen und Regelungen der letztgenannten investiert werden, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) geistige und gewerbliche Eigentumsrechte, insbesondere, aber nicht ausschließlich Urheberrechte, Handelsmarken, Erfinderpateute, gewerbliche Muster und Modelle sowie technische Verfahren, Know-how, Betriebsgeheimnisse, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung oder die Gewinnung von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“

- a) jede natürliche Person, die Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person, sowie jede Handelsgesellschaft, Personengesellschaft oder Wirtschaftsvereinigung, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien geschaffen wurde, ihren Sitz in deren Hoheitsgebiet hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- c) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien oder eines dritten Staates geschaffen wurde und in der ein unter a) oder b) genannter Investor eine maßgebliche unmittelbare Kontrolle ausübt;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte:

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch die Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme einer der Vertragsparteien mit gleicher Wirkung für die Investition eines Investors der anderen Vertragspartei:

(5) umfaßt der Begriff „Hoheitsgebiet“ in bezug auf jede Vertragspartei das Staatsgebiet jeder der Vertragsparteien;

(6) „Ohne ungebührliche Verzögerung“ bedeutet in einem für die Erfüllung der notwendigen Formalitäten bei Transferzahlungen üblicherweise erforderlichen Zeitraum. Dieser beginnt mit dem Tag, an dem der Antrag auf Transferzahlung gestellt wird, und darf höchstens ein Monat betragen.

Artikel 2

Förderung und Schutz der Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet die Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Gemäß Artikel I Abs. 1 genehmigte Investitionen und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung solcher Erträge auch für deren Erträge. Jede Änderung, in der die Vermögenswerte veranlagt oder wiederveranlagt werden, einschließlich der rechtlichen Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition, die in Übereinstimmung mit den rechtlichen Bestimmungen der betreffenden Vertragspartei erfolgt, beeinträchtigt nicht deren rechtlichen Status als Investition.

Artikel 3

Behandlung der Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen gemäß Abs. 1 dieses Artikels können nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

Artikel 4

Entschädigung für Enteignung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen entsprechende Entschädigung enteignet werden.

(2) Die Entschädigung muß dem gerechten Marktwert der Investition, und zwar unmittelbar vor dem oder zu dem Zeitpunkt, in dem die Entscheidung über die Enteignung angekündigt oder öffentlich bekannt wurde, je nach dem, welcher früher liegt, entsprechen. Der Marktwert wird in Übereinstimmung mit der international anerkannten Praxis bestimmt, wobei unter anderem das investierte Kapital, der Wiederbeschaffungswert, die Wertzunahme, laufende Erträge, Goodwill und andere wesentliche Faktoren zu berücksichtigen sind. Für den Fall, daß die Zahlung der Entschädigung verzögert wird, wird die Entschädigung in einer Höhe geleistet, die den Investor nicht in eine ungünstigere Lage bringt, als die, in der er sich befände, wäre die Entschädigung unmittelbar zum Zeitpunkt der Enteignung geleistet worden. Die Entschädigung umfaßt jedenfalls Zinsen zum marktüblichen Zinssatz, der jedoch auf jeden Fall nicht niedriger liegt als die gültige LIBOR-Rate oder das Äquivalent dazu, vom Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der Zahlung. Die schließlich festgelegte Entschädigung wird an den Investor unverzüglich in frei konvertierbarer Währung geleistet und wird ohne Verzögerung frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(3) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Abs. 2 dieses Abkommens als eine Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(5) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 9 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

Artikel 5

Entschädigung für Schadensfälle oder Verluste

(1) Investoren einer Vertragspartei, deren Investitionen auf Grund eines Krieges oder anderer bewaffneter Konflikte, eines nationalen Notstandes, einer Revolte, Bürgerunruhen, eines Aufstandes oder auf Grund von Tumulten oder ähnlicher Ereignisse im Gebiet der anderen Vertragspartei Schaden oder Verluste erleiden, erfahren hinsichtlich Rückerstattung, Schadloshaltung, Entschädigung oder anderer Regelungen seitens der anderen Vertragspartei keine weniger günstige Behandlung als jene, die diese Vertragspartei ihren eigenen Investoren oder Investoren aus Drittstaaten, je nachdem, welche Behandlung für den durch die obengenannten Ereignisse geschädigten Investor die günstigere ist, zuteil werden läßt.

(2) Unbeschadet der Bestimmungen in Abs. 1 dieses Artikels, haben Investoren einer Vertragspartei, die auf Grund von Ereignissen, wie sie im zitierten Abs. angeführt sind, auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei Schaden oder Verluste aus folgenden Gründen erleiden:

- a) durch Beschlagnahme ihres gesamten Eigentums oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Behörden dieser Vertragspartei, oder durch
- b) die Zerstörung ihres gesamten Eigentums oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Behörden dieser Vertragspartei,

die nicht durch Kampfhandlungen verursacht wurde bzw. nicht auf Grund der Notsituation erforderlich war, Anspruch auf umgehende Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und gegebenenfalls auf umgehende angemessene und wirksame Entschädigung für den Schaden oder Verlust. Daraus folgende Zahlungen sind frei konvertierbar und ohne ungebührliche Verzögerung frei transferierbar.

Artikel 6

Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 oder 5 dieses Abkommens;
- g) Zahlungen aus einer Streiterledigung.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von der aus der Transfer vorgenommen wird, gelten.

(3) Die Wechselkurse werden entsprechend den Notierungen an den im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei befindlichen Börsen bzw. subsidiär von dem jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

Artikel 7

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt

diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund einer entsprechenden Vereinbarung auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4, 5 und 6 dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 8

Andere Verpflichtungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien durch Verhandlungen beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Abs. 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Erhalt einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei den folgenden Verfahren unterworfen:

a) einem Vergleichs- oder Schiedsverfahren vor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, das auf Grund der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten aufgelegt zur Unterzeichnung in Washington am 18. März 1965, eingerichtet wurde. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im Vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß innerstaatliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden sind; oder

b) einem Schiedsverfahren durch drei Schiedsrichter gemäß den UNCITRAL Schiedsregeln, soweit sie durch die im Zeitpunkt des Verlangens nach Einleitung des Schiedsverfahrens letzte von beiden Vertragsparteien angenommene Abänderung abgeändert wurden. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im Vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem genannten Schiedsverfahren zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen.

(3) Der Schiedsspruch im Sinne von Abs. 2. lit. a oder lit. b ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(4) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

Artikel 10

Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Abs. 1 innerhalb von drei Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende ist innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Abs. 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Rechtsvertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 11

Anwendung dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden.

(2) Die Bestimmungen dieses Abkommens, die in einem Widerspruch mit dem künftigen Rechtsbestand der Europäischen Union stehen, finden keine Anwendung.

(3) Erforderlichenfalls werden über die in Abs. 2 erwähnten Fragen Konsultationen zwischen den Vertragsparteien aufgenommen.

Artikel 12

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft. Nach deren Ablauf wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 dieses Abkommens noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Graz, am 8. November 1996, in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik
Österreich:
SCHÜSSEL

Für die Ukraine:
UDOVENKO

[UKRAINIAN TEXT — TEXTE UKRAINIEN]

УГОДА МІЖ РЕСПУБЛІКОЮ АВСТРІЯ І УКРАЇНОЮ ПРО СПР- ИЯННЯ ТА ВЗАЄМНИЙ ЗАХИСТ ІНВЕСТИЦІЙ

Республіка Австрія і Україна, які тут і надалі іменуються "Договірні Сторони",

бажаючи створити сприятливі умови для підвищення економічного співробітництва між Договірними Сторонами,

визнаючи, що сприяння та взаємний захист інвестицій може посилити готовність до таких інвестицій та таким чином зробити важливі внесок до розвитку економічних відносин між Договірними Сторонами,

домовились про таке:

СТАТТЯ 1 Визначення

Для цілей цієї Угоди:

1. Термін "інвестиція" охоплює будь-який вид активів, інвестованих у зв'язку з економічною діяльністю інвесторів однієї Договірної Сторони на території іншої Договірної Сторони відповідно до законів та правил останньої, та включатиме зокрема, але не виключно:

a) рухоме та нерухоме майно, а також будь-які інші майнові права, такі як застави, права утримання, забезпечення по позиці, узуфрукт та подібні права;

b) акції та будь-які інші форми участі в компаніях;

c) вимоги стосовно грошей, які були надані для створення економічної цінності або вимоги стосовно будь-якої діяльності, що має економічну цінність;

d) права на інтелектуальну і промислову власність, особливо, але не виключно: авторські права, права на об'єкти промислової власності, такі як патенти, торгові знаки, промислові зразки та моделі, технологічні процеси, "ноу-хау", промислові таємниці, торгові назви та "гудвіл";

e) концесії на розвідування або видобування природних ресурсів.

2. Термін "інвестор" означає:

а) будь-яку фізичну особу, яка є громадянином однієї Договірної Сторони та здійснює інвестицію на території іншої Договірної Сторони;

б) будь-яку юридичну особу або комерційну компанію, організацію, чи ділову асоціацію, засновану відповідно до законодавства однієї Договірної Сторони, та яка розташована на території однієї Договірної Сторони та здійснює інвестицію на території іншої Договірної Сторони;

с) будь-яку юридичну особу або організацію, засновану відповідно до законодавства однієї Договірної Сторони або третьої держави, та яка знаходиться під безпосереднім визначальним контролем інвесторів, зазначених вище у параграфах (а) або (б).

3. Термін "доходи" означає будь-які суми, одержані від інвестиції, та зокрема, але не виключно, прибутки, відсотки, приріст капіталу, дивіденди, "рояліті", ліцензійні та інші платежі.

4. Термін "відчуження" охоплює також націоналізацію та будь-які інші примусові заходи однієї Договірної Сторони, які мають еквівалентні відчуженню наслідки відносно інвестицій інвесторів іншої Договірної Сторони.

5. Термін "територія" означає державну територію кожної з Договірних Сторін.

6. "Без безпідставної затримки" означає - з додержанням загальноприйнятого проміжку часу, необхідного для виконання необхідних формальностей, пов'язаних з грошовими переказами. Він починається в день подання заяви на грошовий переказ і може тривати не більше одного місяця.

СТАТТЯ 2

Сприяння та захист інвестицій

1. Кожна Договірна Сторона на своїй території сприяє, наскільки це можливо, інвестиціям інвесторів іншої Договірної Сторони, дозволяє такі інвестиції відповідно до свого законодавства та в кожному випадку забезпечує таким інвестиціям рівноправний режим.

2. Інвестиції, здійснені відповідно до пункту 1 статті 1, та всі доходи, отримані від них, користуються повним захистом згідно з цією Угодою. Такий же захист застосовується, не зашкоджуючи положенням пункту 1, також до доходів, отриманих від реінвестування таких доходів. Будь-які зміни форми, в якій активи інвестовані або реінвестовані, включаючи легітимне розширення, зміну або трансформацію інвестицій, здійснену згідно з законодавством відповідної Договірної Сторони, не впливають на їх правовий статус як інвестицій.

СТАТТЯ 3 Режим інвестування

1. Кожна Договірна Сторона надає інвесторам іншої Договірної Сторони режим не менш сприятливий ніж той, який вона надає своїм власним інвесторам та їх інвестиціям або інвесторам будь-якої третьої Держави та їх інвестиціям.

2. Положення пункту 1 цієї статті не можуть розглядатися як зобов'язуючі одну Договірну Сторону поширювати на інвесторів іншої Договірної Сторони та їх інвестиції існуючі або майбутні вигоди від будь-якого режиму, преференції або привілеї, що походять з:

a) будь-якого митного союзу, спільного ринку, зони вільної торгівлі або членства в економічному співтоваристві;

b) будь-якої міжнародної угоди, міжнародної домовленості або внутрішнього законодавства щодо оподаткування;

c) будь-якого правила для спрощення прикордонних економічних зв'язків.

СТАТТЯ 4 Компенсація за відчуження

1. Інвестиції, здійснені інвесторами однієї з Договірних Сторін, не підлягатимуть відчуженню на території іншої Договірної Сторони, за винятком як задля суспільних інтересів, з належним додержанням судочинства та виплатою відповідної компенсації.

2. Така компенсація має дорівнювати дійсній вартості інвестиції, встановленій безпосередньо перед або на момент, коли рішення відносно відчуження було проголошено або стало загальновідомим у залежності від того, що відбулось раніше. Ринкова вартість інвестицій визначається згідно з діючою міжнародною практикою, беручи до уваги, зокрема, інвестований капітал, його змінену вартість, підвищення вартості, поточні доходи, гудвіл та інші важливі фактори. У випадку, коли виплата компенсаційних платежів затримується, компенсація має бути сплачена у сумі, яка не робить положення інвестора менш сприятливим ніж те, яке він міг би мати, якщо компенсація була б сплачена в момент відчуження. Компенсація повинна включати відсотки за загальним ринковим курсом, але не нижчим, ніж існуючий курс LIBOR або рівнозначний йому, з дати відчуження до дати платежу. Остаточна визначена сума компенсації сплачується інвестору негайно у вільно конвертованій валюті та переказується без затримки. Положення щодо визначення та сплати компенсації повинні бути розроблені відповідним чином не пізніше моменту відчуження.

3. У випадку, коли одна Договірна Сторона відчужує майно компанії, яка розглядається як компанія цієї Договірної Сторони відповідно до цілей пункту 2 статті 1 цієї Угоди, та в якій інвестор іншої Договірної Сторони має власні акції, застосовуватимуться положення пункту 1 для забезпечення належної компенсації цьому інвестору.

4. Інвестор має право на перегляд правомірності акту відчуження компетентними органами Договірної Сторони, яка здійснила відчуження.

5. Інвестор має право на перегляд суми компенсації та методів платежу компетентними органами Договірної Сторони, яка здійснила відчуження, або міжнародним арбітражним судом відповідно до статті 9 цієї Угоди.

СТАТТЯ 5

Компенсація за втрати або збитки

1. Інвестори однієї з Договірних Сторін, інвестиції яких у результаті війни, збройного конфлікту, надзвичайного стану, революції, громадського безладдя, повстання, заворушень або подібних подій на території іншої Договірної Сторони понесли втрати або збитки, мають право на такий режим реституції відшкодування збитків, компенсації або іншого врегулювання, який інша Договірна Сторона забезпечує власним інвесторам або інвесторам з третіх країн у залежності від того, який з цих режимів є більш сприятливим для інвестора, що постраждав від вищезазначених обставин.

2. Незалежно від положень пункту 1 цієї статті, інвестори однієї з Договірних Сторін, які на основі перелічених у цьому пункті подій несуть на території іншої Договірної Сторони витрати або збитки, що випливають з:

а) конфіскації всієї або частини власності військовими силами або органами влади цієї Договірної Сторони, або

б) знищення всієї або частини власності військовими силами або органами влади цієї Договірної Сторони,

які не викликані військовими діями або надзвичайним положенням, мають право на негайну реституцію, а у відповідних випадках - негайну компенсацію за втрати і збитки. Викликані цим платежі є вільноконвертовані і сплачуються без безпідставної затримки.

СТАТТЯ 6

Перекази

1. Кожна Договірна Сторона гарантує інвесторам іншої Договірної Сторони вільний переказ у вільно конвертованій валюті та без безпідставної затримки, платежів, пов'язаних з інвестиціями, зокрема, але не виключно:

a) капіталу та будь-яких додаткових сум для підтримки або розширення інвестиції;

b) сум, призначених для покриття витрат, пов'язаних з управлінням інвестицією;

c) доходів;

d) оплат позик;

e) надходжень від повної або часткової ліквідації або продажу інвестиції;

f) компенсації відповідно до статей 4 і 5 цієї Угоди;

g) платежів, що виникають з урегулювання спорів.

2. Платежі, зазначені в цій статті, здійснюються по обмінних курсах, які діють на дату переказу на території Договірної Сторони, з якої здійснюється переказ.

3. Курс обміну має визначатись на основі ринкового обмінного курсу, який діє на територіях кожної з Договірних Сторін, або встановленого відповідною банківською системою на територіях кожної з Договірних Сторін. Банківські збори мають бути обґрунтованими та адекватними.

СТАТТЯ 7 Суброгація

Якщо Договірна Сторона або уповноважена нею інституція (Сторона-Гарант) здійснює платежі своєму інвестору згідно з гарантією по інвестиції на території іншої Договірної Сторони (Сторона-Господар), Сторона-Господар, не зашкоджаючи правам інвесторів Сторони-Гаранта згідно зі статтею 9 цієї Угоди та правам Сторони-Гаранта згідно зі статтею 10 цієї Угоди, визнаватиме передачу Сторони-Гаранту всіх прав та вимог цього інвестора відповідно до законодавства або згідно із законними угодами. Сторона-Господар також визнаватиме, що Сторона-Гарант надає право, як суброгацію, користуватися всіма правами в такому ж обсязі, як їх попередник. Відносно переказу платежів Договірній Стороні, зацікавленій у придбанні таких прав, застосовуватимуться відповідно статті 4, 5 та 6 цієї Угоди.

СТАТТЯ 8 Інші зобов'язання

1. Якщо законодавство будь-якої з Договірних Сторін або зобов'язання згідно з міжнародним правом, які існують або будуть

встановлені надалі між Договірними Сторонами на додаток до цієї Угоди, містять будь-яке загальне або спеціальне правило, яке надає інвестиціям інвесторів іншої Договірної Сторони режим більш сприятливий, ніж передбачений цією Угодою, таке правило застосовуватиметься у тих обсягах, які є більш сприятливими в порівнянні з цією Угодою.

3. Кожна Договірна Сторона має дотримуватись договірних зобов'язань, які вона взяла на себе відносно інвесторів іншої Договірної Сторони стосовно інвестицій, схвалених нею на своїй території.

СТАТТЯ 9

Вирішення інвестиційних спорів

1. Будь-який спір відносно інвестиції, який може виникнути між однією Договірною Стороною та інвестором іншої Договірної Сторони буде, наскільки це можливо, вирішуватись шляхом переговорів між сторонами спору.

2. Якщо спір відповідно до параграфа 1 не може бути вирішений протягом трьох місяців від отримання письмового повідомлення з точним викладенням позиції щодо предмету спору, то спір за вимогою Договірної Сторони або інвестора іншої Договірної Сторони вирішуватиметься за наступною процедурою:

а) вирішення або арбітражне судочинство у Міжнародному Центрі для Вирішення Інвестиційних Спорів, заснованому відповідно до Конвенції про Вирішення Інвестиційних Спорів між Державами та Громадянами інших Держав, відкритої до підписання у Вашингтоні 18 березня 1965 року. У випадку арбітражного судочинства кожна Договірна Сторона, згідно з цією Угодою, погоджується на передачу такого спору до Центру та визнає арбітражне рішення остаточним навіть без наявності окремої арбітражної угоди між Договірною Стороною та інвестором. Ця згода містить відмову від вимоги того, що застосовані внутрішньодержавні адміністративні чи судові процедури були вичерпані; або

б) передача до Арбітражного Трибуналу, що складається з трьох арбітрів, відповідно до арбітражних правил UNCITRAL з останнім доповненням, прийнятим обома Договірними Сторонами на момент подання вимоги про початок процедури арбітражу.

У випадку передачі спору до Арбітражного Трибуналу кожна Договірна Сторона, згідно з цією Угодою, погоджується на це навіть без наявності арбітражної угоди між Договірною Стороною та інвестором.

3. Арбітражне рішення згідно з п.2а або п.2б є остаточним та обов'язковим; воно виконуватиметься відповідно до чинного національного законодавства.

Кожна Договірна Сторона забезпечує визнання та введення в дію рішення арбітражного суду згідно із своїми відповідними законами та правилами.

4. Договірна Сторона, яка є стороною спору, не буде на будь-якому етапі вирішення або арбітражного судочинства, або введення в дію арбітражного рішення висувати заперечення, що інвестор, який є іншою стороною спору, вже отримав гарантію щодо відшкодування всіх або деяких своїх збитків.

СТАТТЯ 10

Спори між Договірними Сторонами

1. Спори між Договірними Сторонами, пов'язані з тлумаченням або застосуванням цієї Угоди, будуть, наскільки це можливо, вирішуватися шляхом дружніх переговорів.

2. Якщо спір відповідно до пункту 1 не може бути вирішений протягом трьох місяців, то за вимогою однієї з Договірних Сторін він передається до Арбітражного Суду.

3. Такий Арбітражний Суд створюється для кожного конкретного випадку наступним чином: кожна Договірна Сторона призначає одного члена Суду, і ці два члени Суду мають діяти згоди щодо громадянина третьої держави як Голови. Два члени Суду призначаються протягом двох місяців від дати, коли одна Договірна Сторона поінформувала іншу про те, що вона має намір передати спір до Арбітражного Суду. Голова має призначатися протягом двох наступних місяців.

4. Якщо строки, зазначені в пункті 3, не дотримуються, то кожна з Договірних Сторін може, в разі відсутності будь-якої іншої домовленості, звернутися до Президента Міжнародного Суду з проханням зробити необхідні призначення. Якщо Президент Міжнародного Суду є громадянином однієї з Договірних Сторін, або якщо він з будь-якої іншої причини не може виконувати згадану функцію, то Віце-Президент, або у випадку будь-якої перешкоди, член Міжнародного Суду, наступний за старшинством, запрошується на тих же умовах зробити необхідні призначення.

5. Арбітражний Суд встановлює свої власні правила процедури.

6. Арбітражний Суд приймає рішення на основі цієї Угоди і загальновизнаних норм міжнародного права. Рішення приймаються більшістю голосів і є остаточними та обов'язковими.

7. Кожна Договірна Сторона несе витрати щодо своїх власних арбітрів та щодо законного представництва в арбітражному процесі. Витрати щодо Голови, а також інші витрати нестимуться в рівних частинах обома Договірними Сторонами. Однак, суд може в своєму рішенні визначити інший розподіл витрат.

СТАТТЯ 11 Застосування цієї Угоди

1. Ця Угода застосовується до інвестицій, здійснених або які будуть здійснені інвесторами однієї Договірної Сторони згідно з законодавством іншої Договірної Сторони на її території як до, так і після набуття чинності цією Угодою.

2. Положення цієї Угоди, які вступатимуть в протиріччя з майбутніми нормативними актами Європейського Союзу, припиняють свою дію.

3. У необхідних випадках між Договірними Сторонами будуть проводитись консультації з питань, згаданих у пункті 2 цієї статті.

СТАТТЯ 12 Набуття чинності та тривалість

1. Ця Угода підлягає ратифікації і набуває чинності в перший день третього місяця, який йде за місяцем, протягом якого було здійснено обмін ратифікаційними грамотами.

2. Ця Угода діятиме протягом десяти років. По завершенні цього строку вона залишається чинною на невизначений термін та може бути денонсована будь-якою з Договірних Сторін шляхом письмового повідомлення по дипломатичних каналах. З моменту надання такого повідомлення Угода залишається чинною протягом дванадцяти місяців.

3. Відносно інвестицій, здійснених до дати завершення дії цієї Угоди, положення Статтей 1-10 цієї Угоди залишаються дійсними протягом подальшого періоду в десять років.

Здійснено в м. *Трапні*..... " *..в..* " *..листопада*..... 1996. р. у двох примірниках, кожний німецькою та українською мовами, причому обидва тексти мають однакову силу.

За Республіку
Австрія:



За Україну:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND
UKRAINE FOR THE PROMOTION AND RECIPROCAL PROTEC-
TION OF INVESTMENTS

The Republic of Austria and Ukraine, hereinafter referred to as “the Contracting Parties”,

Desiring to create favourable conditions for broader economic cooperation between the Contracting Parties,

Recognizing that the promotion and reciprocal protection of investments can enhance the willingness to undertake such investments and thereby make an important contribution to the development of economic relations between the Contracting Parties,

Have agreed as follows:

Article 1

DEFINITIONS

For the purposes of this Agreement:

1. The term “investment” means every kind of asset invested in connection with the economic activity of investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the laws and regulations of the latter Contracting Party and, in particular but not exclusively:

(a) Movable and immovable property as well as any other rights *in rem*, such as mortgages, liens, pledges, usufructs and similar rights;

(b) Shares and any other types of participation in companies;

(c) Claims to money which has been given in order to create an economic value, or claims to any performance having an economic value;

(d) Intellectual and industrial property rights, in particular but not exclusively: copyrights, trade marks, patents for inventions, industrial designs and models, technical processes, know-how, trade secrets, trade names and goodwill;

(e) Business concessions under public law to search for or extract natural resources.

2. The term “investor” means:

(a) Any natural person who is a national of either Contracting Party and makes an investment in the territory of the other Contracting Party;

(b) Any juridical person, company or commercial partnership constituted in accordance with the laws and regulations of either Contracting Party, having its seat

¹ Came into force on 1 December 1997 by the exchange of the instruments of ratification, which took place at Kiev, in accordance with article 12.

in the territory of one Contracting Party and making an investment in the territory of the other Contracting Party;

(c) Any juridical person or commercial partnership constituted in accordance with the laws and regulations of one Contracting Party or a third State and over which an investor referred to in subparagraphs (a) or (b) exercises decisive direct control.

3. The term “returns” means the amounts yielded by an investment, including, in particular but not exclusively, profits, interest, capital gains, dividends, royalties, licence and other similar fees.

4. The term “expropriation” also comprises nationalization or any other measure taken by one Contracting Party having equivalent effects with respect to investments of an investor of the other Contracting Party.

5. The term “territory” means the State territory of each of the Contracting Parties.

6. “Without undue delay” means the time period generally required for the completion of the necessary formalities with respect to transfer payments. This period shall begin on the date of submission of the request for the transfer payment and shall not exceed one month.

Article 2

PROMOTION AND PROTECTION OF INVESTMENTS

1. Each Contracting Party shall in its territory promote, as far as possible, investments of investors of the other Contracting Party, admit such investments in accordance with its legislation and in each case accord such investments fair and equitable treatment.

2. Investments admitted in accordance with article 1, paragraph 1, and their returns shall enjoy the full protection of this Agreement. The same shall apply without prejudice to the provisions of paragraph 1 also for their returns in the case of reinvestment of such returns. Any change in the form in which assets are invested or reinvested, including the legal extension, alteration or transformation of investments made in accordance with the laws of the relevant Contracting Party shall not impair their legal status as investments.

Article 3

TREATMENT OF INVESTMENTS

1. Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and their investments treatment no less favourable than that which it accords to its own investors and their investments or to investors of third States and their investments.

2. The provisions of paragraph 1 of this article shall not be construed as obliging one Contracting Party to extend to investors of the other Contracting Party and their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from:

- (a) Any custom union, common market, free-trade area or membership in an economic community;
- (b) Any international agreement, international arrangement or domestic legislation regarding taxation;
- (c) Any regulation to facilitate border traffic.

Article 4

COMPENSATION FOR EXPROPRIATION

1. Investments of investors of either Contracting Party shall not be expropriated in the territory of the other Contracting Party except for a purpose which is in the public interest, by due process of law and against the payment of adequate compensation.

2. Such compensation shall amount to the real value of the investment expropriated immediately before or at the time when the decision concerning expropriation was announced or became public knowledge, whichever is the earlier. The market value shall be determined in accordance with internationally recognized practice, taking into consideration, *inter alia*, the invested capital, its repurchase value, appreciation, current return, goodwill and other important factors. If payment of compensation is delayed, compensation shall be paid in an amount which does not make the position of the investor less favourable than that which he would have been in had compensation been paid at the time of expropriation. Compensation shall include interest at the customary market rate, which shall in any case not be less than the current LIBOR rate or an equivalent rate, from the moment of expropriation until the date of payment. The amount of compensation finally determined shall be paid to the investor immediately in freely convertible currency and shall be freely transferable without delay. Provisions concerning the determination and payment of compensation shall be made in an appropriate manner no later than at the moment of expropriation.

3. Where one Contracting Party expropriates the assets of a company which is considered as its own company pursuant to article 1, paragraph 2, of this Agreement and in which an investor of the other Contracting Party owns shares, it shall apply the provisions of paragraph 1 so as to ensure that such an investor receives appropriate compensation.

4. The investor shall have the right to have the legality of the expropriation reviewed by the competent authorities of the Contracting Party which made the expropriation.

5. The investor shall have the right to have the amount of compensation and the arrangements for payment reviewed either by the competent authorities of the Contracting Party which made the expropriation or by an international arbitral tribunal in accordance with article 9 of this Agreement.

Article 5

COMPENSATION FOR DAMAGE OR LOSSES

1. Investors of one Contracting Party whose investments suffer damage or losses owing to war or any other armed conflict, a state of national emergency, a

revolt, civil unrest or insurrection, or to disturbances or similar events in the territory of the other Contracting Party shall be accorded treatment, as regards restitution, indemnification, compensation or other settlement, no less favourable than that which the latter Contracting Party accords to its own investors or to investors of third States, whichever treatment is more favourable for the investor affected by the aforementioned events.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article, investors of one Contracting Party who, owing to events enumerated in this article, suffer damage or losses in the territory of the other Contracting Party as a result of:

(a) Seizure of all or part of their property by the armed forces or the authorities of the latter Contracting Party; or

(b) Destruction of all or part of their property by the armed forces or the authorities of the latter Contracting Party,

which were not caused by hostilities or necessitated by the emergency situation, shall have the right to the immediate restitution or, if necessary, prompt, adequate and effective compensation for damage or loss. Payments in respect of such damage or losses shall be freely convertible and freely transferable without undue delay.

Article 6

TRANSFER

1. Each Contracting Party shall guarantee without undue delay to investors of the other Contracting Party the free transfer in freely convertible currency of payments in connection with an investment, in particular but not exclusively, of:

(a) Capital and additional amounts for the maintenance or extension of the investment;

(b) Amounts assigned to cover expenses relating to the management of the investments;

(c) Returns;

(d) Repayment of loans;

(e) Proceeds from the total or partial liquidation or sale of an investment;

(f) Compensation in accordance with articles 4 or 5 of this Agreement;

(g) Payments resulting from the settlement of disputes.

2. The payments referred to in this article shall be made at the exchange rates prevailing on the date of the transfer in the territory of the Contracting Party from which the transfer is made.

3. The rates of exchange shall be determined on the basis of the market exchange rates applicable in the territory of each Contracting Party or established by the respective banking system in the territory of each of the Contracting Parties. The bank charges shall be fair and equitable.

Article 7

SUBROGATION

Where one Contracting Party or an institution authorized by it makes payments to its investor by virtue of a guarantee for an investment in the territory of the other Contracting Party, the other Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the investor of the first Contracting Party under article 9 of this Agreement, recognize the assignment to the first Contracting Party of all rights and claims of this investor by law or pursuant to an appropriate agreement. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such rights or claims which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments to the Contracting Party concerned by virtue of the acquired rights, articles 4, 5 and 6 of this Agreement shall apply *mutatis mutandis*.

Article 8

OTHER OBLIGATIONS

1. If the provisions of law of either Contracting Party or international obligations existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a rule, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such rule shall to the extent that it is more favourable prevail over this Agreement.
2. Each Contracting Party shall observe any contractual obligations which it may have assumed with respect to an investor of the other Contracting Party regarding investments approved by it in its territory.

Article 9

SETTLEMENT OF INVESTMENT DISPUTES

1. Any dispute between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party in relation to an investment shall, as far as possible, be settled through negotiations between the parties to the dispute.
2. If a dispute according to paragraph 1 cannot be settled within three months of the receipt of a written notification of a sufficiently detailed claim, the dispute shall, at the request of the Contracting Party or of the investor of the other Contracting Party, be subject to the following procedures:
 - (a) Conciliation or arbitration by the International Center for Settlement of Investment Disputes, established by the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, opened for signature at Washington on 18 March 1965. In the case of arbitration, each Contracting Party, in accordance with this Agreement, irrevocably consents in advance, even in the absence of an individual arbitral agreement between the Contracting Party and the investor, to submit any such disputes to the Center and to accept the award as binding. Such consent implies renunciation of the requirement that the internal administrative or juridical resorts should be exhausted; or

(b) Arbitration by three arbitrators in accordance with the Arbitration Rules of the United Nations International Commission on Trade Law as amended by the most recent amendment accepted by the two Contracting Parties at the time of the request to initiate arbitral proceedings. In the case of arbitration, each Contracting Party irrevocably consents in advance, even in the absence of an individual arbitral agreement between the Contracting Party and the investor, to submit any such disputes to the aforementioned arbitral proceedings and to accept the award as binding.

3. The award in accordance with subparagraphs 2 (a) or 2 (b) shall be final and binding; it shall be executed according to national law. Each Contracting Party shall ensure the recognition and enforcement of the arbitral award in accordance with its relevant laws and regulations.

4. A Contracting Party which is a party to a dispute shall not, at any stage of the conciliation or arbitral proceedings or enforcement of an award, raise the objection that the investor who is the other party to the dispute has received in accordance with a guarantee indemnity in respect of some or all of his losses.

Article 10

DISPUTES BETWEEN CONTRACTING PARTIES

1. Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled through negotiations.

2. If a dispute according to paragraph 1 cannot be settled within three months it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

3. Such arbitral tribunal shall be constituted on an *ad hoc* basis in the following way: each Contracting Party shall appoint one member and those two members shall agree on a national of a third State as their chairman. Such member shall be appointed within two months from the date on which one Contracting Party notifies the other that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal. The chairman shall be appointed within the following two months.

4. If the periods specified in paragraph 3 have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President, or in the case of his inability, the member of the International Court of Justice next in seniority shall be invited under the same conditions to make the necessary appointments.

5. The arbitral tribunal shall establish its own rules of procedure.

6. The arbitral tribunal shall reach its decision on the basis of this Agreement and pursuant to the generally recognized rules of international law. It shall reach its decision by a majority of votes; the decision shall be final and binding.

7. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its legal representation in the arbitral proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the two Contracting Parties. The tribunal may, however, in its decision determine another distribution of costs.

Article 11

APPLICATION OF THE AGREEMENT

1. This Agreement shall apply to investments made or which will be made by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with its laws and regulations both before and after the entry into force of this Agreement.

2. The provisions of this Agreement which contradict future legislation of the European Union shall not be applied.

3. If necessary, the Contracting Parties may hold consultations on the questions referred to in paragraph 2 of this article.

Article 12

ENTRY INTO FORCE AND DURATION

1. This Agreement is subject to ratification and shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

2. This Agreement shall remain in force for a period of 10 years. It shall be extended thereafter for an indefinite period and may be terminated by either Contracting Party by written notification through the diplomatic channel 12 months prior to the expiry of the Agreement.

3. In the case of investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of articles 1 to 10 of this Agreement shall remain in force for a further period of 10 years.

DONE at Graz on 8 November 1996 in duplicate, each in the German and Ukrainian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

SCHÜSSEL

For Ukraine:

UDOVENKO

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET L'UKRAINE RELATIF À LA PROMOTION ET À LA PROTECTION RÉCIPRO- QUE DES INVESTISSEMENTS

La République d'Autriche et l'Ukraine, ci-après dénommées « les Parties contractantes »,

Désireuses de créer des conditions favorables pour renforcer la coopération économique entre les Parties contractantes,

Reconnaissant que la promotion et la protection réciproque des investissements peuvent renforcer la disposition à réaliser des investissements et contribuer ainsi dans une mesure importante à développer les relations économiques entre les Parties contractantes,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord

1. Le terme « investissement » désigne toutes les valeurs en capital investies en liaison avec une activité économique par un investisseur sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément aux lois et aux règlements de cette dernière, en particulier, mais non exclusivement :

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que les droits réels, comme les hypothèques, les droits de rétention, les droits de gage, les droits de jouissance et les droits analogues;

b) Les parts sociales et autres types de participation à des entreprises;

c) Les droits sur des sommes d'argent remises en vue de créer une valeur économique ou les droits à une prestation ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle et industrielle, en particulier, mais non exclusivement, les droits d'auteur, les marques commerciales, les brevets d'invention, les modèles et dessins industriels ainsi que les procédés techniques, le savoir-faire, les secrets d'entreprise, les noms commerciaux et la clientèle;

e) Les concessions de droit public accordées pour la prospection ou l'exploitation de ressources naturelles;

2. Le terme « investisseur » désigne

a) Toute personne physique qui est ressortissant d'une Partie contractante et qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

¹ Entré en vigueur le 1^{er} décembre 1997 par l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Kiev, conformément à l'article 12.

b) Toute personne morale, et toute société commerciale, société de personnes ou association économique créée conformément à la législation de l'une des Parties contractantes, qui a son siège sur le territoire de celle-ci et qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

c) Toute personne morale ou société de personnes créée conformément à la législation de l'une des Parties contractantes ou d'un Etat tiers, et dans laquelle un investisseur mentionné sous les alinéas *a* ou *b* exerce un contrôle direct déterminant.

3. Le terme « produits » désigne les montants que rapporte un investissement et en particulier, mais non exclusivement, les bénéfices, les intérêts, les augmentations de capital, les dividendes, les tantièmes, les redevances et autres rémunérations.

4. Le terme « expropriation » désigne aussi la nationalisation et toute autre mesure prise par l'une des Parties contractantes ayant un effet identique pour l'investissement d'un investisseur de l'autre Partie contractante.

5. Le terme « territoire national » concernant l'une ou l'autre des Parties contractantes désigne le territoire de chacune d'entre elles.

6. Le terme « sans retard indu » signifie dans le temps habituellement nécessaire pour effectuer les formalités indispensables en cas de paiements de transfert. Ce délai commence à courir à compter du jour où la demande de paiement de transfert est établie et ne peut dépasser un mois.

Article 2

PROMOTION ET PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

1. Chaque Partie contractante favorise dans toute la mesure possible les investissements sur son territoire, conformément à sa législation, et les traite dans tous les cas de façon équitable.

2. Les investissements approuvés conformément au premier paragraphe de l'article premier et leurs produits jouissent de l'entière protection prévue par le présent Accord. Il en va de même pour ces produits, sans préjudice des dispositions du premier paragraphe, lorsqu'ils sont réinvestis. Tout changement consistant à investir ou à réinvestir des valeurs en capital, et notamment à élargir, modifier ou transformer de façon légitime un investissement effectué conformément aux dispositions légales de la Partie contractante concernée, ne porte nullement atteinte au statut juridique de celui-ci en tant qu'investissement.

Article 3

TRAITEMENT DES INVESTISSEMENTS

1. Chaque Partie contractante traite les investisseurs de l'autre Partie contractante et leurs investissements de manière au moins aussi favorable que ses propres investisseurs et leurs investissements ou les investisseurs d'Etats tiers et leurs investissements.

2. Les dispositions du premier paragraphe du présent article ne peuvent être interprétées comme obligeant une Partie contractante à accorder aux investisseurs

de l'autre Partie contractante et à leurs investissements l'avantage présent ou futur d'un traitement, d'une préférence ou d'un privilège résultant :

a) D'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre échange ou de l'appartenance à une communauté économique;

b) D'un accord international, d'une convention internationale ou de dispositions intérieures en matière fiscale;

c) D'une réglementation destinée à faciliter le trafic frontalier.

Article 4

INDEMNISATION EN CAS D'EXPROPRIATION

1. Les investisseurs d'un Etat contractant ne peuvent être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie contractante que dans l'intérêt public, en vertu d'une procédure judiciaire et contre indemnisation.

2. Cette indemnisation doit correspondre à la juste valeur de marché de l'investissement immédiatement avant la date à laquelle la décision d'expropriation a été annoncée ou celle à laquelle elle a été officiellement connue, la première de ces dates étant retenue. La valeur de marché est déterminée conformément à la pratique reconnue sur le plan international, en prenant en considération notamment le capital investi, la valeur de remplacement, l'augmentation de valeur, les revenus actuels, la clientèle et d'autres facteurs importants. En cas de retard dans le règlement de l'indemnité, le montant de celle-ci doit être tel que l'investisseur ne soit pas placé dans une situation plus défavorable que celle dans laquelle il se trouverait si l'indemnité avait été versée immédiatement lors de l'expropriation. L'indemnisation comprend aussi les intérêts au taux du marché, qui ne peut cependant en aucun cas être inférieur au taux courant du LIBOR ou à son équivalent, de la date de l'expropriation à la date du paiement. L'indemnité définitivement fixée est versée sans retard à l'investisseur en monnaie librement convertible et doit être sans retard librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation doivent être prises au plus tard au moment de l'expropriation.

3. Si une Partie contractante exproprie de ses valeurs en capital une société qui en application du paragraphe 2 de l'article premier doit être considérée comme une société de cette Partie contractante et dans laquelle un investisseur de l'autre Partie contractante possède des parts, elle applique les dispositions du paragraphe 1 de façon à assurer une indemnisation équitable de cet investisseur.

4. L'investisseur a le droit de faire vérifier la légalité de l'expropriation par les organes compétents de la Partie contractante qui y a fait procéder.

5. L'investisseur a le droit de faire vérifier le montant de l'indemnisation et les modalités de son paiement, soit par les organes compétents de la Partie contractante qui a fait procéder à l'expropriation, soit par un tribunal arbitral conformément à l'article 9 du présent Accord.

Article 5

INDEMNISATION EN CAS DE DOMMAGE OU DE PERTES

1. Les investisseurs d'une Partie contractante dont les investissements subissent des dommages ou des pertes du fait d'une guerre ou d'autres conflits armés, d'un état d'urgence national, d'une révolte, d'une guerre civile, d'un soulèvement,

d'émeutes ou d'événements semblables sur le territoire de l'autre Partie contractante ne font pas l'objet, en ce qui concerne la restitution, le dédommagement, l'indemnisation ou tout autre règlement, d'un traitement moins favorable que celui que cette Partie contractante réserve à ses propres investissements ou aux investissements d'Etats tiers, en considérant dans chaque cas le traitement le plus favorable pour l'investisseur qui a subi un dommage du fait des événements énumérés ci-dessus.

2. Sans préjudice des dispositions du premier paragraphe du présent article, les investissements d'une Partie contractante qui subissent du fait des événements mentionnés dans ledit paragraphe des dommages ou des pertes sur le territoire de l'autre Partie contractante pour les raisons suivantes;

a) Du fait de l'expropriation totale ou partielle de leurs biens par les forces armées ou les autorités de cette Partie contractante ou

b) Du fait de la destruction totale ou partielle de leurs biens par les forces armées ou les autorités de cette Partie contractante,

qui n'a pas été provoquée par des hostilités ou qui ne s'avérait pas nécessaire compte tenu de la situation d'urgence, ont droit à être rétablis immédiatement dans la situation antérieure et, le cas échéant, à une indemnisation immédiate et efficace du dommage ou de la perte. Les règlements effectués en conséquence sont librement convertibles et librement transférables sans retard indu.

Article 6

TRANSFERT

1. Chaque Partie contractante autorise sans retard indu les investisseurs de l'autre Partie contractante à transférer librement et en devises librement convertibles le montant des règlements qui se rapportent à un investissement, en particulier, mais non exclusivement :

a) Le capital et les sommes complémentaires nécessaires au maintien ou à l'extension de l'investissement;

b) Les sommes fixées pour couvrir les dépenses afférentes à la gestion de l'investissement;

c) Les produits;

d) Les remboursements d'emprunts;

e) Le produit de la liquidation ou de la cession totale ou partielle de l'investissement;

f) Les indemnisations visées aux articles 4 ou 5 du présent Accord;

g) Les paiements au titre du règlement d'un différend.

2. Les paiements visés au présent article s'effectuent aux cours de change en vigueur le jour du transfert sur le territoire de la Partie contractante à partir de laquelle le transfert est effectué.

3. Les taux de change sont déterminés en fonction des cotations des bourses sur le territoire national de chaque Partie contractante ou à titre subsidiaire par le système bancaire de chacune des Parties contractantes. Les commissions bancaires seront équilibrées et appropriées.

Article 7

SUBROGATION

Si une Partie contractante ou une institution habilitée par elle à cet effet effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à son investisseur, cette dernière reconnaît, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie visés à l'article 9 du présent Accord et des droits de la première Partie visés à l'article 10 du présent Accord, la cession à la première Partie, par l'effet d'une loi ou d'un accord approprié, de tout droit ou prétention de cet investisseur. L'autre Partie contractante reconnaît en outre la subrogation de la première Partie contractante dans tous les droits ou prétentions en question que la première Partie est habilitée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre. En ce qui concerne le transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante concernée au titre des prétentions transmises, les articles 4, 5 et 6 du présent Accord s'appliquent par analogie.

Article 8

AUTRES OBLIGATIONS

1. Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Accord, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Accord, ladite disposition l'emportera sur le présent Accord dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chacune des Parties contractantes respecte toute obligation contractuelle qu'elle a contractée vis-à-vis des investisseurs de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les investissements qu'elle a autorisés sur son territoire.

Article 9

RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS EN MATIÈRE D'INVESTISSEMENT

1. Les différends qui peuvent surgir entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante à la suite d'un investissement sont dans toute la mesure possible réglés par des négociations entre les parties en cause.

2. Si un différend ne peut être réglé de la manière prévue au paragraphe 1 dans un délai de trois mois à compter d'une notification écrite de réclamations définies de manière suffisamment précise, il est soumis sur la demande de la Partie contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie contractante à la procédure suivante :

a) Une procédure de conciliation ou d'arbitrage devant le Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements créé par la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats ouverte à la signature à Washington le 18 mars 1965. En cas d'arbitrage, chaque Partie contractante accepte d'avance et irrévocablement en vertu du présent Accord, même en l'absence d'un accord individuel d'arbitrage entre la Partie contractante et l'investisseur, de soumettre de tels différends au Cen-

tre et de reconnaître la décision arbitrale comme obligatoire. Cette acceptation implique le renoncement à l'obligation d'épuisement des recours internes administratifs ou judiciaires; ou

b) Une procédure d'arbitrage devant trois juges conformément aux règles d'arbitrage de la CNUDCI, telles que modifiées par la dernière modification acceptée par les deux Parties contractantes lors de la demande d'introduction de la procédure d'arbitrage. En cas d'arbitrage, chaque Partie contractante accepte d'avance et irrévocablement en vertu du présent Accord, même en l'absence d'un accord d'arbitrage entre la Partie contractante et l'investisseur, de soumettre de tels différends à la procédure d'arbitrage indiquée et de reconnaître la décision arbitrale comme obligatoire.

3. La décision au sens des alinéas *a* et *b* du paragraphe 2 est définitive et obligatoire; elle est exécutée conformément au droit interne; chaque Partie contractante veille à faire reconnaître et exécuter la décision arbitrale conformément à sa législation en la matière.

4. Une Partie contractante qui est partie au différend n'invoque à aucun stade de la conciliation ou de l'arbitrage ou de l'exécution d'une décision arbitrale l'exception selon laquelle l'investisseur, qui est l'autre partie au différend, a perçu en vertu d'une garantie une indemnisation pour tout ou partie de ses pertes.

Article 10

RÈGLEMENT DE DIFFÉRENDS ENTRE LES PARTIES CONTRACTANTES

1. Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord doivent dans toute la mesure possible être réglés par des négociations.

2. Si un différend ne peut être réglé de la manière prévue au paragraphe 1 dans un délai de trois mois, il est soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral est composé au cas par cas de la manière suivante : chacune des Parties nomme un membre et les deux membres désignent d'un commun accord un ressortissant d'un Etat tiers comme Président. Les membres doivent être désignés dans les deux mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral, et le Président dans les deux mois suivants.

4. Si les délais visés au paragraphe 3 du présent article ne sont pas respectés, chacune des Parties peut, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président de la Cour internationale de Justice est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, le Vice-Président ou, en cas d'empêchement, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice peut être invité dans les mêmes conditions à procéder aux nominations.

5. Le tribunal arbitral définit lui-même sa procédure.

6. Le tribunal arbitral prend ses décisions en fonction du présent Accord et des règles généralement reconnues du droit international. Il se prononce à la majorité; ses décisions sont définitives et obligatoires.

7. Chaque Partie contractante supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale. Les frais du Président et les autres frais sont répartis à égalité entre les deux Parties contractantes. Le tribunal peut cependant fixer dans sa décision un autre mode de répartition des frais.

Article 11

APPLICATION DU PRÉSENT ACCORD

1. Le présent Accord s'applique aux investissements existants ou à venir réalisés avant et après son entrée en vigueur par les investisseurs de l'une des Parties contractantes conformément à la législation de l'autre Partie contractante et sur son territoire.

2. Les dispositions du présent Accord contraires à la législation future de l'Union Européenne ne seront pas applicables.

3. Le cas échéant les Parties contractantes entreprendront des consultations sur les questions mentionnées au paragraphe 2.

Article 12

ENTRÉE EN VIGUEUR ET DURÉE

1. Le présent Accord est soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

2. Il restera en vigueur pendant dix ans. A l'expiration de ce délai, il sera reconduit pour une durée indéterminée et pourra être dénoncé par écrit et par la voie diplomatique par chacune des Parties contractantes avec un préavis de douze mois.

3. En ce qui concerne les investissements réalisés jusqu'à la date d'expiration du présent Accord, les articles 1 à 10 du présent Accord s'appliqueront encore pendant dix ans à compter de cette date.

FAIT à Graz, le 8 novembre 1996, en deux exemplaires, chacun en langues allemande et ukrainienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :
SCHÜSSEL

Pour l'Ukraine :
UDOVENKO

ANNEX A

***Ratifications, accessions, subsequent agreements, etc.,
concerning treaties and international agreements
registered
with the Secretariat of the United Nations***

ANNEXE A

***Ratifications, adhésions, accords ultérieurs, etc.,
concernant des traités et accords internationaux
enregistrés
au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies***

ANNEXA

ANNEXE A

No. 521. CONVENTION ON THE PRIVILEGES AND IMMUNITIES OF THE SPECIALIZED AGENCIES. APPROVED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 21 NOVEMBER 1947¹

N° 521. CONVENTION SUR LES PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS DES INSTITUTIONS SPÉCIALISÉES. APPROUVÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 21 NOVEMBRE 1947¹

WITHDRAWAL of reservation made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 33, p. 261. For final or revised texts of annexes to the Convention transmitted to the Secretary-General subsequent to the date of its registration, see vol. 71, p. 318; vol. 79, p. 326; vol. 117, p. 386; vol. 275, p. 298; vol. 314, p. 308; vol. 323, p. 364; vol. 327, p. 326; vol. 371, p. 266; vol. 423, p. 284; vol. 559, p. 348; vol. 645, p. 340; vol. 1057, p. 320; vol. 1060, p. 337, and vol. 1482, p. 244; for other subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 24, as well as annex A in volumes 1403, 1404, 1406, 1413, 1426, 1436, 1508, 1512, 1520, 1525, 1551, 1567, 1569, 1582, 1597, 1606, 1641, 1654, 1672, 1678, 1679, 1686, 1689, 1691, 1712, 1723, 1732, 1787, 1916, 1935, 1964 and 1993.

² *Ibid.*, vol. 677, p. 430

Vol. 1995, A-521

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 33, p. 261. Pour les textes finals ou révisés des annexes communiquées au Secrétaire général postérieurement à la date d'enregistrement de la Convention, voir vol. 71, p. 319; vol. 79, p. 326; vol. 117, p. 386; vol. 275, p. 299; vol. 314, p. 309; vol. 323, p. 365; vol. 327, p. 327; vol. 371, p. 267; vol. 423, p. 285; vol. 559, p. 349; vol. 645, p. 341; vol. 1057, p. 322; vol. 1060, p. 337, et vol. 1482, p. 244; pour d'autres faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 1 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1403, 1404, 1406, 1413, 1426, 1436, 1508, 1512, 1520, 1525, 1551, 1567, 1569, 1582, 1597, 1606, 1641, 1654, 1672, 1678, 1679, 1686, 1689, 1691, 1712, 1723, 1732, 1787, 1916, 1935, 1964 et 1993.

² *Ibid.*, vol. 677, p. 431.

No. 1021. CONVENTION ON THE PREVENTION AND PUNISHMENT OF THE CRIME OF GENOCIDE. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 9 DECEMBER 1948¹

N° 1021. CONVENTION POUR LA PRÉVENTION ET LA RÉPRESSION DU CRIME DE GÉNOCIDE. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 9 DÉCEMBRE 1948¹

WITHDRAWAL of reservation made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 78, p. 277; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 11, 13 to 17, and 19 to 24, as well as annex A in volumes 1455, 1488, 1516, 1518, 1523, 1525, 1527, 1530, 1551, 1552, 1555, 1557, 1563, 1567, 1569, 1606, 1607, 1653, 1671, 1673, 1678, 1679, 1691, 1700, 1704, 1712, 1723, 1724, 1725, 1745, 1762, 1772, 1841, 1844, 1860, 1886, 1895, 1902, 1907, 1913, 1917, 1931, 1938, 1955, 1971 and 1989.

² *Ibid.*, vol. 78, p. 277.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 78, p. 277; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 1 à 11, 13 à 17, et 19 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1455, 1488, 1516, 1518, 1523, 1525, 1527, 1530, 1551, 1552, 1555, 1557, 1563, 1567, 1569, 1606, 1607, 1653, 1671, 1673, 1678, 1679, 1691, 1700, 1704, 1712, 1723, 1724, 1725, 1745, 1762, 1772, 1841, 1844, 1860, 1886, 1895, 1902, 1907, 1913, 1917, 1931, 1938, 1955, 1971 et 1989.

² *Ibid.*, vol. 78, p. 277.

No. 2613. CONVENTION ON THE POLITICAL RIGHTS OF WOMEN. OPENED FOR SIGNATURE AT NEW YORK, ON 31 MARCH 1953¹

N° 2613. CONVENTION SUR LES DROITS POLITIQUES DE LA FEMME. OUVERTE À LA SIGNATURE À NEW-YORK, LE 31 MARS 1953¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article IX made upon ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article IX lors de la ratification²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 193, p. 135; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 2 to 18, and 21 to 23, as well as annex A in volumes 1413, 1434, 1436, 1455, 1516, 1525, 1527, 1530, 1551, 1559, 1569, 1606, 1671, 1678, 1679, 1691, 1704, 1712, 1723, 1732, 1762, 1846, 1870, 1902, 1964, 1971 and 1991.

² *Ibid.*, vol. 196, p. 363.

Vol. 1995, A-2613

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 193, p. 135; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 2 à 18, et 21 à 23, ainsi que l'annexe A des volumes 1413, 1434, 1436, 1455, 1516, 1525, 1527, 1530, 1551, 1559, 1569, 1606, 1671, 1678, 1679, 1691, 1704, 1712, 1723, 1732, 1762, 1846, 1870, 1902, 1964, 1971 et 1991.

² *Ibid.*, vol. 196, p. 363.

No. 3992. CONVENTION CONCERNING CUSTOMS FACILITIES FOR TOURING. DONE AT NEW YORK, ON 4 JUNE 1954¹

N° 3992. CONVENTION SUR LES FACILITÉS DOUANIÈRES EN FAVEUR DU TOURISME. FAITE À NEW YORK, LE 4 JUIN 1954¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 21 made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 21 lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 15 made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 15 lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 276, p. 191; for subsequent actions see references in Cumulative Indexes Nos. 3 to 10, 12 to 16, 18, 21 and 23, as well as annex A in volumes 1444, 1679, 1723, 1724, 1732, 1775, 1821 and 1979.

² *Ibid.*, vol. 367, p. 334.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 276, p. 191; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 3 à 10, 12 à 16, 18, 21 et 23, ainsi que l'annexe A des volumes 1444, 1679, 1723, 1724, 1732, 1775, 1821 et 1979.

² *Ibid.*, vol. 367, p. 334.

No. 4101. CUSTOMS CONVENTION
ON THE TEMPORARY IMPORTATION
OF PRIVATE ROAD VEHICLES. DONE
AT NEW YORK ON 4 JUNE 1954¹

N° 4101. CONVENTION DOUANIÈRE
RELATIVE À L'IMPORTATION TEM-
PORAIRE DES VÉHICULES ROU-
TIERS PRIVÉS. FAITE À NEW YORK
LE 4 JUIN 1954¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of
article 10 made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de
l'article 10 lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 282, p. 249; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 3 to 10, 12, 13, 15, 16, 18, 21, 23 and 24, as well as annex A in volumes 1679, 1694, 1732, 1775, 1821, 1907 and 1979.

² *Ibid.*, vol. 367, p. 346.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 282, p. 249; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 3 à 10, 12, 13, 15, 16, 18, 21, 23 et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1679, 1694, 1732, 1775, 1821, 1907 et 1979.

² *Ibid.*, vol. 367, p. 346.

No. 4721. CUSTOMS CONVENTION
ON THE TEMPORARY IMPORTATION
OF COMMERCIAL ROAD VEHICLES.
DONE AT GENEVA, ON 18 MAY 1956¹

N° 4721. CONVENTION DOUANIÈRE
RELATIVE À L'IMPORTATION TEM-
PORAIRE DES VÉHICULES ROU-
TIERS COMMERCIAUX. FAITE À
GENÈVE, LE 18 MAI 1956¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of
article 38 made upon ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de
l'article 38 lors de la ratification²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 327, p. 123; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 9, 18, 22 and 23, as well as annex A in volumes 1694, 1695, 1762, 1775, 1821, 1907 and 1979.

² *Ibid.*, vol. 328, p. 344.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 327, p. 123; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 4 à 9, 18, 22 et 23, ainsi que l'annexe A des volumes 1694, 1695, 1762, 1775, 1821, 1907 et 1979.

² *Ibid.*, vol. 328, p. 344.

No. 4789. AGREEMENT CONCERNING THE ADOPTION OF UNIFORM CONDITIONS OF APPROVAL AND RECIPROCAL RECOGNITION OF APPROVAL FOR MOTOR VEHICLE EQUIPMENT AND PARTS. DONE AT GENEVA, ON 20 MARCH 1958¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 10 made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

APPLICATION of Regulation No. 52 annexed to the above-mentioned Agreement

Notification received on:

20 October 1997

UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND

(With effect from 19 December 1997.)

Registered ex officio on 20 October 1997.

APPLICATION of Regulations Nos. 16, 27, 44, 69 and 70 annexed to the above-mentioned Agreement

Notification received on:

24 October 1997

ESTONIA

(With effect from 23 December 1997.)

Registered ex officio on 24 October 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 335, p. 211; see also vol. 516, p. 378 (rectification of the authentic English and French texts of article 1 (8)); vol. 609, p. 290 (amendment to article 1 (1)); and vol. 1059, p. 404 (rectification of the authentic French text of article 12 (2)); for other subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 24, as well as annex A in volumes 1401, 1402, 1404, 1405, 1406, 1408, 1409, 1410, 1412, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1423, 1425, 1428, 1429, 1434, 1436, 1438, 1443, 1444, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1474, 1477, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1492, 1494, 1495, 1499, 1500, 1502, 1504, 1505, 1506, 1507, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1518, 1519, 1520, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1530, 1537, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1552, 1555, 1557, 1558, 1559, 1563, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1573, 1575, 1578, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1605, 1607, 1637, 1639, 1641, 1642, 1647, 1649, 1654, 1656, 1658, 1664, 1671, 1672, 1673, 1678, 1685, 1686, 1688, 1689, 1691, 1693, 1695, 1696, 1698, 1699, 1700, 1702, 1703, 1709, 1714, 1717, 1722, 1723, 1724, 1725, 1728, 1730, 1731, 1745, 1747, 1748, 1753, 1762, 1763, 1764, 1765, 1768, 1769, 1770, 1771, 1774, 1775, 1777, 1785, 1787, 1792, 1819, 1822, 1823, 1824, 1829, 1830, 1832, 1840, 1843, 1844, 1846, 1849, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1870, 1871, 1872, 1880/1881, 1882, 1884, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1898, 1900, 1901, 1902, 1903, 1908, 1909, 1911, 1914, 1916, 1920, 1921, 1927, 1928, 1929, 1931, 1932, 1933, 1935, 1947, 1949, 1952, 1954, 1955, 1962, 1963, 1964, 1966, 1967, 1973, 1979, 1983, 1986, 1989, 1991 and 1993.

² *Ibid.*, vol. 1122, p. 356.

N° 4789. ACCORD CONCERNANT L'ADOPTION DE CONDITIONS UNIFORMES D'HOMOLOGATION ET LA RECONNAISSANCE RÉCIPROQUE DE L'HOMOLOGATION DES ÉQUIPEMENTS ET PIÈCES DE VÉHICULES À MOTEUR. FAIT À GENÈVE, LE 20 MARS 1958¹

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 10 lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

APPLICATION du Règlement n° 52 annexé à l'Accord susmentionné

Notification reçue le :

20 octobre 1997

ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

(Avec effet au 19 décembre 1997.)

Enregistré d'office le 20 octobre 1997.

APPLICATION des Règlements nos 16, 27, 44, 69 et 70 annexés à l'Accord susmentionné

Notification reçue le :

24 octobre 1997

ESTONIE

(Avec effet au 23 décembre 1997.)

Enregistré d'office le 24 octobre 1997.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 335, p. 211; voir aussi vol. 516, p. 379 (rectification des textes authentiques anglais et français du paragraphe 8 de l'article 1); vol. 609, p. 291 (amendement du paragraphe 1 de l'article 1); et vol. 1059, p. 404 (rectification du texte authentique français du paragraphe 2 de l'article 12; pour les autres faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 4 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1401, 1402, 1404, 1405, 1406, 1408, 1409, 1410, 1412, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1423, 1425, 1428, 1429, 1434, 1436, 1438, 1443, 1444, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1474, 1477, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1492, 1494, 1495, 1499, 1500, 1502, 1504, 1505, 1506, 1507, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1518, 1519, 1520, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1530, 1537, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1552, 1555, 1557, 1558, 1559, 1563, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1573, 1575, 1578, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1605, 1607, 1637, 1639, 1641, 1642, 1647, 1649, 1654, 1656, 1658, 1664, 1671, 1672, 1673, 1678, 1685, 1686, 1688, 1689, 1691, 1693, 1695, 1696, 1698, 1699, 1700, 1702, 1703, 1709, 1714, 1717, 1722, 1723, 1724, 1725, 1728, 1730, 1731, 1745, 1747, 1748, 1753, 1762, 1763, 1764, 1765, 1768, 1769, 1770, 1771, 1774, 1775, 1777, 1785, 1787, 1792, 1819, 1822, 1823, 1824, 1829, 1830, 1832, 1840, 1843, 1844, 1846, 1849, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1870, 1871, 1872, 1880/1881, 1882, 1884, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1898, 1900, 1901, 1902, 1903, 1908, 1909, 1911, 1914, 1916, 1920, 1921, 1927, 1928, 1929, 1931, 1932, 1933, 1935, 1947, 1949, 1952, 1954, 1955, 1962, 1963, 1964, 1966, 1967, 1973, 1979, 1983, 1986, 1989, 1991 et 1993.

² *Ibid.*, vol. 1122, p. 356.

No. 4844. CONVENTION ON THE
TAXATION OF ROAD VEHICLES FOR
PRIVATE USE IN INTERNATIONAL
TRAFFIC. DONE AT GENEVA ON
18 MAY 1956¹

N° 4844. CONVENTION RELATIVE AU
RÉGIME FISCALE DES VÉHICULES
ROUTIERS À USAGE PRIVÉ EN
CIRCULATION INTERNATIONALE.
FAITE À GENÈVE LE 18 MAI 1956¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of
article 10 (2) et (3) made upon ratification²

RETRAIT de réserve formulée à l'égard des
paragraphe 2 et 3 de l'article 10 lors de la
ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 339, p. 3; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 10, as well as annex A in volumes 1723, 1724 and 1762.

² *Ibid.*, vol. 689, p. 362.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 339, p. 3; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 4 à 10, ainsi que l'annexe A des volumes 1723, 1724 et 1762.

² *Ibid.*, vol. 689, p. 362.

No. 5742. CONVENTION ON THE CONTRACT FOR THE INTERNATIONAL CARRIAGE OF GOODS BY ROAD (CMR). DONE AT GENEVA ON 19 MAY 1956¹

N° 5742. CONVENTION RELATIVE AU CONTRAT DE TRANSPORT INTERNATIONAL DE MARCHANDISES PAR ROUTE (CMR). FAITE À GENÈVE LE 19 MAI 1956¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 47 made upon ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 47 lors de la ratification²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 399, p. 189; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 5 to 7, 9 to 11, 13 to 15, 17, 18, 23 and 24, as well as annex A in volumes 1412, 1437, 1445, 1543, 1551, 1592, 1606, 1679, 1684, 1714, 1719, 1722, 1723, 1724, 1732, 1762, 1775, 1858, 1885, 1886, 1889, 1935 and 1980.

² *Ibid.*, vol. 430, p. 501.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 399, p. 189; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 5 à 7, 9 à 11, 13 à 15, 17, 18, 23 et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1412, 1437, 1445, 1543, 1551, 1592, 1606, 1679, 1684, 1714, 1719, 1722, 1723, 1724, 1732, 1762, 1775, 1858, 1885, 1886, 1889, 1935 et 1980.

² *Ibid.*, vol. 430, p. 501.

No. 6200. EUROPEAN CONVENTION ON CUSTOMS TREATMENT OF PALETS USED IN INTERNATIONAL TRANSPORT. DONE AT GENEVA, ON 9 DECEMBER 1960¹

N° 6200. CONVENTION EUROPÉENNE RELATIVE AU RÉGIME DOUANIER DES PALETTES UTILISÉES DANS LES TRANSPORTS INTERNATIONAUX. FAITE À GENÈVE, LE 9 DÉCEMBRE 1960¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 11 (2) and (3) made upon accession²

RETRAIT de réserve formulée à l'égard des paragraphes 2 et 3 de l'article 11 lors de l'adhésion²

Notification received on:

Notification reçue le :

16 October 1997

16 octobre 1997

POLAND

POLOGNE

Registered ex officio on 16 October 1997.

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 429, p. 211; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 5 to 10, 14, and 16 to 18, as well as annex A in volumes 1695, 1723, 1724, 1762, 1775, 1821 and 1979.

² *Ibid.*, vol. 689, p. 364.

Vol. 1995, A-6200

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 429, p. 211; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 5 à 10, 14, et 16 à 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1695, 1723, 1724, 1762, 1775, 1821 et 1979.

² *Ibid.*, vol. 689, p. 364.

No. 6292. CONVENTION ON THE TAXATION OF ROAD VEHICLES ENGAGED IN INTERNATIONAL GOODS TRANSPORT. DONE AT GENEVA, ON 14 DECEMBER 1956¹

N° 6292. CONVENTION RELATIVE AU RÉGIME FISCAL DES VÉHICULES ROUTIERS EFFECTUANT DES TRANSPORTS INTERNATIONAUX DE MARCHANDISES. FAITE À GENÈVE, LE 14 DÉCEMBRE 1956¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 9 (2) and (3) made upon ratification²

RETRAIT de réserve formulée à l'égard des paragraphes 2 et 3 de l'article 9 lors de la ratification²

Notification received on:

Notification reçue le :

16 October 1997

16 octobre 1997

POLAND

POLOGNE

Registered ex officio on 16 October 1997.

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 436, p. 115; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 7 to 11, as well as annex A in volumes 1434, 1723, 1724, 1762 and 1977.

² *Ibid.*, vol. 689, p. 365.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 436, p. 115; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 7 à 11, ainsi que l'annexe A des volumes 1434, 1723, 1724, 1762 et 1977.

² *Ibid.*, vol. 689, p. 365.

No. 6293. CONVENTION ON THE TAXATION OF ROAD VEHICLES ENGAGED IN INTERNATIONAL PASSENGER TRANSPORT. DONE AT GENEVA, ON 14 DECEMBER 1956¹

N° 6293. CONVENTION RELATIVE AU RÉGIME FISCAL DES VÉHICULES ROUTIERS EFFECTUANT DES TRANSPORTS INTERNATIONAUX DE VOYAGEURS. FAITE À GENÈVE, LE 14 DÉCEMBRE 1956¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 9 (2) and (3) made upon ratification²

RETRAIT de réserve formulée à l'égard des paragraphes 2 et 3 de l'article 9 lors de la ratification²

Notification received on:

Notification reçue le :

16 October 1997

16 octobre 1997

POLAND

POLOGNE

Registered ex officio on 16 October 1997.

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 436, p. 131; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 5 to 10, as well as annex A in volumes 1434, 1723, 1724, 1762 and 1977.

² *Ibid.*, vol. 689, p. 365.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 436, p. 131; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 5 à 10, ainsi que l'annexe A des volumes 1434, 1723, 1724, 1762 et 1977.

² *Ibid.*, vol. 689, p. 365.

No. 8044. EXCHANGE OF NOTES CONSTITUTING AN AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND THE GOVERNMENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA CONCERNING THE ESTABLISHMENT ON ASCENSION ISLAND OF AN ADDITIONAL FACILITY TO BE OPERATED FOR THE UNITED STATES NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION. LONDON, 7 JULY 1965¹

N° 8044. ÉCHANGE DE NOTES CONSTITUANT UN ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD ET LE GOUVERNEMENT DES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE RELATIF À L'ÉTABLISSEMENT, DANS L'ÎLE DE L'ASCENSION, D'UNE INSTALLATION SUPPLÉMENTAIRE DESTINÉE À ÊTRE EXPLOITÉE POUR LE COMPTE DE LA NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION DES ÉTATS-UNIS. LONDRES, 7 JUILLET 1965¹

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of the United Kingdom registered on 24 October 1997 the exchange of notes between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the United States of America constituting an agreement concerning the establishment on Ascension Island of an additional facility to be operated on behalf of the United States Air Force dated at London on 15 and 22 July 1997.²

The said Agreement, which came into force on 22 July 1997, provides for the termination of the above-mentioned Agreement.

(24 October 1997)

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement du Royaume-Uni a enregistré le 24 octobre 1997 l'échange de notes entre le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et le Gouvernement des États-Unis d'Amérique constituant un accord relatif à l'établissement, dans l'île de l'Ascension, d'une installation supplémentaire destinée à être exploitée pour le compte de l'Armée de l'air américaine en date à Londres des 15 et 22 juillet 1997².

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 22 juillet 1997, stipule l'abrogation de l'Accord susmentionné.

(24 octobre 1997)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 551, p. 221, and annex A in volume 1227.

² See p. 325 of this volume.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 551, p. 221, et annexe A du volume 1227.

² Voir p. 325 du présent volume.

No. 8310. CONVENTION RELATING
TO THE UNIFICATION OF CERTAIN
RULES CONCERNING COLLISIONS
IN INLAND NAVIGATION. DONE AT
GENEVA, ON 15 MARCH 1960¹

N° 8310. CONVENTION RELATIVE À
L'UNIFICATION DE CERTAINES
RÈGLES EN MATIÈRE D'ABORDAGE
EN NAVIGATION INTÉRIEURE.
FAITE À GENÈVE, LE 15 MARS 1960¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of
article 14 made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de
l'article 14 lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 572, p. 133; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 10, 13, 14, 17 and 18.

² *Ibid.*, vol. 823, p. 414.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 572, p. 133; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 10, 13, 14, 17 et 18.

² *Ibid.*, vol. 823, p. 415.

No. 9464. INTERNATIONAL CONVENTION ON THE ELIMINATION OF ALL FORMS OF RACIAL DISCRIMINATION. OPENED FOR SIGNATURE AT NEW YORK ON 7 MARCH 1966¹

N° 9464. CONVENTION INTERNATIONALE SUR L'ÉLIMINATION DE TOUTES LES FORMES DE DISCRIMINATION RACIALE. OUVERTE À LA SIGNATURE À NEW YORK LE 7 MARS 1966¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 22 made upon ratification

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 22 lors de la ratification²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 660, p. 195; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 10 to 24, as well as annex A in volumes 1408, 1509, 1516, 1520, 1525, 1527, 1540, 1541, 1542, 1543, 1545, 1558, 1563, 1564, 1567, 1569, 1606, 1651, 1653, 1671, 1678, 1679, 1681, 1691, 1704, 1709, 1712, 1722, 1723, 1725, 1727, 1760, 1762, 1776, 1824, 1830, 1836, 1841, 1850, 1861, 1889, 1901, 1927, 1929, 1966, 1989 and 1991.

² *Ibid.*, vol. 660, p. 195.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 660, p. 195; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 10 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1408, 1509, 1516, 1520, 1525, 1527, 1540, 1541, 1542, 1543, 1545, 1558, 1563, 1564, 1567, 1569, 1606, 1651, 1653, 1671, 1678, 1679, 1681, 1691, 1704, 1709, 1712, 1722, 1723, 1725, 1727, 1760, 1762, 1776, 1824, 1830, 1836, 1841, 1850, 1861, 1889, 1901, 1927, 1929, 1966, 1989 et 1991.

² *Ibid.*, vol. 660, p. 195.

No. 10321. CONVENTION BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF FINLAND AND THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND THE PREVENTION OF FISCAL EVASION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL. SIGNED AT LONDON ON 17 JULY 1969¹

N° 10321. CONVENTION ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE FINLANDE ET LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION ET À PRÉVENIR L'ÉVASION FISCALE EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET D'IMPÔTS SUR LA FORTUNE. SIGNÉE À LONDRES LE 17 JUILLET 1969¹

PROTOCOL AMENDING THE ABOVE-MENTIONED CONVENTION, AS AMENDED (WITH EXCHANGE OF NOTES). SIGNED AT HELSINKI ON 31 JULY 1996

PROTOCOLE MODIFIANT LA CONVENTION SUSMENTIONNÉE, TELLE QUE MODIFIÉE (AVEC ÉCHANGE DE NOTES). SIGNÉ À HELSINKI LE 31 JUILLET 1996.

Came into force on 8 August 1997 by notification, in accordance with article XII.

Entré en vigueur le 8 août 1997 par notification, conformément à l'article XII.

Authentic texts of the Protocol: English and Finnish.

Textes authentiques du Protocol: anglais et finnois.

Authentic text of the exchange of notes: English.

Authentic text of the exchange of notes: anglais.

Registered by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on 24 October 1997.

Enregistré par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le 24 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 718, p. 297, and annex A in volumes 950, 1247, 1487 and 1667.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 718, p. 297, et annexe A des volumes 950, 1247, 1487 et 1667.

PROTOCOL BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF FINLAND TO AMEND THE CONVENTION FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND THE PREVENTION OF FISCAL EVASION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL, SIGNED AT LONDON ON 17 JULY 1969¹ AS AMENDED BY THE PROTOCOLS SIGNED AT LONDON ON 17 MAY 1973,² 16 NOVEMBER 1979, 1 OCTOBER 1985 AND 26 SEPTEMBER 1991

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the Republic of Finland;

Desiring to conclude a Protocol to amend the Convention between the Contracting Parties for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and Capital, signed at London on 17 July 1969,¹ as amended by the Protocols signed at London on 17 May 1973,² 16 November 1979,³ 1 October 1985⁴ and 26 September 1991⁵ (hereinafter referred to as "the Convention");

Have agreed as follows:

ARTICLE I

Paragraph (1) of Article 2 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

"(1) The taxes which are the subject of this Convention are:

(a) in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

- (i) the income tax;
- (ii) the corporation tax;
- (iii) the petroleum revenue tax; and
- (iv) the capital gains tax;

(b) in Finland:

- (i) the state income taxes (valtion tuloverot; de statliga inkomstskatterna);
- (ii) the corporate income tax (yhteisöjen tulovero; inkomstskatten för samfund);
- (iii) the communal tax (kunnallisvero; kommunalskatten);
- (iv) the church tax (kirkollisvero; kyrkoskatten);
- (v) the tax withheld at source from interest (korkotulon lähdevero; källskatten på ränteinkomst).

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 718, p. 297.

² *Ibid.*, vol. 950, p. 374.

³ *Ibid.*, vol. 1247, p. 430.

⁴ *Ibid.*, vol. 1487, p. 360.

⁵ *Ibid.*, vol. 1667, p. 315.

- (vi) the tax withheld at source from non-residents' income (rajoitetusti verovelvollisen lähdevero; källskatten för begränsat skattskyldig); and
- (vii) the state capital tax (valtion varallisuusvero; den statliga förmögenhetsskatten)."

ARTICLE II

Article 6 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

"ARTICLE 6

Limitation of relief

Where under any provision of this Convention income or capital gains are relieved from Finnish tax and, under the law in force in the United Kingdom, an individual in respect of the said income or capital gains is subject to tax by reference to the amount thereof which is remitted to or received in the United Kingdom and not by reference to the full amount thereof, then the relief to be allowed under this Convention in Finland shall apply only to so much of the income or capital gains as is remitted to or received in the United Kingdom."

ARTICLE III

Article 10 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

"ARTICLE 10

Associated enterprises

(1) Where

- (a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- (b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State—and taxes accordingly—profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then, if it agrees that the taxation of such profits by the first-mentioned State is justified both in principle and as regards the amount under the provisions of paragraph (1) of this Article, that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of tax charged therein on those profits. In determining such

adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.”

ARTICLE IV

Article 11 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

“ARTICLE 11

Dividends

- (1) Dividends paid by a company being a resident of a Contracting State which are derived and beneficially owned by a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.
- (2) The term “dividends” as used in this Article means income from shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights assimilated to income from shares by the taxation law of the State of which the company making the distribution is a resident and also includes any other item (other than interest or royalties relieved from tax under the provisions of Article 12 or Article 13 of this Convention) which, under the law of the Contracting State of which the company paying the dividend is a resident, is treated as a dividend or distribution of a company.
- (3) The provisions of paragraph (1) of this Article shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 8 or Article 15, as the case may be, shall apply.
- (4) If the beneficial owner of the dividends being a resident of a Contracting State owns 10 per cent or more of the class of shares in respect of which the dividends are paid and does not suffer tax thereon in that State then paragraph (1) of this Article shall not apply to the dividends to the extent that they can have been paid only out of profits which the company paying the dividends earned or other income which it received in a period ending twelve months or more before the relevant date. For the purposes of this paragraph the term “relevant date” means the date on which the beneficial owner of the dividends became the owner of 10 per cent or more of the class of shares in question. Provided that this paragraph shall apply only if the shares were acquired primarily for the purpose of securing the benefit of this Article and not for *bona fide* commercial reasons.
- (5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company’s undistributed profits to a tax on the company’s

undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.”

ARTICLE V

Paragraphs (4) and (7) of Article 12 of the Convention shall be deleted and the existing paragraphs (5), (6) and (8) shall be renumbered (4), (5) and (6) respectively.

ARTICLE VI

Paragraph (2) of Article 14 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

- “(2) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of:
- (a) shares or other corporate rights, other than shares quoted on an approved Stock Exchange, deriving more than half of their value directly or indirectly from immovable property situated in the other Contracting State, or
 - (b) an interest in a partnership or trust the assets of which derive more than half of their value from immovable property situated in the other Contracting State, or from shares or other corporate rights referred to in sub-paragraph (a) above,
- may be taxed in that other State.”

ARTICLE VII

Sub-paragraph (a) of paragraph (2) of Article 16 shall be deleted and replaced by the following:

- “(a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days within any twelve-month period; and”

ARTICLE VIII

Article 19 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

“ARTICLE 19

Pensions, annuities and social welfare payments

- (1) Subject to the provisions of paragraph (2) of Article 20:
- (a) pensions and other similar payments arising in a Contracting State,
 - (b) benefits, whether periodic or lump-sum compensation, awarded under the social security legislation of a Contracting State or under any public scheme organised by a Contracting State for social welfare purposes, or
 - (c) any annuity arising in a Contracting State,
- shall be taxable only in that Contracting State.

(2) The term "annuity" as used in this Article means a stated sum payable periodically to an individual at stated times during his life, or during a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth."

ARTICLE IX

Paragraph (2) of Article 24 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

"(2) Capital represented by:

- (a) shares or other corporate rights, other than shares quoted on an approved Stock Exchange, deriving more than half of their value directly or indirectly from immovable property situated in a Contracting State, or
- (b) an interest in a partnership or trust the assets of which derive more than half of their value from immovable property situated in a Contracting State, or from shares or other corporate rights referred to in sub-paragraph (a) above.

may be taxed in that State."

ARTICLE X

(1) Sub-paragraph (b) of paragraph (1) of Article 25 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

"(b) in the case of a dividend paid by a company being a resident of Finland to a company which is a resident of the United Kingdom and which controls directly or indirectly at least 10 per cent of the voting power in the company paying the dividend, the credit shall take into account (in addition to any Finnish tax creditable under the provisions of sub-paragraph (a) of this paragraph) the Finnish tax payable by the company in respect of the profits out of which such dividend is paid."

(2) Paragraph (2) of Article 25 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

"(2) Subject to the provisions of the law of Finland regarding the elimination of international double taxation (which shall not affect the general principle hereof), double taxation shall be eliminated in Finland as follows:

- (a) Where a resident of Finland derives income or chargeable gains which, in accordance with the provisions of the Convention, may be taxed in the United Kingdom, Finland shall, subject to the provisions of sub-paragraph (b) of this paragraph, allow as a deduction from the Finnish tax of that person, an amount equal to the United Kingdom tax paid under the law of the United Kingdom and in accordance with the Convention, as computed by reference to the same income or chargeable gains by reference to which the Finnish tax is computed.
- (b) Dividends paid by a company being a resident of the United Kingdom to a company which is a resident of Finland and which controls directly at least 10

per cent of the voting power in the company paying the dividends shall be exempt from Finnish tax.

- (c) Where a resident of Finland derives income which, in accordance with the provisions of Article 19 or Article 20, shall be taxable only in the United Kingdom, such income shall be exempt from Finnish tax; however, Finland may, in calculating the amount of tax on the remaining income of such person, take into account the exempted income.”

ARTICLE XI

Article 26 of the Convention shall be deleted.

ARTICLE XII

Each of the Contracting Parties shall notify to the other the completion of the procedures required by its law for the bringing into force of this Protocol. The Protocol shall enter into force fifteen days after the date of the later of these notifications and shall thereupon have effect:

(a) in the United Kingdom:

- (i) in respect of income tax and capital gains tax, for any year of assessment beginning on or after 6 April in the calendar year next following that in which the Protocol enters into force;
- (ii) in respect of corporation tax, for any financial year beginning on or after 1 April in the calendar year next following that in which the Protocol enters into force;

(b) in Finland:

- (i) in respect of taxes withheld at source, on income derived on or after 1 January in the calendar year next following that in which the Protocol enters into force, and thereafter;
- (ii) in respect of other taxes on income, and taxes on capital, for taxes chargeable for any tax year beginning on or after 1 January in the calendar year next following that in which the Protocol enters into force.

In witness whereof the undersigned, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

Done in duplicate at Helsinki this 31st day of July 1996, in the English and Finnish languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland:

D. BURNS

For the Government
of the Republic of Finland:

HILLEL SKURNIK

[FINNISH TEXT — TEXTE FINNOIS]

PÖYTÄKIRJA ISON-BRITANNIAN JA POHJOIS-IRLANNIN YHDISTYNEEN KUNINGASKUNNAN HALLITUKSEN SEKÄ SUOMEN TASAVALLAN HALLITUKSEN VÄLILLÄ LONTOOSSA 17 PÄIVÄNÄ HEINÄKUUTA 1969 ALLEKIRJOITETUN SEKÄ LONTOOSSA 17 PÄIVÄNÄ TOUKOKUUTA 1973, 16 PÄIVÄNÄ MARRASKUUTA 1979), 1 PÄIVÄNÄ LOKAKUUTA 1985 JA 26 PÄIVÄNÄ SYYSKUUTA 1991 ALLEKIRJOITETUILLA PÖYTÄKIRJOILLA MUUTETUN, TULON JA OMAISUUDEN KAKSINKERTAISEN VEROTUKSEN SEKÄ VERON KIERTÄMISEN ESTÄMISTÄ KOSKEVAN SOPIMUKSEN MUUTTAMISESTA

Ison-Britannian ja Pohjois-Irlannin yhdistyneen kuningaskunnan hallitus sekä Suomen tasavallan hallitus;

jotka haluavat tehdä sopimuspuolten välillä Lontoossa 17 päivänä heinäkuuta 1969 allekirjoitettua sekä Lontoossa 17 päivänä toukokuuta 1973, 16 päivänä marraskuuta 1979, 1 päivänä lokakuuta 1985 ja 26 päivänä syyskuuta 1991 allekirjoitetuilla pöytäkirjoilla muutettua, tulon ja omaisuuden kaksinkertaisen verotuksen sekä veron kiertämisen estämistä koskevaa sopimusta (jäljempänä "sopimus") muuttavan pöytäkirjan;

ovat sopineet seuraavasta:

I ARTIKLA

Sopimuksen 2 artiklan 1 kohta poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava kohta:

"1. Verot, joihin tätä sopimusta sovelletaan, ovat:

(a) Ison-Britannian ja Pohjois-Irlannin yhdistyneessä kuningaskunnassa:

- (i) tulovero;
- (ii) yhtiövero;
- (iii) öljytulovero; ja
- (iv) myyntivoittovero;

(b) Suomessa:

- (i) valtion tuloverot;
- (ii) yhteisöjen tulovero;
- (iii) kunnallisvero;
- (iv) kirkollisvero;
- (v) korkotulon lähdevero;
- (vi) rajoitetusti verovelvollisen lähdevero; ja
- (vii) valtion varallisuusvero."

II ARTIKLA

Sopimuksen 6 artikla poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava artikla:

“6 ARTIKLA

Veronhuojennusten rajoittaminen

Milloin tulo tai myyntivoitto tämän sopimuksen jonkin määräyksen mukaan on kokonaan tai osaksi vapautettu Suomen verosta ja Yhdistyneessä kuningaskunnassa voimassa olevan lainsäädännön mukaan luonnollinen henkilö on velvollinen maksamaan veroa vain sanotun tulon tai myyntivoiton siitä osasta, joka on siirretty Yhdistyneeseen kuningaskuntaan tai siellä vastaanotettu, sovelletaan Suomessa tämän sopimuksen mukaan myönnettävää helpotusta vain siihen osaan tulosta tai myyntivoitosta, joka on siirretty Yhdistyneeseen kuningaskuntaan tai siellä vastaanotettu.”

III ARTIKLA

Sopimuksen 10 artikla poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava artikla:

“10 ARTIKLA

Etuyhteydessä keskenään olevat yritykset

1. Milloin

- (a) sopimusvaltiossa oleva yritys välittömästi tai välillisesti osallistuu toisessa sopimusvaltiossa olevan yrityksen johtoon tai valvontaan tahi omistaa osan sen pääomasta, taikka
- (b) samat henkilöt välittömästi tai välillisesti osallistuvat sekä sopimusvaltiossa olevan yrityksen että toisessa sopimusvaltiossa olevan yrityksen johtoon tai valvontaan tahi omistavat osan niiden pääomasta,

noudatetaan seuraavaa.

Jos jommassakummassa tapauksessa yritysten välillä kaupallisissa tai rahoitussuhteissa sovitaan ehdoista tai määrätään ehtoja, jotka poikkeavat siitä, mistä riippumattomien yritysten välillä olisi sovittu, voidaan kaikki tulo, joka ilman näitä ehtoja olisi kertynyt toiselle näistä yrityksistä, mutta näiden ehtojen vuoksi ei ole kertynyt yritykselle, lukea tämän yrityksen tuloon ja verottaa siitä tämän mukaisesti.

2. Milloin sopimusvaltio tässä valtiossa olevan yrityksen tuloon lukee—ja tämän mukaisesti verottaa—tulon, josta toisessa sopimusvaltiossa olevaa yritystä on verotettu tässä toisessa valtiossa, sekä siten mukaan luettu tulo on tuloa, joka olisi kertynyt ensiksi mainitussa valtiossa olevalle yritykselle, jos yritysten välillä sovitut ehdot olisivat olleet sellaisia, joista riippumattomien yritysten välillä olisi sovittu, tämän toisen valtion on, jos se on yhtä mieltä siitä, että verotus ensiksi mainitussa valtiossa on oikeutettu sekä periaatteellisesti että määrällisesti tämän artiklan 1 kohdan määräysten mukaan, asianmukaisesti oikaistava tästä tulosta siellä määrätyn veron määrä. Tällaista oikaisua tehtäessä on otettava huomioon tämän sopimuksen muut määräykset, ja sopimusvaltioiden toimivaltaisten viranomaisten on tarvittaessa neuvoteltava keskenään.”

IV ARTIKLA

Sopimuksen 11 artikla poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava artikla:

“11 ARTIKLA

Osinko

1. Osingosta, jonka sopimusvaltiossa asuva yhtiö maksaa ja jonka saa toisessa sopimusvaltiossa asuva henkilö, jolla on oikeus osinkoon, verotetaan vain tässä toisessa valtiossa.

2. Sanonnalla “osinko” tarkoitetaan tässä artiklassa tuloa, joka on saatu osakkeista tai muista voitto-osuuteen oikeuttavista oikeuksista, jotka eivät ole saamia, samoin kuin muista yhtiöosuuksista saatua tuloa, jota sen valtion verolainsäädännön mukaan, jossa voiton jakava yhtiö asuu, rinnastetaan osakkeista saatuun tuloon. Sanonta käsittää myös muun tulon (lukuun ottamatta korkoa tai rojaltia, joka tämän sopimuksen 12 tai 13 artiklan määräysten mukaisesti on vapautettu verosta), jota sen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, jossa voiton jakava yhtiö asuu, kohdellaan yhtiön maksamana osinkona tai jakamana voittona.

3. Tämän artiklan 1 kohdan määräyksiä ei sovelleta, jos sopimusvaltiossa asuva henkilö, jolla on oikeus osinkoon, harjoittaa toisessa sopimusvaltiossa, jossa osingon maksava yhtiö asuu, liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta tai harjoittaa tässä toisessa valtiossa itsenäistä ammattitoimintaa siellä olevasta kiinteästä paikasta, ja osingon maksamisen perusteena oleva osuus tosiasiallisesti liittyy tähän kiinteään toimipaikkaan tai kiinteään paikkaan. Tässä tapauksessa sovelletaan 8 artiklan tai 15 artiklan määräyksiä.

4. Jos sopimusvaltiossa asuva henkilö, jolla on oikeus osinkoon, omistaa vähintään 10 prosenttia sen laatusista osakkeista, joille osinko maksetaan, eikä hänen ole suoritettava veroa siitä tässä valtiossa, ei tämän artiklan 1 kohtaa sovelleta osinkoon siltä osin kuin sitä on voitu maksaa vain osinkoa jakavalle yhtiölle kertyneestä voitosta tai sen saamasta tulosta, joka on kertynyt tai maksettu sille vähintään kaksitoista kuukautta ennen ratkaisevaa päivää päättyvän ajanjakson kuluessa. Tätä kohtaa sovellettaessa sanonnalla “ratkaiseva päivä” tarkoitetaan sitä päivää, jolloin henkilö, jolla on oikeus osinkoon, sai omistukseensa vähintään 10 prosenttia kysymyksessä olevan laatusista osakkeista. Tätä kohtaa sovelletaan vain, jos osakkeet oli hankittu elupäässä tässä artiklassa myönnetyn edun saamiseksi eikä vilpittömässä mielessä kaupallisista syistä.

5. Jos sopimusvaltiossa asuva yhtiö saa tuloa toisesta sopimusvaltiosta, ei tämä toinen valtio saa verottaa yhtiön maksamasta osingosta, paitsi mikäli osinko maksetaan tässä toisessa valtiossa asuvalle henkilölle tai mikäli osingon maksamisen perusteena oleva osuus tosiasiallisesti liittyy tässä toisessa valtiossa olevaan kiinteään toimipaikkaan tai kiinteään paikkaan, eikä myöskään määrätä yhtiön jakamattomasta voitosta tällaisesta voitosta suoritettavaa veroa, vaikka maksettu osinko tai jakamaton voitto kokonaan tai osaksi koostuisi tässä toisessa valtiossa kertyneestä tulosta.”

V ARTIKLA

Sopimuksen 12 artiklan 4 ja 7 kohta poistetaan sekä nykyinen 5, 6 ja 8 kohta numeroidaan uudelleen 4, 5 ja 6 kohdaksi.

VI ARTIKLA

Sopimuksen 14 artiklan 2 kohta poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava kohta:

“2. Voitosta, jonka sopimusvaltiossa asuva henkilö saa:

- (a) sellaisen yhtiön osakkeen tai muun osuuden luovutuksesta, lukuun ottamatta hyväksytyssä arvopaperipörssissä noteerattuja osakkeita, jonka, arvosta yli puolet välittömästi tai välillisesti johtuu toisessa sopimusvaltiossa olevasta kiinteästä omaisuudesta, tai,
- (b) sellaisen yhtymän tai toisen henkilön eduksi hallitun varallisuuskokonaisuuden (trust) osuuden luovutuksesta, jonka varojen arvosta yli puolet johtuu toisessa sopimusvaltiossa olevasta kiinteästä omaisuudesta tai (a) kohdassa tarkoitetuista osakkeista tai muista osuuksista,

voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa.”

VII ARTIKLA

Sopimuksen 16 artiklan 2(a) kohta poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava kohta:

“(a) saaja oleskelee toisessa valtiossa yhdessä jaksossa, tai useassa jaksossa yhteensä, enintään 183 päivää kahdentoista kuukauden aikana, ja”

VIII ARTIKLA

Sopimuksen 19 artikla poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava artikla:

“19 ARTIKLA

Eläke, elinkorko ja sosiaaliturvasuoritukset

1. Jollei 20 artiklan 2 kohdan määräyksistä muuta johdu, verotetaan

- (a) eläkkeestä ja muusta samanluonteisesta suorituksesta, joka kertyy sopimusvaltiosta,
- (b) etuudesta, joka maksetaan toistuvasti tai kertakorvauksena sopimusvaltion sosiaalivakuutuslainsäädännön tai sopimusvaltion järjestämän muun julkisen sosiaaliturvan mukaan, tai,
- (c) elinkorosta, joka kertyy sopimusvaltiosta,

vain tässä valtiossa.

2. Sanonnalla “elinkorko” tarkoitetaan tässä artiklassa vahvistettua rahamäärää, joka toistuvasti maksetaan luonnolliselle henkilölle vahvistettuina ajankohtina joko hänen elinkautenaan tai yksilöitynä taikka määritettävissä olevana aikana ja joka perustuu velvoitukseen toimeenpanna maksut täyden raha- tai rahanarvoisen suorituksen vastikkeeksi.”

IX ARTIKLA

Sopimuksen 24 artiklan 2 kohta poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava kohta:

“2. Varallisuudesta, joka koostuu

- (a) sellaisen yhtiön osakkeesta tai muusta osuudesta, lukuun ottamatta hyväksytyssä arvopaperipörssissä noteerattuja osakkeita, jonka arvosta yli puolet välittömästi tai välillisesti johtuu sopimusvaltiossa olevasta kiinteästä omaisuudesta,
- (b) sellaisen yhtymän tai toisen henkilön eduksi hallitun varallisuuskokonaisuuden (trust) osuudesta, jonka varojen arvosta yli puolet johtuu sopimusvaltiossa olevasta kiinteästä omaisuudesta tai (a) kohdassa tarkoitetuista osakkeista tai muista osuuksista,

voidaan verottaa tässä valtiossa.”

X ARTIKLA

Sopimuksen 25 artiklan 1(b) kohta poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava kohta:

- “(b) Milloin Suomessa asuva yhtiö maksaa osinkoa Yhdistyneessä kuningaskunnassa asuvalle yhtiölle, joka välittömästi tai välillisesti hallitsee vähintään 10 prosenttia osingon maksavan yhtiön äänimäärästä, hyvityksessä on otettava huomioon (tämän kohdan (a) alakohdan määräysten mukaan hyvitetävän Suomen veron lisäksi) yhtiön maksettava Suomen vero tulosta, josta osinko maksetaan.”

Sopimuksen 25 artiklan 2 kohta poistetaan ja sen tilalle tulee seuraava kohta:

“2. Jollei Suomen lainsäädännöstä, joka koskee kansainvälisen kaksinkertaisen verotuksen poistamista, muuta johdu (sikäli kuin tämä lainsäädäntö ei vaikuta tässä esitettyyn yleiseen periaatteeseen), kaksinkertainen verotus poistetaan Suomessa seuraavasti:

- (a) Milloin Suomessa asuva henkilö saa tuloa tai veronalaista myyntivoittoa, josta sopimuksen määräysten mukaan voidaan verottaa Yhdistyneessä kuningaskunnassa, Suomen on, jollei jäljempänä olevan (b) kohdan määräyksistä muuta johdu, vähennettävä tämän henkilön Suomen verosta Yhdistyneen kuningaskunnan lainsäädännön mukaan ja sopimuksen mukaisesti maksettua Yhdistyneen kuningaskunnan veroa vastaava määrä, joka lasketaan saman tulon tai myyntivoiton perusteella kuin minkä perusteella Suomen vero lasketaan.
- (b) Osinko, jonka Yhdistyneessä kuningaskunnassa asuva yhtiö maksaa Suomessa asuvalle yhtiölle, vapautetaan Suomen verosta, jos saaja välittömästi hallitsee vähintään 10 prosenttia osingon maksavan yhtiön äänimäärästä.
- (c) Milloin Suomessa asuva henkilö saa tuloa, josta 19 artiklan tai 20 artiklan määräysten mukaan verotetaan vain Yhdistyneessä kuningaskunnassa, se on vapaa Suomen verosta. Suomi voi kuitenkin määrätessään tämän henkilön muusta tulosta suoritettavan veron määrää ottaa lukuun sen tulon, joka on vapautettu verosta.”

XI ARTIKLA

Sopimuksen 26 artikla poistetaan.

XII ARTIKLA

Sopimuspuolet ilmoittavat toisilleen lainsäädännössään tämän pöytäkirjan voimaan saattamiseksi vaadittavien toimenpiteiden suorittamisesta. Pöytäkirja tulee voimaan viidentenätoista päivänä siitä päivästä, jona myöhempi näistä ilmoituksista on tehty, ja sitä sovelletaan sen jälkeen:

(a) Yhdistyneessä kuningaskunnassa:

- (i) tuloveron ja myyntivoittoveron osalta, verotusvuoteen, joka alkaa sitä vuotta, jona pöytäkirja tulee voimaan, lähinnä seuraavan kalenterivuoden huhtikuun 6 päivänä tai sen jälkeen;
- (ii) yhtiöveron osalta, tilivuoteen, joka alkaa sitä vuotta, jona pöytäkirja tulee voimaan, lähinnä seuraavan kalenterivuoden huhtikuun 1 päivänä tai sen jälkeen;

(b) Suomessa:

- (i) lähteellä pidätettävien verojen osalta, tuloon, joka saadaan sitä vuotta, jona pöytäkirja tulee voimaan, lähinnä seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä ja sen jälkeen;
- (ii) muiden tulosta suoritettavien verojen ja varallisuudesta suoritettavien verojen osalta, veroihin, jotka määrätään sitä vuotta, jona pöytäkirja tulee voimaan, lähinnä seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen alkavilta verovuosilta.

Tämän vakuudeksi ovat allekirjoittaneet, asianmukaisesti siihen valtuutettuina, allekirjoittaneet tämän pöytäkirjan.

Tehty Helsingissä 31 päivänä heinäkuuta 1996 kahtena englannin- ja suomenkielisenä kappaleena molempien tekstien ollessa yhtä todistusvoimaiset.

Ison-Britannian ja Pohjois-Irlannin
yhdistyneen kuningaskunnan
hallituksen puolesta:

D. BURNS

Suomen tasavallan
hallituksen puolesta:

HILLEK SKURNIK

EXCHANGE OF NOTES

I

*Director for International Tax Affairs at the Ministry of Finance of the Republic of Finland
to the Ambassador of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland at
Helsinki*

MINISTRY OF FINANCE
FINLAND

31 July 1996

Your Excellency,

I have the honour to refer to the Convention between the Government of the Republic of Finland and the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and capital, signed at London on 17 July 1969 as amended by the Protocols signed at London on 17 May 1973, 16 November 1979, 1 October 1985 and 26 September 1991 and by the Protocol signed today (hereinafter referred to as "the Convention"), and to make, on behalf of the Government of the Republic of Finland, the following proposals:

With reference to paragraph (2) of Article 2, sub-paragraph (1)(j) of Article 3, sub-paragraph (2)(d) of Article 4, paragraphs 1, 2, 3 and 4 of Article 28 and Article 29 of the Convention, it is noted that in the Convention the Finnish-language term "asianomainen viranomainen" is used as the equivalent for the English-language term "competent authority". However, the correct equivalent in Finnish is now "toimivaltainen viranomainen". It has been agreed that, in relation to the Finnish-language text as amended, the term "toimivaltainen viranomainen" as used in the Protocol between the two Governments to amend the Convention, signed today, should be read in place of "asianomainen viranomainen" used heretofore in the Convention.

With reference to sub-paragraph (b) of paragraph (1) and sub-paragraph (b) of paragraph (2) of Article 25 of the Convention, by continuing to use the criterion of a holding of voting power the Contracting States are exercising the option provided in paragraph 2 of Article 3 of Council Directive 90/435/EEC of 23 July 1990 to derogate from paragraph 1 of that Article by replacing the criterion of a holding in the capital of a company of another Member State by that of a holding of voting rights.

If the foregoing proposals are acceptable to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, I have the honour to suggest that the present Note and Your Excellency's reply to that effect should be regarded as constituting an agreement between the two Governments in this matter, which shall enter into force at the same time as the entry into force of this Protocol to the Convention.

I avail myself of this opportunity to extend to you, Your Excellency, the assurance of my highest consideration.

HILLEL SKURNIK

II

*Her Majesty's Ambassador at Helsinki to the Director for International Tax Affairs
at the Ministry of Finance of the Republic of Finland*

BRITISH EMBASSY

HELSINKI

31 July 1996

Your Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your Note of today's date which reads as follows:

[See note I]

The foregoing proposals being acceptable to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, I have the honour to confirm that Your Excellency's Note and this reply shall be regarded as constituting an agreement between the two Governments in this matter which shall enter into force at the same time as the entry into force of this Protocol to the Convention.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency, the assurance of my highest consideration.

D. BURNS

[TRADUCTION — TRANSLATION]

PROTOCOLE ENTRE LE GOUVERNEMENT DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE FINLANDE MODIFIANT LA CONVENTION TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION ET À PRÉVENIR L'ÉVASION FISCALE EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET D'IMPÔTS SUR LA FORTUNE, SIGNÉE À LONDRES LE 17 JUILLET 1969, TELLE QU'AMENDÉE PAR LES PROTOCOLES SIGNÉS À LONDRES LES 17 MAI 1973, 16 NOVEMBRE 1979, 1^{er} OCTOBRE 1985 ET 26 SEPTEMBRE 1991

Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et le Gouvernement de la République de Finlande,

Désireux de conclure un protocole visant à modifier la Convention entre les Parties contractantes tendant à éviter la double imposition et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu et d'impôts sur la fortune, signée à Londres le 17 juillet 1969¹, telle qu'amendée par les protocoles signés à Londres les 17 mai 1973², 16 novembre 1979³, 1^{er} octobre 1985⁴ et 26 septembre 1991⁵ (ci-après dénommée « la Convention »),

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention est remplacé par le texte suivant :

« 1) Les impôts qui font l'objet de la présente Convention sont :

a) En ce qui concerne le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord :

- i) L'impôt sur le revenu;
- ii) L'impôt sur les sociétés;
- iii) L'impôt sur les recettes pétrolières; et
- iv) L'impôt sur les gains de capital;

b) En Finlande :

- i) Les impôts d'Etat sur le revenu (*valtion tuloverot; de statliga inkomstskatterna*);
- ii) L'impôt sur le revenu des sociétés (*yhteisöjen tulovero; inkomstskatten för samfund*);
- iii) L'impôt communal (*kunnallisvero; kommunalskatten*);
- iv) L'impôt paroissial (*kirkollisvero; kyrkoskatten*);
- v) L'impôt retenu à la source sur les intérêts (*korkotulon lähdevero; källskatten på ränteinkomst*);
- vi) L'impôt retenu à la source sur le revenu des non-résidents (*rajoitetusti verovelvollisen lähdevero; källskatten för begränsat skattskyldig*); et
- vii) L'impôt d'Etat sur la fortune (*valtion varallisuusvero; den statliga förmögenhets-skatten*). »

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 718, p. 297.

² *Ibid.*, vol. 950, p. 374.

³ *Ibid.*, vol. 1247, p. 439.

⁴ *Ibid.*, vol. 1487, p. 369.

⁵ *Ibid.*, vol. 1667, p. 329.

Article II

L'article 6 de la Convention est remplacé par le texte suivant :

« Article 6

LIMITATION DE L'EXONÉRATION

Lorsque, en vertu de toute disposition de la présente Convention, les revenus et les plus-values en capital sont exonérés de l'impôt finlandais et lorsque, en vertu de la législation en vigueur dans le Royaume-Uni, une personne physique est assujettie à l'impôt en ce qui concerne lesdits revenus et plus-values en capital à raison du montant qui est transféré ou perçu dans le Royaume-Uni et non à raison de son montant intégral, l'exonération à accorder en Finlande en vertu de la présente Convention ne s'applique qu'aux montants ainsi transférés ou perçus dans le Royaume-Uni. »

Article III

L'article 10 de la Convention est remplacé par le texte suivant :

« Article 10

ENTREPRISES ASSOCIÉES

1. Lorsque :

a) Une entreprise de l'un des Etats contractants participe, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

b) Ou, lorsque les mêmes personnes participent, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des Etats contractants et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

et, lorsque dans l'un ou l'autre cas, il est établi ou imposé entre les deux entreprises, dans leurs relations commerciales ou financières, des conditions différentes de celles qui seraient appliquées entre des entreprises indépendantes, les bénéfices que, n'étaient ces conditions, l'une des entreprises aurait réalisés mais que du fait de ces conditions, elle n'a pas réalisés, peuvent être compris dans les bénéfices de ladite entreprise et imposés en conséquence.

2. Lorsqu'un Etat contractant inclut dans les bénéfices d'une entreprise de cet Etat et impose en conséquence des bénéfices sur lesquels une entreprise de l'autre Etat contractant a été imposée dans cet autre Etat et que les bénéfices inclus sont des bénéfices qui auraient été imputés à l'entreprise du premier Etat si les conditions convenues entre les deux entreprises avaient été celles qui auraient été convenues entre entreprises indépendantes, l'autre Etat, s'il convient que l'imposition de ces bénéfices par le premier Etat est justifiée tant en principe qu'en ce qui concerne le montant établi en vertu des dispositions du paragraphe premier du présent article, ajustera le montant de l'impôt perçu sur ces bénéfices dans ledit autre Etat. En déterminant l'ajustement, compte sera dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention, et les autorités compétentes des Etats contractants se consulteront au besoin. »

Article IV

L'article 11 de la Convention est remplacé par le texte suivant :

*« Article 11***DIVIDENDES**

1. Les dividendes qu'une société résidente de l'un des Etats contractants verse à un résident de l'autre Etat contractant dont ce résident est le bénéficiaire effectif, sont imposables dans cet autre Etat.

2. Aux fins du présent article, le terme « dividendes » désigne les revenus provenant d'actions ou d'autres titres, à l'exception des créances, de participation aux bénéfices, ainsi que les revenus provenant d'autres parts sociales que la législation fiscale de l'Etat contractant dont la société distributrice est résidente assimilés aux revenus provenant d'actions et englobe également tout autre élément de revenu (autre que les intérêts ou redevances exonérés d'impôt en vertu des dispositions de l'article 12 ou de l'article 13 de la présente Convention) qui, aux termes de la législation de l'Etat contractant dont la société distributrice est résidente, est assimilé à des dividendes ou à des bénéfices distribués par une société.

3. Les dispositions du paragraphe premier du présent article ne s'appliquent pas si le bénéficiaire effectif des dividendes, étant un résident de l'un des Etats contractants, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions des articles 8 ou 15, suivant le cas, sont applicables.

4. Si le bénéficiaire effectif des dividendes qui est un résident de l'un des Etats contractants détient en pleine propriété 10 p. 100 au moins de la catégorie d'actions génératrices des dividendes et n'est pas redevable d'un impôt à ce titre dans ledit Etat, le paragraphe 1 du présent article ne s'applique pas à ces dividendes pour autant qu'ils n'ont été prélevés que sur les bénéfices que la société distributrice des dividendes a réalisés ou sur d'autres revenus qu'elle a perçus au cours d'une période prenant fin douze mois au moins avant la date de référence. Au sens du présent paragraphe, l'expression « date de référence » désigne la date à laquelle le bénéficiaire effectif des dividendes est devenu propriétaire de 10 p. 100 au moins de la catégorie d'actions en question. Toutefois, les dispositions du présent paragraphe ne s'appliquent que si les actions ont été acquises essentiellement dans le but de s'assurer le bénéfice desdites dispositions et non pour des raisons authentiquement commerciales.

5. Lorsqu'une société qui est une résidente d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de sources situées dans l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes versés par la société si ce n'est dans la mesure où ces dividendes sont versés à un résident de cet autre Etat ou dans la mesure où la participation génératrice de ces dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre Etat, et il ne peut prélever aucun impôt au titre de l'imposition des bénéfices non distribués de la société même si les dividendes versés ou les bénéfices non distribués représentent en totalité ou en partie des bénéfices ou des revenus tirés de sources situées dans cet autre Etat. »

Article V

Les paragraphes 4 et 7 de l'article 12 de la Convention sont supprimés et les actuels paragraphes 5, 6 et 8 deviennent les paragraphes 4, 5 et 6 respectivement.

Article VI

Le paragraphe 2 de l'article 14 de la Convention est remplacé par le texte suivant :

« 2. Les gains que tire un résident de l'un des Etats contractants de l'aliénation :

a) D'actions ou d'autres parts sociales autres que les actions cotées en bourse, dont la valeur provient, pour plus de la moitié, directement ou indirectement de biens immobiliers situés dans l'autre Etat contractant, ou

b) D'un intérêt dans une société de personnes ou une fiducie (*trust*) dont les avoirs sont représentés, pour plus de la moitié de leur valeur, par des biens immobiliers situés dans l'autre Etat contractant ou par des actions ou autres parts sociales visées à l'alinéa a ci-dessus,

sont imposables dans cet autre Etat. »

Article VII

L'alinéa a du paragraphe 2 de l'article 16 est remplacé par le texte suivant :

« a) Si la durée du séjour ou des séjours de l'intéressé dans l'autre Etat n'excède pas 183 jours au total au cours d'une période quelconque de douze mois; et »

Article VIII

L'article 19 de la Convention est remplacé par le texte suivant :

« Article 19

PENSIONS, RENTES ET PAIEMENTS EFFECTUÉS AU TITRE DE LA PROTECTION SOCIALE

1. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 de l'article 20 :

a) Les pensions et autres rémunérations analogues provenant d'un Etat contractant,

b) Les pensions, qu'il s'agisse de versements périodiques ou d'une somme forfaitaire, versés en application de la législation relative à la sécurité sociale d'un Etat contractant ou au titre d'un régime institué par un Etat contractant à des fins de protection sociale, ou

c) Toutes rentes provenant d'un Etat contractant,

ne sont imposables que dans cet Etat.

2. Au sens du présent article, le terme « rentes » désigne une somme déterminée payable périodiquement à une personne physique à des dates déterminées, la vie durant ou pendant une période qui est spécifiée ou peut être établie, en vertu d'une obligation d'effectuer des versements en contrepartie d'un capital suffisant et intégralement versé en espèces ou en valeurs appréciables en espèces. »

Article IX

Le paragraphe 2 de l'article 24 de la Convention est remplacé par le texte suivant :

« 2. Les éléments de fortune qui consistent en :

a) Actions ou autres parts sociales à l'exception des actions inscrites à la cote officielle d'une bourse reconnue, dont la valeur provient, pour plus de la moitié, directement ou indirectement, de biens immobiliers situés dans l'un des Etats contractants, ou

b) Un intérêt dans une société de personnes ou une fiducie (*trust*) dont les avoirs sont représentés pour plus de la moitié de leur valeur, par des biens immobiliers situés dans l'un des Etats contractants, ou par des actions ou autres parts sociales visées à l'alinéa *a* ci-dessus,

sont imposables dans cet Etat. »

Article X

1. L'alinéa *b* du paragraphe 1 de l'article 25 de la Convention est remplacé par le texte suivant :

« *b*) Lorsqu'une société résidente de la Finlande verse des dividendes à une société résidente du Royaume-Uni qui contrôle, directement ou indirectement, 10 p. 100 au moins des voix de la première société, il est, aux fins de ladite déduction, tenu compte (en sus de tout impôt finlandais déductible en application des dispositions de l'alinéa *a* ci-dessus), de l'impôt finlandais dû par la première société en ce qui concerne les bénéficiaires sur lesquels lesdits dividendes sont versés par prélèvement. »

2. Le paragraphe 2 de l'article 25 de la Convention est remplacé par le texte suivant :

« 2. Sous réserve des dispositions de la législation finlandaise touchant l'élimination de la double imposition internationale (qui n'affecte pas le principe général énoncé dans la présente Convention), la double imposition est éliminée en Finlande de la manière suivante :

a) Lorsque les revenus ou les gains imposables d'un résident de la Finlande sont, conformément aux dispositions de la présente Convention, imposables dans le Royaume-Uni, la Finlande, sous réserve des dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe, défalque de l'impôt finlandais dû par cette personne un montant égal à l'impôt acquitté dans le Royaume-Uni en vertu de la législation du Royaume-Uni et conformément aux dispositions de la Convention, calculé par rapport aux mêmes revenus ou gains imposables que ceux par rapport auxquels est calculé l'impôt finlandais.

b) Les dividendes versés par une société résidente du Royaume-Uni à une société résidente de la Finlande, qui contrôle directement 10 p. 100 au moins des voix dans la société distributrice des dividendes, sont exonérés de l'impôt finlandais.

c) Lorsque les revenus d'un résident de la Finlande ne sont, conformément aux dispositions des articles 19 ou 20, imposables que dans le Royaume-Uni, lesdits revenus sont exonérés de l'impôt finlandais; toutefois dans le calcul du montant de l'impôt dû sur le reste du revenu de cette personne, la Finlande peut tenir compte des revenus exonérés. »

Article XI

L'article 26 de la Convention est supprimé.

Article XII

Chacune des Parties contractantes notifiera à l'autre l'accomplissement des procédures requises par sa législation pour la mise en vigueur du présent Protocole. Celui-ci entrera en vigueur 15 jours après la date de la dernière de ces notifications et s'appliquera ensuite :

a) Au Royaume-Uni :

i) Pour ce qui est de l'impôt sur le revenu et de l'impôt sur les gains en capital, au titre de toute année d'imposition commençant le 6 avril de l'année civile suivant immédiatement celle de l'entrée en vigueur du Protocole, ou après cette date;

ii) Pour ce qui est de l'impôt sur les sociétés, au titre de tout exercice financier commençant le 1^{er} avril de l'année civile suivant immédiatement celle de l'entrée en vigueur du Protocole, ou après cette date;

b) En Finlande :

i) Pour ce qui est des impôts retenus à la source, aux revenus tirés le 1^{er} janvier de l'année civile suivant immédiatement celle de l'entrée en vigueur du Protocole, ou après cette date;

ii) Pour ce qui est des autres impôts sur le revenu et des impôts sur la fortune, aux impôts exigibles pour toute année d'imposition commençant le 1^{er} janvier de l'année civile suivant immédiatement celle de l'entrée en vigueur du Protocole, ou après cette date.

EN FOI DE QUOI les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole.

FAIT en double exemplaire à Helsinki, le 31 juillet 1996, dans les langues anglaise et finnoise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord :

HILLEL SKURNIK

Pour le Gouvernement
de la République de Finlande :

D. BURNS

ÉCHANGE DE NOTES

I

Le Directeur des affaires fiscales internationales du Ministère des finances de la République de Finlande à l'Ambassadeur du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à Helsinki

MINISTÈRE DES FINANCES
FINLANDE

Le 31 juillet 1996

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur de me référer à la Convention entre le Gouvernement de la République de Finlande et le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord tendant à éviter la double imposition et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu et d'impôts sur la fortune, signée à Londres le 17 juillet 1969, telle qu'amendée par les protocoles signés à Londres les 17 mai 1973, 16 novembre 1979, 1^{er} octobre 1985 et 26 septembre 1991 et par le Protocole signé ce jour (ci-après dénommé « la Convention », et de présenter, au nom du Gouvernement de la République de Finlande, les propositions suivantes :

En ce qui concerne le paragraphe 2 de l'article 2, l'alinéa *j* du paragraphe 1 de l'article 3, l'alinéa *d* du paragraphe 2 de l'article 4, les paragraphes 1, 2, 3 et 4 de l'article 28 et l'article 29 de la Convention, il est noté que, dans la Convention, l'expression finnoise « asionomainen viranomainen » est employée comme l'équivalent de l'expression anglaise « autorité compétente ». Toutefois, l'expression équivalente correcte en finnois est désormais « toimivaltainen viranomainen ». Il a été convenu que, dans le texte en langue finnoise tel qu'amendé, il faut lire « toimivaltainen viranomainen », expression utilisée dans le Protocole conclu entre les deux gouvernements en vue d'amender la Convention et signé ce jour, à la place de l'expression « asionomainen viranomainen » utilisée jusqu'à présent dans la Convention.

En ce qui concerne l'alinéa *b* du paragraphe 1 et l'alinéa *b* du paragraphe 2 de l'article 25 de la Convention, en continuant de faire fond sur le critère du pourcentage des voix contrôlé, les Etats contractants exercent l'option prévue au paragraphe 2 de l'article 3 de la Directive du Conseil 90/435/EEC, en date du 23 juillet 1990, pour déroger au paragraphe 1 de cet article en remplaçant le critère de la participation au capital d'une société d'un autre Etat Membre par celui d'un pourcentage des voix contrôlé.

Si les propositions qui précèdent rencontrent l'accord du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, je propose que la présente note et votre note en réponse soient considérées comme constituant un accord entre les deux gouvernements à cet égard, qui entrera en vigueur à la même date que le présent Protocole.

Je saisis cette occasion, etc.

HILLEL SKURNIK

II

*L'Ambassadeur de Sa Majesté à Helsinki au Directeur des affaires fiscales
internationales du Ministère des finances de la République de Finlande*

AMBASSADE DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD
HELSINKI

Le 31 juillet 1996

Monsieur le Directeur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note de ce jour, qui se lit comme suit :

[Voir note I]

Les propositions qui précèdent rencontrant l'agrément du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, je confirme que votre note et la présente réponse seront considérées comme constituant un accord entre les deux gouvernements à cet égard, qui entrera en vigueur à la même date que le présent Protocole.

Je saisis cette occasion, etc.

D. BURNS

No. 14118. CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF UNLAWFUL ACTS AGAINST THE SAFETY OF CIVIL AVIATION. CONCLUDED AT MONTREAL ON 23 SEPTEMBER 1971¹

N° 14118. CONVENTION POUR LA RÉPRESSION D'ACTES ILLICITES DIRIGÉS CONTRE LA SÉCURITÉ DE L'AVIATION CIVILE. CONCLUE À MONTRÉAL LE 23 SEPTEMBRE 1971¹

ACCESSION

Instrument deposited with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on:

21 April 1997

LATVIA

(With effect from 22 May 1997, provided that the deposit in London was the effective deposit for the purpose of article XV (4) of the Convention.)

Certified statement was registered by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on 24 October 1997.

ACCESSION to the Protocol for the suppression of unlawful acts of violence at airports serving international civil aviation, supplementary to the above-mentioned Convention. Concluded at Montreal on 24 February 1988²

Instrument deposited with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on:

21 April 1997

LATVIA

(With effect from 22 May 1997, provided that the deposit in London was the effective deposit for the purpose of article VII (3) of the Protocol.)

Certified statement was registered by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on 24 October 1997.

ADHÉSION

Instrument déposé auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le :

21 avril 1997

LETTONIE

(Avec effet au 22 mai 1997, dans la mesure où le dépôt à Londres a sorti les effets prévus au paragraphe 4 de l'article XV de la Convention.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le 24 octobre 1997.

ADHÉSION au Protocole pour la répression des actes illicites de violence dans les aéroports servant à l'aviation civile internationale, complémentaire à la Convention susmentionnée. Conclu à Montréal le 24 février 1988²

Instrument déposé auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le :

21 avril 1997

LETTONIE

(Avec effet au 22 mai 1997, dans la mesure où le dépôt à Londres a sorti les effets prévus au paragraphe 3 de l'article VII du Protocole.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le 24 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 974, p. 177 and vol. 1217, p. 404 (corrigendum to volume 974); for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 23, as well as annex A in volumes 1484, 1491, 1505, 1510, 1511, 1563, 1579, 1589, 1652, 1656, 1670, 1681, 1694, 1733, 1736, 1745, 1846, 1871, 1893, 1913, 1968 and 1986.

² *Ibid.*, vol. 1589, p. 474, and annex A in volumes 1681, 1694, 1733, 1736, 1745, 1846, 1871, 1968 and 1986.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 974, p. 177 et vol. 1217, p. 404 (rectificatif au volume 974); pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 23, ainsi que l'annexe A des volumes 1484, 1491, 1505, 1510, 1511, 1563, 1579, 1589, 1652, 1656, 1670, 1681, 1694, 1733, 1736, 1745, 1846, 1871, 1893, 1913, 1968 et 1986.

² *Ibid.*, vol. 1589, p. 479, et annexe A des volumes 1681, 1694, 1733, 1736, 1745, 1846, 1871, 1968 et 1986.

No. 14668. INTERNATIONAL COVENANT ON CIVIL AND POLITICAL RIGHTS, ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 16 DECEMBER 1966¹

N° 14668. PACTE INTERNATIONAL RELATIF AUX DROITS CIVILS ET POLITIQUES, ADOPTÉ PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 16 DÉCEMBRE 1966¹

DENUNCIATION of the Optional Protocol of 16 December 1966² to the above-mentioned Covenant

Notification received on:

23 October 1997

JAMAICA

(With effect from 23 January 1998.)

Registered ex officio on 23 October 1997.

DÉNONCIATION du Protocole facultatif du 16 décembre 1966² se rapportant au Pacte susmentionné

Notification reçue le :

23 octobre 1997

JAMAÏQUE

(Avec effet au 23 janvier 1998.)

Enregistré d'office le 23 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 999, p. 171; vol. 1057, p. 407 (rectification of authentic Spanish text); and vol. 1059, p. 451 (corrigendum to vol. 999); for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 24, as well as annex A in volumes 1403, 1404, 1408, 1409, 1410, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1424, 1427, 1429, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1441, 1443, 1444, 1455, 1457, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1475, 1477, 1478, 1480, 1482, 1484, 1485, 1487, 1488, 1490, 1491, 1492, 1495, 1498, 1499, 1501, 1502, 1505, 1506, 1508, 1510, 1512, 1513, 1515, 1520, 1522, 1525, 1527, 1530, 1533, 1534, 1535, 1540, 1543, 1545, 1548, 1551, 1555, 1556, 1557, 1562, 1563, 1564, 1567, 1570, 1577, 1578, 1579, 1580, 1582, 1593, 1598, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1654, 1660, 1663, 1665, 1667, 1669, 1671, 1672, 1673, 1675, 1676, 1678, 1679, 1681, 1685, 1688, 1690, 1691, 1695, 1696, 1703, 1704, 1705, 1709, 1712, 1714, 1717, 1719, 1720, 1722, 1723, 1724, 1725, 1727, 1728, 1730, 1731, 1732, 1734, 1736, 1737, 1745, 1746, 1747, 1753, 1760, 1762, 1765, 1768, 1771, 1774, 1775, 1776, 1777, 1785, 1787, 1788, 1819, 1828, 1830, 1841, 1843, 1844, 1846, 1850, 1851, 1856, 1858, 1863, 1865, 1870, 1885, 1886, 1887, 1889, 1890, 1891, 1893, 1895, 1909, 1918, 1921, 1926, 1927, 1928, 1930, 1932, 1933, 1941, 1945, 1949, 1954, 1962, 1963, 1966, 1973, 1976, 1979, 1983, 1984, 1986, 1988 and 1993.

² *Ibid.*, vol. 999, p. 171, and vol. 1059, p. 451 (corrigendum to vol. 999); for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 24, as well as annex A in volumes 1409, 1421, 1434, 1482, 1487, 1490, 1499, 1506, 1512, 1530, 1533, 1543, 1545, 1551, 1557, 1563, 1578, 1598, 1649, 1650, 1651, 1653, 1654, 1660, 1669, 1672, 1673, 1675, 1690, 1712, 1722, 1723, 1725, 1727, 1731, 1775, 1776, 1787, 1828, 1841, 1843, 1850, 1858, 1870, 1889, 1890, 1895, 1927, 1932, 1966, 1976 and 1993.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 999, p. 171; vol. 1057, p. 407 (rectification du texte authentique espagnol); et vol. 1059, p. 451 (rectificatif au vol. 999); pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1403, 1404, 1408, 1409, 1410, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1424, 1427, 1429, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1441, 1443, 1444, 1455, 1457, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1475, 1477, 1478, 1480, 1482, 1484, 1485, 1487, 1488, 1490, 1491, 1492, 1495, 1498, 1499, 1501, 1502, 1505, 1506, 1508, 1510, 1512, 1513, 1515, 1520, 1522, 1525, 1527, 1530, 1533, 1534, 1535, 1540, 1543, 1545, 1548, 1551, 1555, 1556, 1557, 1562, 1563, 1564, 1567, 1570, 1577, 1578, 1579, 1580, 1582, 1593, 1598, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1654, 1660, 1663, 1665, 1667, 1669, 1671, 1672, 1673, 1675, 1676, 1678, 1679, 1681, 1685, 1688, 1690, 1691, 1695, 1696, 1703, 1704, 1705, 1709, 1712, 1714, 1717, 1719, 1720, 1722, 1723, 1724, 1725, 1727, 1728, 1730, 1731, 1732, 1734, 1736, 1737, 1745, 1746, 1747, 1753, 1760, 1762, 1765, 1768, 1771, 1774, 1775, 1776, 1777, 1785, 1787, 1788, 1819, 1828, 1830, 1841, 1843, 1844, 1846, 1850, 1851, 1856, 1858, 1863, 1865, 1870, 1885, 1886, 1887, 1889, 1890, 1891, 1893, 1895, 1909, 1918, 1921, 1926, 1927, 1928, 1930, 1932, 1933, 1941, 1945, 1949, 1954, 1962, 1963, 1966, 1973, 1976, 1979, 1983, 1984, 1986, 1988 et 1993.

² *Ibid.*, vol. 999, p. 171, et vol. 1059, p. 451 (rectificatif au vol. 999); pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1409, 1421, 1434, 1482, 1487, 1490, 1499, 1506, 1512, 1530, 1533, 1543, 1545, 1551, 1557, 1563, 1578, 1598, 1649, 1650, 1651, 1653, 1654, 1660, 1669, 1672, 1673, 1675, 1690, 1712, 1722, 1723, 1725, 1727, 1731, 1775, 1776, 1787, 1828, 1841, 1843, 1850, 1858, 1870, 1889, 1890, 1895, 1927, 1932, 1966, 1976 et 1993.

No. 14860. CONVENTION ON THE PROHIBITION OF THE DEVELOPMENT, PRODUCTION AND STOCK-PILING OF BACTERIOLOGICAL (BIOLOGICAL) AND TOXIN WEAPONS AND ON THEIR DESTRUCTION. OPENED FOR SIGNATURE AT LONDON, MOSCOW AND WASHINGTON ON 10 APRIL 1972¹

N° 14860. CONVENTION SUR L'INTERDICTION DE LA MISE AU POINT, DE LA FABRICATION ET DU STOCKAGE DES ARMES BACTÉRIOLOGIQUES (BIOLOGIQUES) OU À TOXINES ET SUR LEUR DESTRUCTION. OUVERTE À LA SIGNATURE À LONDRES, MOSCOU ET WASHINGTON LE 10 AVRIL 1972¹

SUCCESSION

Notification received by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on:

14 March 1997

THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF
MACEDONIA

(With effect from 17 November 1991, the date of the succession of State.)

Certified statement was registered by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on 24 October 1997.

SUCCESSION

Notification reçue par le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le :

14 mars 1997

L'EX-RÉPUBLIQUE YOUGOSLAVE DE
MACÉDOINE

(Avec effet au 17 novembre 1991, date de la succession d'Etat.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le 24 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1015, p. 163; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 24, as well as annex A in volumes 1482, 1484, 1491, 1501, 1505, 1510, 1576, 1579, 1642, 1656, 1667, 1670, 1681, 1694, 1703, 1732, 1745, 1748, 1753, 1762, 1823, 1962, 1968 and 1986.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1015, p. 163; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1482, 1484, 1491, 1501, 1505, 1510, 1576, 1579, 1642, 1656, 1667, 1670, 1681, 1694, 1703, 1732, 1745, 1748, 1753, 1762, 1823, 1962, 1968 et 1986.

No. 14956. CONVENTION ON PSYCHOTROPIC SUBSTANCES. CONCLUDED AT VIENNA ON 21 FEBRUARY 1971¹

N° 14956. CONVENTION SUR LES SUBSTANCES PSYCHOTROPES. CONCLUE À VIENNE LE 21 FÉVRIER 1971¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 31 (2) made upon ratification²

RETRAIT de réserve formulée à l'égard du paragraphe 2 de l'article 31 lors de la ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1019, p. 175; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 22, and 24, as well as annex A in volumes 1405, 1422, 1433, 1436, 1444, 1446, 1480, 1486, 1492, 1501, 1512, 1515, 1546, 1547, 1551, 1558, 1559, 1563, 1566, 1567, 1577, 1578, 1588, 1589, 1591, 1593, 1606, 1647, 1667, 1679, 1684, 1695, 1703, 1712, 1714, 1717, 1719, 1723, 1724, 1727, 1728, 1732, 1733, 1734, 1745, 1760, 1763, 1768, 1774, 1775, 1777, 1828, 1846, 1856, 1870, 1884, 1887, 1890, 1893, 1894, 1912, 1918, 1920, 1927, 1953, 1968, 1976, 1979, 1980, 1983 and 1991.

² *Ibid.*, vol. 1019, p. 175.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1019, p. 175; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 22, et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1405, 1422, 1433, 1436, 1444, 1446, 1480, 1486, 1492, 1501, 1512, 1515, 1546, 1547, 1551, 1558, 1559, 1563, 1566, 1567, 1577, 1578, 1588, 1589, 1591, 1593, 1606, 1647, 1667, 1679, 1684, 1695, 1703, 1712, 1714, 1717, 1719, 1723, 1724, 1727, 1728, 1732, 1733, 1734, 1745, 1760, 1763, 1768, 1774, 1775, 1777, 1828, 1846, 1856, 1870, 1884, 1887, 1890, 1893, 1894, 1912, 1918, 1920, 1927, 1953, 1968, 1976, 1979, 1980, 1983 et 1991.

² *Ibid.*, vol. 1019, p. 175.

No. 15121. AGREEMENT ON THE INTERNATIONAL CARRIAGE OF PERISHABLE FOODSTUFFS AND ON THE SPECIAL EQUIPMENT TO BE USED FOR SUCH CARRIAGE (ATP). CONCLUDED AT GENEVA ON 1 SEPTEMBER 1970¹

N° 15121. ACCORD RELATIF AUX TRANSPORTS INTERNATIONAUX DE DENRÉES PÉRISSABLES ET AUX ENGINS SPÉCIAUX À UTILISER POUR CES TRANSPORTS (ATP). CONCLU À GENÈVE LE 1^{er} SEPTEMBRE 1970¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 15 (2) and (3) made upon accession²

RETRAIT de réserve formulée à l'égard des paragraphes 2 et 3 de l'article 15 lors de l'adhésion²

Notification received on:

Notification reçue le :

16 October 1997

16 octobre 1997

POLAND

POLOGNE

Registered ex officio on 16 October 1997.

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1028, p. 121; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 24, as well as annex A in volumes 1403, 1424, 1438, 1487, 1498, 1505, 1512, 1540, 1579, 1601, 1607, 1658, 1670, 1684, 1723, 1724, 1727, 1730, 1762, 1775, 1844, 1885, 1911, 1913, 1914 and 1947.

² *Ibid.*, vol. 1314, p. 287.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1028, p. 121; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1403, 1424, 1438, 1487, 1498, 1505, 1512, 1540, 1579, 1601, 1607, 1658, 1670, 1684, 1723, 1724, 1727, 1730, 1762, 1775, 1844, 1885, 1911, 1913, 1914 et 1947.

² *Ibid.*, vol. 1314, p. 287.

No. 15410. CONVENTION ON THE PREVENTION AND PUNISHMENT OF CRIMES AGAINST INTERNATIONALLY PROTECTED PERSONS, INCLUDING DIPLOMATIC AGENTS, ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS, AT NEW YORK, ON 14 DECEMBER 1973¹

N° 15410. CONVENTION SUR LA PRÉVENTION ET LA RÉPRESSION DES INFRACTIONS CONTRE LES PERSONNES JOUISSANT D'UNE PROTECTION INTERNATIONALE, Y COMPRIS LES AGENTS DIPLOMATIQUES. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES, À NEW YORK, LE 14 DÉCEMBRE 1973¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 13 (1) made upon ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard du paragraphe 1 de l'article 13 lors de la ratification²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1035, p. 167; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 24, as well as annex A in volumes 1404, 1406, 1410, 1429, 1433, 1455, 1463, 1477, 1479, 1498, 1502, 1510, 1519, 1522, 1525, 1530, 1548, 1551, 1560, 1576, 1580, 1597, 1606, 1653, 1671, 1676, 1678, 1679, 1691, 1712, 1723, 1727, 1732, 1776, 1828, 1841, 1887, 1903, 1912, 1921, 1966, 1979 and 1989.

² *Ibid.*, vol. 1295, p. 393.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1035, p. 167; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1404, 1406, 1410, 1429, 1433, 1455, 1463, 1477, 1479, 1498, 1502, 1510, 1519, 1522, 1525, 1530, 1548, 1551, 1560, 1576, 1580, 1597, 1606, 1653, 1671, 1676, 1678, 1679, 1691, 1712, 1723, 1727, 1732, 1776, 1828, 1841, 1887, 1903, 1912, 1921, 1966, 1979 et 1989.

² *Ibid.*, vol. 1295, p. 393.

No. 15705. CONVENTION ON ROAD TRAFFIC. CONCLUDED AT VIENNA ON 8 NOVEMBER 1968¹

N° 15705. CONVENTION SUR LA CIRCULATION ROUTIÈRE. CONCLUE À VIENNE LE 8 NOVEMBRE 1968¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 52 made upon ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 52 lors de la ratification²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1042, p. 17; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 21, 22 and 24, as well as annex A in volumes 1403, 1422, 1439, 1444, 1456, 1459, 1492, 1518, 1551, 1591, 1607, 1655, 1656, 1679, 1686, 1691, 1696, 1698, 1702, 1709, 1719, 1723, 1724, 1727, 1730, 1732, 1737, 1746, 1749, 1771, 1774, 1775, 1776, 1777, 1850 and 1936.

² *Ibid.*, vol. 1365, p. 347.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1042, p. 17; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 21, 22 et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1403, 1422, 1439, 1444, 1456, 1459, 1492, 1518, 1551, 1591, 1607, 1655, 1656, 1679, 1686, 1691, 1696, 1698, 1702, 1709, 1719, 1723, 1724, 1727, 1730, 1732, 1737, 1746, 1749, 1771, 1774, 1775, 1776, 1777, 1850 et 1936.

² *Ibid.*, vol. 1365, p. 347.

No. 16510. CUSTOMS CONVENTION ON THE INTERNATIONAL TRANSPORT OF GOODS UNDER COVER OF TIR CARNETS (TIR CONVENTION). CONCLUDED AT GENEVA ON 14 NOVEMBER 1975¹

N° 16510. CONVENTION DOUANIÈRE RELATIVE AU TRANSPORT INTERNATIONAL DE MARCHANDISES SOUS LE COUVERT DE CARNETS TIR (CONVENTION TIR). CONCLUE À GENÈVE LE 14 NOVEMBRE 1975¹

WITHDRAWAL of reservation made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1079, p. 89; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 18 to 24, as well as annex A in volumes 1404, 1413, 1434, 1459, 1477, 1510, 1525, 1530, 1542, 1547, 1573, 1646, 1679, 1684, 1689, 1712, 1719, 1720, 1723, 1724, 1728, 1732, 1751, 1752, 1772, 1774, 1775, 1787, 1827, 1829, 1885, 1886, 1889, 1927 and 1935.

² *Ibid.*, vol. 1208, p. 549.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1079, p. 89; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 18 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1404, 1413, 1434, 1459, 1477, 1510, 1525, 1530, 1542, 1547, 1573, 1646, 1679, 1684, 1689, 1712, 1719, 1720, 1723, 1724, 1728, 1732, 1751, 1752, 1772, 1774, 1775, 1787, 1827, 1829, 1885, 1886, 1889, 1927 et 1935.

² *Ibid.*, vol. 1208, p. 549.

No. 16743. CONVENTION ON ROAD
SIGNS AND SIGNALS. CONCLUDED
AT VIENNA ON 8 NOVEMBER 1968¹

N° 16743. CONVENTION SUR LA SI-
GNALISATION ROUTIÈRE. CON-
CLUE À VIENNE LE 8 NOVEMBRE
1968¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of
article 44 made upon ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de
l'article 44 lors de la ratification²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1091, p. 3; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 18 to 22, and 24, as well as annex A in volumes 1403, 1439, 1444, 1492, 1518, 1520, 1526, 1551, 1591, 1655, 1656, 1686, 1691, 1723, 1724, 1745, 1747, 1762, 1771, 1774, 1775, 1850, 1887, 1893, 1898 and 1964.

² *Ibid.*, vol. 1365, p. 350.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1091, p. 3; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 18 à 22, et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1403, 1439, 1444, 1492, 1518, 1520, 1526, 1551, 1591, 1655, 1656, 1686, 1691, 1723, 1724, 1745, 1747, 1762, 1771, 1774, 1775, 1850, 1887, 1893, 1898 et 1964.

² *Ibid.*, vol. 1365, p. 350.

No. 17847. EUROPEAN AGREEMENT SUPPLEMENTING THE CONVENTION ON ROAD TRAFFIC OPENED FOR SIGNATURE AT VIENNA ON 8 NOVEMBER 1968. CONCLUDED AT GENEVA ON 1 MAY 1971¹

N° 17847. ACCORD EUROPÉEN COMPLÉTANT LA CONVENTION SUR LA CIRCULATION ROUTIÈRE OUVERTE À LA SIGNATURE À VIENNE LE 8 NOVEMBRE 1968. CONCLU À GENÈVE LE 1^{er} MAI 1971¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 9 made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 9 lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1137, p. 369; for subsequent actions, see references in Cumulative Index No. 21 and 24, as well as annex A in volumes 1403, 1439, 1444, 1518, 1656, 1679, 1696, 1723, 1724, 1731, 1732 and 1936.

² *Ibid.*, vol. 1365, p. 350.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1137, p. 369; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans l'Index cumulatif n° 21 et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1403, 1439, 1444, 1518, 1656, 1679, 1696, 1723, 1724, 1731, 1732 et 1936.

² *Ibid.*, vol. 1365, p. 350.

No. 17935. EUROPEAN AGREEMENT SUPPLEMENTING THE CONVENTION ON ROAD SIGNS AND SIGNALS OPENED FOR SIGNATURE AT VIENNA ON 8 NOVEMBER 1968. CONCLUDED AT GENEVA ON 1 MAY 1971¹

N° 17935. ACCORD EUROPÉEN COMPLÉTANT LA CONVENTION SUR LA SIGNALISATION ROUTIÈRE OUVERTE À LA SIGNATURE À VIENNE LE 8 NOVEMBRE 1968. CONCLU À GENÈVE LE 1^{er} MAI 1971¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 9 made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 9 lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1142, p. 225; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 21 and 24, as well as annex A in volumes 1403, 1439, 1444, 1518, 1656, 1723, 1724, 1749, 1762, 1887, 1897 and 1964.

² *Ibid.*, vol. 1365, p. 351.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1142, p. 225; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 21 et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1403, 1439, 1444, 1518, 1656, 1723, 1724, 1749, 1762, 1887, 1897 et 1964.

² *Ibid.*, vol. 1365, p. 351.

No. 20378. CONVENTION ON THE ELIMINATION OF ALL FORMS OF DISCRIMINATION AGAINST WOMEN. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 18 DECEMBER 1979¹

N° 20378. CONVENTION SUR L'ÉLIMINATION DE TOUTES LES FORMES DE DISCRIMINATION À L'ÉGARD DES FEMMES, ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 18 DÉCEMBRE 1979¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 29 (1) made upon ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard du paragraphe 1 de l'article 29 lors de la ratification²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1249, p. 13; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 21 to 24, as well as annex A in volumes 1401, 1402, 1403, 1404, 1405, 1406, 1408, 1413, 1416, 1417, 1422, 1423, 1426, 1430, 1433, 1434, 1436, 1437, 1443, 1444, 1457, 1458, 1459, 1460, 1477, 1484, 1501, 1518, 1522, 1523, 1525, 1526, 1527, 1530, 1542, 1549, 1551, 1555, 1566, 1567, 1568, 1569, 1577, 1591, 1598, 1606, 1607, 1639, 1642, 1651, 1653, 1660, 1669, 1671, 1673, 1676, 1678, 1679, 1688, 1690, 1691, 1693, 1696, 1710, 1712, 1714, 1720, 1723, 1725, 1726, 1727, 1732, 1733, 1739, 1747, 1762, 1775, 1776, 1788, 1820, 1821, 1830, 1831, 1846, 1850, 1864, 1870, 1884, 1885, 1886, 1887, 1890, 1901, 1902, 1903, 1913, 1917, 1921, 1926, 1931, 1936, 1938, 1939, 1941, 1942, 1945, 1947, 1948, 1962, 1964, 1968, 1971, 1973, 1976, 1978, 1979, 1980, 1982, 1983, 1984 and 1986.

² *Ibid.*, vol. 1249, p. 13.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1249, p. 13; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 21 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1401, 1402, 1403, 1404, 1405, 1406, 1408, 1413, 1416, 1417, 1422, 1423, 1426, 1430, 1433, 1434, 1436, 1437, 1443, 1444, 1457, 1458, 1459, 1460, 1477, 1484, 1501, 1518, 1522, 1523, 1525, 1526, 1527, 1530, 1542, 1549, 1551, 1555, 1566, 1567, 1568, 1569, 1577, 1591, 1598, 1606, 1607, 1639, 1642, 1651, 1653, 1660, 1669, 1671, 1673, 1676, 1678, 1679, 1688, 1690, 1691, 1693, 1696, 1710, 1712, 1714, 1720, 1723, 1725, 1726, 1727, 1732, 1733, 1739, 1747, 1762, 1775, 1776, 1788, 1820, 1821, 1830, 1831, 1846, 1850, 1864, 1870, 1884, 1885, 1886, 1887, 1890, 1901, 1902, 1903, 1913, 1917, 1921, 1926, 1931, 1936, 1938, 1939, 1941, 1942, 1945, 1947, 1948, 1962, 1964, 1968, 1971, 1973, 1976, 1978, 1979, 1980, 1982, 1983, 1984 et 1986.

² *Ibid.*, vol. 1249, p. 13.

No. 21618. EUROPEAN AGREEMENT ON MAIN INTERNATIONAL TRAFFIC ARTERIES (AGR). CONCLUDED AT GENEVA ON 15 NOVEMBER 1975¹

N° 21618. ACCORD EUROPÉEN SUR LES GRANDES ROUTES DE TRAFIC INTERNATIONAL (AGR). CONCLU À GENÈVE LE 15 NOVEMBRE 1975¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 13 made upon ratification²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 13 lors de la ratification²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1302, p. 91; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 23 and 24, as well as annex A in volumes 1402, 1412, 1436, 1439, 1442, 1485, 1511, 1515, 1537, 1539, 1556, 1590, 1591, 1607, 1654, 1658, 1679, 1688, 1691, 1694, 1723, 1724, 1731, 1732, 1763, 1775, 1851, 1885, 1903, 1931, 1941 and 1980.

² *Ibid.*, vol. 1380, p. 401.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1302, p. 91; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 23 et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1402, 1412, 1436, 1439, 1442, 1485, 1511, 1515, 1537, 1539, 1556, 1590, 1591, 1607, 1654, 1658, 1679, 1688, 1691, 1694, 1723, 1724, 1731, 1732, 1763, 1775, 1851, 1885, 1903, 1931, 1941 et 1980.

² *Ibid.*, vol. 1380, p. 401.

No. 23345. PROTOCOL ON ROAD MARKINGS, ADDITIONAL TO THE EUROPEAN AGREEMENT SUPPLEMENTING THE CONVENTION ON ROAD SIGNS AND SIGNALS OPENED FOR SIGNATURE AT VIENNA ON 8 NOVEMBER 1968. CONCLUDED AT GENEVA ON 1 MARCH 1973¹

N° 23345. PROTOCOLE SUR LES MARQUES ROUTIÈRES, ADDITIONNEL À L'ACCORD EUROPÉEN COMPLÉMENTANT LA CONVENTION SUR LA SIGNALISATION ROUTIÈRE OUVERTE À LA SIGNATURE À VIENNE LE 8 NOVEMBRE 1968. CONCLU À GENÈVE LE 1^{er} MARS 1973¹

WITHDRAWAL of reservation in respect of article 9 made upon accession²

Notification received on:

16 October 1997

POLAND

Registered ex officio on 16 October 1997.

RETRAIT de réserve formulée à l'égard de l'article 9 lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

16 octobre 1997

POLOGNE

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1394, p. 263, and annex A in volumes 1403, 1439, 1444, 1518, 1656, 1723, 1724, 1762, 1917 and 1964.

² *Ibid.*, vol. 1394, p. 263.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1394, p. 263, et annexe A des volumes 1403, 1439, 1444, 1518, 1656, 1723, 1724, 1762, 1917 et 1964.

² *Ibid.*, vol. 1394, p. 263.

No. 24032. AGREEMENT ON SOCIAL SECURITY BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND THE GOVERNMENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA. SIGNED AT LONDON ON 13 FEBRUARY 1984¹

N° 24032. ACCORD RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE ENTRE LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD ET LE GOUVERNEMENT DES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE. SIGNÉ À LONDRES LE 13 FÉVRIER 1984¹

SUPPLEMENTARY AGREEMENT AMENDING THE ABOVE-MENTIONED AGREEMENT (WITH SUPPLEMENTARY ADMINISTRATIVE AGREEMENT). SIGNED AT LONDON ON 6 JUNE 1996

ACCORD COMPLÉMENTAIRE MODIFIANT L'ACCORD SUSMENTIONNÉ (AVEC ACCORD ADMINISTRATIF COMPLÉMENTAIRE). SIGNÉ À LONDRES LE 6 JUIN 1996

Came into force on 1 September 1997 by notification, in accordance with article 3.

Entré en vigueur le 1^{er} septembre 1997 par notification, conformément à l'article 3.

Authentic text: English.

Texte authentique : anglais.

Registered by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on 24 October 1997.

Enregistré par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le 24 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1423, p. 119, and annex A in volume 1491.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1423, p. 119, et annexe A du volume 1491.

SUPPLEMENTARY AGREEMENT AMENDING THE AGREEMENT ON SOCIAL SECURITY BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND THE GOVERNMENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the United States of America;

Having considered the Agreement on Social Security which was signed on their behalf at London on 13 February 1984¹ (hereinafter referred to as "the Agreement");

Having recognised the need to revise certain provisions of the Agreement;

Have agreed as follows:

ARTICLE I

(1) Article 1 of the Agreement shall be revised as follows:

(a) Paragraph 1 shall be revised to read as follows:

"1. "Territory" means,

as regards the United States, the States, the District of Columbia, the Commonwealth of Puerto Rico, the United States Virgin Islands, Guam, American Samoa and the Commonwealth of the Northern Mariana Islands, and

as regards the United Kingdom, England, Scotland, Wales, Northern Ireland, and also the Isle of Man, the Island of Jersey, and the Islands of Guernsey, Alderney, Herm and Jethou; and references to the "United Kingdom" or to "territory" in relation to the United Kingdom shall include the Isle of Man, the Island of Jersey, and the Islands of Guernsey, Alderney, Herm and Jethou where appropriate;"

(b) Paragraph 3 shall be revised to read as follows:

"3. "Competent Authority" means,

as regards the United States, the Commissioner of Social Security, and
as regards the United Kingdom, the Department of Social Security for Great Britain, the Department of Health and Social Services for Northern Ireland, the Department of Health and Social Security of the Isle of Man, the Employment and Social Security Committee of the States of the Island of Jersey or the Guernsey Social Security Authority as the case may require;"

(c) Paragraph 7 shall be revised to read as follows:

"7. As regards the United Kingdom:

(a) "insurance period" means,

a contribution period or an equivalent period:

¹ See p. 489 of this volume.

- (b) “contribution period” means,
a period in respect of which contributions appropriate to the benefit in question are payable, have been paid or treated as paid;
- (c) “equivalent period” means,
a period for which contributions appropriate to the benefit in question have been credited;
- (d) “survivor’s benefit” means,
widow’s allowance, widow’s payment, widowed mother’s allowance and widow’s pension;
- (e) “child’s survivor benefit” means,
guardian’s allowance and child’s special allowance;
- (f) “laws on coverage” means,
the laws and regulations relating to the imposition of liability for the payment of social security contributions;
- (g) “qualifying period” for invalidity benefit means,
 - (i) a period of incapacity of 364 days under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man, or
 - (ii) a period of incapacity of 364 days under the laws of Jersey, or
 - (iii) a period of incapacity of 156 days, excluding Sundays, under the laws of Guernsey;
- (h) “first contribution condition” means,
 - (i) under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man, that a person has paid at least 52 Class I or Class II contributions at any time before 6 April 1975, or has paid, in one contribution year, Class I or Class II contributions producing an earnings factor of at least 50 times that year’s lower earnings limit in a tax year beginning on or after 6 April 1975, or
 - (ii) under the laws of Jersey, that a person has paid contributions prior to the end of the relevant quarter and the annual contribution factor derived from these contributions is not less than 0.25, or
 - (iii) under the laws of Guernsey, that a person has paid at least 26 reckonable contributions since 4 January 1965 or the date of his entry into the Guernsey scheme;
- (i) “second contribution condition” means,
 - (i) under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man, that a person has either paid or been credited with Class I or Class II contributions producing an earnings factor of at least 50 times the lower earnings limit in each of the last 2 complete contribution years before the relevant benefit year, or
 - (ii) under the laws of Jersey, that a person has paid or been credited with contributions in respect of the relevant quarter and the quarterly contribution factor derived from those contributions is 1.00, or

- (iii) under the laws of Guernsey, that a person has paid or been credited with at least 26 reckonable contributions in the relevant contribution year;
 - (j) a “qualifying year” means,
 - (i) at least 50 weeks of insurance for periods before 6 April 1975, or that the person has received, or been treated as having received, earnings of at least 52 times the lower earnings limit in a tax year after 5 April 1978 under the laws of Great Britain, Northern Ireland and the Isle of Man, or
 - (ii) an annual contribution factor of 1.00 under the laws of Jersey, or
 - (iii) 50 weeks under the laws of Guernsey;
 - (k) a “reckonable year” means a tax year between 6 April 1975 and 5 April 1978 during which contributions have been paid on earnings received (or treated as received) of at least 50 times the lower earnings limit for that year;
 - (l) “prescribed period” means, in relation to Jersey and Guernsey, the period commencing on the same date under the laws of Jersey or Guernsey, as the case may be, as the relevant period for the purposes of old age pension and ending on 31 December next preceding the date on which entitlement to invalidity benefit first arose;
 - (m) “sickness benefit” means,
 - (i) short-term incapacity benefit at the lower, higher or long-term rate payable under the legislation of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man, or
 - (ii) sickness benefit payable under the legislation of Jersey or Guernsey;
 - (n) “invalidity benefit” means,
 - (i) long-term incapacity benefit, additional pension, invalidity allowance and incapacity age addition payable under the legislation of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man, or
 - (ii) invalidity benefit payable under the legislation of Jersey or Guernsey.”.
- (2) In paragraph 1(a)(ii) of Article 2 of the Agreement, “1954” shall be replaced by “1986”.
- (3) Paragraph 1(b) of Article 2 of the Agreement shall be revised to read as follows:
- “(b) As regards the United Kingdom,
 - (i) the Social Security Administration Act 1992, the Social Security Contributions and Benefits Act 1992, the Social Security (Consequential Provisions) Act 1992 and the Social Security (Incapacity for Work) Act 1994;
 - (ii) the Social Security Administration (Northern Ireland) Act 1992, the Social Security Contributions and Benefits (Northern Ireland) Act 1992, the Social Security (Consequential Provisions) (Northern Ireland) Act 1992 and the Social Security (Incapacity for Work) (Northern Ireland) Order 1994;

- (iii) the Social Security Administration Act 1992, the Social Security Contributions and Benefits Act 1992, the Social Security (Consequential Provisions) Act 1992 and the Social Security (Incapacity for Work) Act 1994 (Acts of Parliament) as those Acts apply to the Isle of Man by virtue of Orders made, or having effect as if made, under the Social Security Act 1982 (an Act of Tynwald);
 - (iv) the Social Security (Jersey) Law, 1974;
 - (v) the Social Insurance (Guernsey) Law, 1978;
and the laws which were repealed or consolidated by those Acts, Laws or Orders or repealed by legislation consolidated by them.”.
- (4) In paragraph 2 of Article 4 of the Agreement, the word “normally” shall be added immediately before the words “employed by”.
- (5) Article 4 paragraph 3 of the Agreement shall be revised to read as follows:
- “3. A person who is covered under the laws on coverage of either Party with respect to self-employment shall be subject only to the laws on coverage of the Party in whose territory he ordinarily resides.”.
- (6) Article 7 paragraph 2 of the Agreement shall be revised to read as follows:
- “2. Subject to the provisions of paragraph 3 of this Article and the provisions of Article 14, a person who would be entitled to receive an old age pension, a retirement pension, a survivor’s benefit or invalidity benefit under the laws of the United Kingdom if he were in the United Kingdom shall be entitled to receive that pension or benefit while he ordinarily resides in the territory of the United States, as if he were in the United Kingdom.”.
- (7) Article 11 paragraph 3 of the Agreement shall be revised to read as follows:
- “3. Where the periods of coverage completed by a person under the laws of:
- (i) either Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man amount to less than one reckonable year, or, as the case may be, qualifying year, or relate only to periods before 6 April 1975 and in aggregate amount to less than 50 weeks, or
 - (ii) Jersey amount to less than an annual contribution factor of 1.00, or
 - (iii) Guernsey amount to less than 50 weeks,
- those periods shall be aggregated as if they had all been completed under the laws of any part of the territory of the United Kingdom under which a pension is payable or would be payable if the periods were aggregated, or, where two such pensions are or would be payable, under the laws of that part which, at the date on which entitlement first arose or arises, is paying or would pay the greater amount. Where the aggregate of the periods of coverage is less than one qualifying year or reckonable year, this Article and Article 9 shall not apply.”.

(8) Article 14 of the Agreement shall be revised to read as follows:

“1. The provisions of paragraphs 2 to 5 of this Article shall apply to claims for invalidity benefit under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man.

2. A person who has satisfied the first contribution condition for sickness benefit as defined in Article 1 using contributions under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man only, who is in the territory of the United States and is not subject to the laws on coverage of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man under Articles 4, 5 or 6 of this Agreement, shall be entitled to receive invalidity benefit under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man provided that:

- (a) the second contribution condition for sickness benefit under the laws of the United Kingdom is satisfied using relevant periods of coverage under the laws of the United Kingdom and, if necessary, the United States, and
- (b) the person is incapacitated for work and has been so incapacitated throughout the qualifying period for invalidity benefit, in which case the person shall be treated as if sickness benefit followed by invalidity benefit, under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man, had been paid throughout that period of incapacity.

For the purposes of sub-paragraph (a), a person will be considered to meet the second contribution condition if he is credited with at least 2 quarters of coverage under the laws of the United States in each of the last 2 complete contribution years before the relevant benefit year. The relevant Competent Authority of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man will reallocate any quarter of coverage credited to a person under the laws of the United States within a calendar year to any other calendar quarter within that year if it is needed to satisfy the second contribution condition in a relevant contribution year, as long as it has not been used to satisfy the second contribution condition in any other relevant contribution year.

The rate of the invalidity benefit payable shall be that which would be paid under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man without the application of this Agreement unless a disability benefit under the laws of the United States is in payment, whether or not under the provisions of this Agreement, in which case the rate of invalidity benefit payable shall be determined in accordance with the provisions of paragraph 3 of this Article.

3. Taking account of sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph, the relevant Agency of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man shall ascertain the proportion of invalidity benefit provided under its laws in the same ratio as the total of the periods of coverage completed under its laws bears to the total periods of coverage completed under the laws of both Parties.

- (a) The provisions of paragraphs 1, 2 and 5 of Article 9 and the provisions of paragraphs 4, 6 and 7 of Article 11 of this Agreement shall apply to periods of coverage credited under the laws of the United States as if the references in those Articles to an old age pension, a retirement pension or a pension were references to invalidity benefit.

- (b) For the purpose of calculating the proportion of benefit referred to above, no account shall be taken of any period of coverage completed after the day on which a person's incapacity commenced.

The amount of benefit calculated in accordance with the above provisions of this paragraph shall be the amount of invalidity benefit actually payable to that person.

4. Where a person in the territory of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man, or a person outside the territory of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man who is entitled to an invalidity benefit under the relevant legislation other than under paragraph 2 of this Article, is in receipt of invalidity benefit under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man and also is in receipt of a disability benefit under the laws of the United States, whether or not under the provisions of this Agreement, the rate of invalidity benefit under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man shall be determined in accordance with the provisions of paragraphs 3 and 5 of this Article.

5. Where a person to whom the provisions of paragraph 4 apply:

- (a) would have been entitled to receive invalidity benefit under the laws of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man, without recourse to this Agreement; and
- (b) is entitled to receive both invalidity benefit under paragraph 3 and a disability benefit under the laws of the United States, whether or not under the provisions of this Agreement, and the sum of these two benefits is less than the amount of invalidity benefit to which the person would otherwise have been entitled under (a);

the competent authority of Great Britain, Northern Ireland or the Isle of Man shall calculate the difference between the amounts of benefit calculated in accordance with sub-paragraphs (a) and (b), on the date that entitlement to invalidity benefit payable under paragraph 3 first arose, and shall pay that amount in addition to the invalidity benefit payable. The additional sum will remain in payment under the same conditions as the invalidity benefit and subject to the equivalent increases in amount, as appropriate.

6. Notwithstanding any other provision of this Agreement, invalidity benefit shall be payable under the laws of Jersey only in accordance with the provisions of paragraphs 7 to 9 of this Article.

7. For the purpose of qualifying for invalidity benefit, a person who is in the territory of the United States and

- (a) has satisfied the first contribution condition for invalidity benefit using contributions under the laws of Jersey only; and
- (b) has satisfied the second contribution condition for invalidity benefit using relevant periods of coverage under the laws of either Party; and
- (c) is incapable of work, and has been so incapable throughout the qualifying period for invalidity benefit;

shall be treated as if he had been entitled to sickness benefit throughout that period.

For the purposes of sub-paragraph (b), a person will be considered to meet the second contribution condition if he is credited with at least 2 quarters of coverage under the laws of the United States in each of the last 2 complete calendar years before the calendar year in which the claim for benefit was made.

8. Where a person has satisfied the conditions set out in paragraph 7, the Competent Authority of Jersey shall determine the actual rate of invalidity benefit payable as the amount that bears the same relation to the standard rate of benefit as the life average contribution factor during the prescribed period bears to 1.00, except that no benefit shall be payable where the factor is less than 0.1.

9. Where a person who is in Jersey is entitled to invalidity benefit under the laws of Jersey, that benefit shall be payable.

10. Notwithstanding any other provision of this Agreement, invalidity benefit shall be payable under the laws of Guernsey only in accordance with the provisions of paragraphs 11 to 13 of this Article.

11. For the purpose of qualifying for invalidity benefit, a person who is in the territory of the United States or Guernsey and

- (a) has satisfied the first contribution condition for sickness benefit using contributions under the laws of Guernsey only; and
- (b) has satisfied the second contribution condition for sickness benefit using relevant periods of coverage under the laws of either Party; and
- (c) is incapable of work, and has been so incapable throughout the qualifying period for invalidity benefit;

shall be treated as if he had been entitled to sickness benefit throughout that period.

For the purpose of sub-paragraph (b), each quarter of coverage credited under the laws of the United States in the relevant contribution year shall be treated as if it had been a contribution period of thirteen weeks completed as an employed or self-employed person in the relevant contribution year.

12. Where a person has satisfied the conditions set out in paragraph 11, the Competent Authority of Guernsey shall:

- (a) deem the contribution conditions for the payment of invalidity benefit satisfied provided that the periods of coverage under the laws of Guernsey total one qualifying year; and
- (b) calculate the amount of invalidity benefit to be paid, subject to paragraph 13, as being the proportion, not exceeding 100%, of the standard rate which the total number of contributions paid or credited in Guernsey during the prescribed period bears to the product of the number of years in that period and fifty: save that if the amount so calculated is less than one-twentieth of the standard rate, no benefit shall be payable.

13. Where a person is in Guernsey and

- (a) is entitled to invalidity benefit under the laws of Guernsey solely through the application of paragraphs 11 and 12, or has been entitled to such a

benefit in relation to the claim in question solely through the application of those paragraphs; and

- (b) is in receipt of a disability benefit under the laws of the United States, whether or not by virtue of this Agreement;

the amount of the invalidity benefit payable under the laws of Guernsey shall be reduced by the amount by which the aggregate of both benefits exceeds the standard rate of invalidity benefit under the laws of Guernsey.

14. No person in relation to whom invalidity benefit is payable under the provisions of this Agreement shall receive a contribution credit from Jersey or Guernsey unless present in Jersey or Guernsey, as the case may be.

15. Where a person's periods of coverage under the laws of a part of the United Kingdom total less than one qualifying year, or one reckonable year, these periods shall be aggregated as if they had all been completed under the laws of any part of the territory of the United Kingdom under which a sickness benefit or an invalidity benefit is payable or would be payable if the periods were aggregated, or, where two such benefits are or would be payable, under the laws of that part which, at the date on which entitlement first arose or arises, is paying or would pay the greater amount. Where the aggregate of the periods of coverage is less than one qualifying year, or one reckonable year, this Article shall not apply.

16. Notwithstanding any other provision of this Article, a person in the territory of the United States who is subject to the laws on coverage of the United Kingdom by virtue of any of the Articles 4 to 6 of this Agreement and who satisfies the contribution conditions applicable to sickness benefit under those laws shall, for the purpose of determining his entitlement to invalidity benefit under those laws:

- (a) be treated as if he were in the territory of the United Kingdom; and
(b) each day of incapacity for work while in the territory of the United States may, where appropriate, be treated as if it were a day for which he had received sickness benefit under the laws of the United Kingdom.

17. Any restriction which would otherwise be applicable under the laws of the United Kingdom in the rate of benefit payable to persons who are not ordinarily resident in the territory of the United Kingdom shall not apply to persons in the territory of the United States who are in receipt of invalidity benefit under the laws of the United Kingdom by virtue of the provisions of this Agreement.”.

- (9) Article 21 paragraph 2 of the Agreement shall be revised to read as follows:

“2. If a disagreement cannot be resolved through negotiation, the Competent Authorities will endeavour to settle the issue through arbitration, mediation, or other mutually agreed procedure.”.

ARTICLE 2

The application of this Supplementary Agreement shall not result in any reduction in the amount of a benefit to which entitlement was established prior to its entry into force.

ARTICLE 3

This Supplementary Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which both Governments shall have informed each other by a formal exchange of notes that the steps necessary under their national statutes to enable the Supplementary Agreement to take effect have been taken.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorised thereto by their respective Governments, have signed this Supplementary Agreement.

Done in duplicate at London on 6th June 1996.

For the Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland:

WILLIAM MARSDEN

For the Government
of the United States of America:

TIMOTHY E. DEAL

SUPPLEMENTARY ADMINISTRATIVE AGREEMENT AMENDING THE ADMINISTRATIVE AGREEMENT FOR THE IMPLEMENTATION OF THE AGREEMENT ON SOCIAL SECURITY BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND THE GOVERNMENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the United States of America;

In accordance with Article 15(a) of the Agreement on Social Security between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the United States of America signed on their behalf at London on 13th February 1984 (hereinafter referred to as "the Agreement") as amended by the Supplementary Agreement of this date:

Have agreed to amend the Administrative Agreement for the implementation of the Agreement as follows:—

ARTICLE I

(1) Article 2 paragraph 1 of the Administrative Agreement shall be revised to read as follows:

"1. The liaison agencies referred to in Article 15 of the Agreement shall be:

(a) for the United States,
the Social Security Administration,

(b) for the United Kingdom,

(i) in Great Britain,

For all contingencies except Articles 4 to 6 of the Agreement and the provision of United Kingdom insurance records for Disability Benefit,

Department of Social Security
Pensions and Overseas Benefits Directorate
Tyneview Park
Whitley Road, Benton
Newcastle upon Tyne
England
NE98 1BA

For Articles 4 to 6 of the Agreement and to provide United Kingdom insurance records for Disability Benefit,

Contributions Agency
International Services
Longbenton
Newcastle upon Tyne
England
NE98 1YX

- (ii) in Northern Ireland,
 - Social Security Agency
 - Overseas Branch
 - Commonwealth House
 - Castle Street
 - Belfast
 - Northern Ireland
 - BT1 1DX
- (iii) in the Isle of Man,
 - Department of Health and Social Security
 - Markwell House
 - Market Street
 - Douglas
 - Isle of Man
 - IM1 2RZ
- (iv) in Jersey,
 - Employment and Social Security Department
 - Philip Le Feuvre House
 - La Motte Street
 - St Helier
 - Jersey
 - Channel Islands
 - JE4 8PE
- (v) in Guernsey,
 - Guernsey Social Security Authority
 - Edward T Wheadon House
 - Le Truchot
 - St Peter Port
 - Guernsey
 - Channel Islands
 - GY1 3WH.”.

(2) Article 9 paragraph 1 of the Administrative Agreement shall be revised by adding the following sentence at the end thereof:

“However, the Agencies of the two Parties may agree on a different allocation of expenses for medical examinations arranged under this paragraph.”.

ARTICLE 2

This Supplementary Administrative Agreement shall enter into force on the date of entry into force of the Supplementary Agreement of this date amending the Agreement.

Done at London on 6th June 1996 in duplicate.

For the Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland:

WILLIAM MARSDEN

For the Government
of the United States of America:

TIMOTHY E. DEAL

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD COMPLÉMENTAIRE PORTANT MODIFICATION DE L'ACCORD RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE ENTRE LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD ET LE GOUVERNEMENT DES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE

Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et le Gouvernement des États-Unis d'Amérique,

Ayant examiné l'Accord relatif à la sécurité sociale, signé en leurs noms respectifs, à Londres, le 13 février 1984¹ (ci-après dénommé l'« Accord »),

Ayant reconnu la nécessité d'amender certaines dispositions de l'Accord,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1. L'article premier de l'Accord doit désormais se lire comme suit :

a) Le paragraphe 1 doit désormais se lire comme suit :

« 1. Le terme « territoire » désigne

En ce qui concerne les États-Unis, les États, le district de Columbia, le Commonwealth de Porto Rico, les îles Vierges, Guam, les Samoa américaines, le Commonwealth des îles Mariannes septentrionales, et

En ce qui concerne le Royaume-Uni, l'Angleterre, l'Écosse, le pays de Galles, l'Irlande du Nord, ainsi que l'île de Man, l'île de Jersey et les îles de Guernesey, d'Alderney, de Herm et de Jethou, les références au « Royaume-Uni » ou au « territoire » à propos du Royaume-Uni englobant l'île de Man, l'île de Jersey et les îles de Guernesey, d'Alderney, de Herm et de Jethou selon le cas; »

b) Le paragraphe 3 doit désormais se lire comme suit :

« 3. L'expression « Autorité compétente » désigne

En ce qui concerne les États-Unis, le Directeur de la sécurité sociale, et

En ce qui concerne le Royaume-Uni, le Département de la sécurité sociale pour la Grande-Bretagne, le Département de la santé et des services sociaux pour l'Irlande du Nord, le Département de la santé et de la sécurité sociale de l'île de Man, la Commission de l'emploi et de la sécurité sociale des États de l'île de Jersey et la Direction de la sécurité sociale de Guernesey, selon le cas; »

c) Le paragraphe 7 doit désormais se lire comme suit :

« 7. En ce qui concerne le Royaume-Uni :

a) L'expression « période d'assurance » désigne

Toute période d'affiliation ou période assimilée;

b) L'expression « période de cotisation » désigne

Toute période pour laquelle des cotisations correspondant à la prestation en question sont dues, ont été versées ou sont considérées comme ayant été versées;

c) L'expression « période assimilée » désigne

Toute période pour laquelle des cotisations correspondant à la prestation en question ont été créditées;

¹ Voir p. 489 du présent volume.

d) L'expression « prestation de survivant » désigne

La prestation de veuve, l'indemnité de veuve, l'indemnité versée aux mères de famille veuves et la pension de veuve;

e) L'expression « prestation d'orphelin » désigne

L'allocation au tuteur et l'allocation spéciale pour enfant;

f) L'expression « législation régissant l'affiliation » désigne

Les lois et règlements relatifs à l'assujettissement au paiement des cotisations de sécurité sociale;

g) L'expression « période ouvrant droit à une prestation d'invalidité » désigne :

- i) Une période d'incapacité de 364 jours en vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, ou
- ii) Une période d'incapacité de 364 jours en vertu de la législation de Jersey, ou
- iii) Une période d'incapacité de 156 jours, à l'exclusion des dimanches, en vertu de la législation de Guernesey;

h) L'expression « première condition de cotisation » signifie :

- i) En vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, qu'une personne a acquitté au moins 52 cotisations de la classe I ou II antérieurement au 6 avril 1975, ou a acquitté, en un exercice de cotisation, des cotisations de la classe I ou II, correspondant à un revenu au moins 50 fois supérieur au revenu minimum pour cet exercice-là dans un exercice fiscal commençant au plus tôt le 6 avril 1975, ou
- ii) En vertu de la législation de Jersey, qu'une personne a acquitté des cotisations avant la fin du trimestre pertinent et que le facteur annuel de cotisation tiré desdites cotisations n'est pas inférieur à 0,25, ou
- iii) En vertu de la législation de Guernesey, qu'une personne a acquitté au moins 26 cotisations admissibles depuis le 4 janvier 1965 ou depuis la date de son affiliation au plan de Guernesey;

i) L'expression « deuxième condition de cotisation » signifie :

- i) En vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, qu'une personne a acquitté des cotisations de la classe I ou II correspondant à un revenu au moins 50 fois supérieur au revenu minimum au cours de chacun des deux derniers exercices de cotisation accomplis antérieurement à l'année ouvrant droit à la prestation considérée, ou en a été créditée, ou
- ii) En vertu de la législation de Jersey, qu'une personne a acquitté des cotisations correspondant au trimestre pertinent, ou en a été créditée et que le facteur trimestriel de cotisation tiré desdites cotisations est de 1,00, ou
- iii) En vertu de la législation de Guernesey, qu'une personne a acquitté au moins 26 cotisations admissibles au cours de l'exercice de cotisation considéré, ou en a été créditée;

j) L'expression « année ouvrant droit » désigne :

- i) Aux termes de la législation de la Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, 50 semaines au moins d'assurance acquises avant le 6 avril 1975 ou que la personne a perçu, ou est censée avoir perçu, un revenu au moins 52 fois supérieur au revenu minimum lors d'un exercice fiscal suivant le 5 avril 1978 dans le cadre de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, ou
- ii) Un facteur annuel de cotisation de 1,00 en vertu de la législation de Jersey, ou

iii) Une période d'au moins 50 semaines d'assurance en vertu de la législation de Guernesey;

k) L'expression « année admissible » s'entend d'un exercice fiscal compris entre le 6 avril 1975 et le 5 avril 1978, au cours duquel ont été versées des cotisations sur les revenus perçus (ou censés avoir été perçus) au moins 50 fois supérieur au revenu minimum pour cet exercice;

l) L'expression « période prescrite » désigne, pour Jersey et Guernesey la période commencée à la même date, en vertu de la législation de Jersey ou de Guernesey, selon le cas, que la période à prendre en compte aux fins de la pension de vieillesse et échue le 31 décembre précédant la date à laquelle le droit à une prestation d'invalidité échoit pour la première fois;

m) L'expression « prestation de maladie » s'entend :

i) D'une prestation d'incapacité de courte durée due au taux le plus faible, le plus élevé ou prolongé en vertu de la législation de la Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, ou

ii) D'une prestation de maladie due en vertu de la législation de Jersey ou de Guernesey;

n) L'expression « prestation d'invalidité » s'entend :

i) D'une prestation d'incapacité de longue durée, d'une pension supplémentaire, d'une indemnité d'invalidité et de toute majoration imputable à l'âge dus en vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, ou

ii) D'une prestation d'invalidité due en vertu de la législation de Jersey ou de Guernesey. »

2. Au sous-alinéa ii de l'alinéa a du paragraphe 1 de l'article 2 de l'Accord, l'année « 1954 » est remplacée par l'année « 1986 ».

3. L'alinéa b du paragraphe 1 de l'article 2 de l'Accord doit désormais se lire comme suit :

« b) En ce qui concerne le Royaume-Uni :

i) La loi de 1992 sur l'administration de la sécurité sociale, la loi de 1992 sur les cotisations et les prestations de sécurité sociale, la loi de 1992 sur la sécurité sociale (Dispositions corrélatives) et la loi de 1994 sur la sécurité sociale (Incapacité de travail);

ii) La loi de 1992 sur l'administration de la sécurité sociale (Irlande du Nord), la loi de 1992 sur les cotisations et les prestations de sécurité sociale (Irlande du Nord), la loi de 1992 sur la sécurité sociale (Dispositions corrélatives) [Irlande du Nord] et la loi de 1994 sur la sécurité sociale (Incapacité de travail) [Irlande du Nord];

iii) La loi de 1992 sur l'administration de la sécurité sociale, la loi de 1992 sur les cotisations et les prestations de sécurité sociale, la loi de 1992 sur la sécurité sociale (Dispositions corrélatives) et la loi de 1994 sur la sécurité sociale (Incapacité de travail) (*Acts of Parliament*) dans la mesure où ces lois s'appliquent à l'île de Man du fait d'ordonnances adoptées ou ayant pris effet comme si elles avaient été adoptées, au titre de la loi de 1982 sur la sécurité sociale (*Act of Tynwald*);

iv) La loi de 1974 sur la sécurité sociale (Jersey);

v) La loi de 1978 sur les assurances sociales (Guernesey);

et les lois qui ont été abrogées ou unifiées, par ces *Acts*, lois ou ordonnances, ou abrogées par la législation qui les unifiait. »

4. Au paragraphe 2 de l'article 4 de l'Accord, le mot « normalement » doit être insérée immédiatement avant les mots « employée par ».

5. Le paragraphe 3 de l'article 4 doit désormais se lire comme suit :

« 3. Toute personne qui est affiliée en vertu des lois sur l'affiliation de l'une ou l'autre des deux Parties au titre d'une activité indépendante est exclusivement assujettie à la législation régissant l'affiliation de la Partie sur le territoire de laquelle elle réside habituellement. »

6. Le paragraphe 2 de l'article 7 de l'Accord doit désormais se lire ainsi :

« 2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article et des dispositions de l'article 14 ci-après, toute personne qui aurait droit à une pension de vieillesse, une pension de retraite, une prestation de survivant ou d'invalidité en vertu de la législation du Royaume-Uni au même titre que si elle se trouvait au Royaume-Uni est en droit de percevoir cette pension ou prestation si elle réside habituellement sur le territoire des États-Unis au même titre que si elle se trouvait au Royaume-Uni. »

7. Le paragraphe 3 de l'article 11 de l'Accord doit désormais se lire comme suit :

« 3. Lorsque les périodes d'affiliation accomplies par une personne aux termes de la législation :

i) De Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, sont inférieures à une année admissible ou, selon le cas, à une année ouvrant droit, ou qu'elles ne s'appliquent qu'à des périodes antérieures au 6 avril 1975 et que leur somme est inférieure à 50 semaines, ou

ii) De Jersey, sont inférieures à un facteur de cotisation annuel de 1,00, ou

iii) De Guernesey, sont inférieures à 50 semaines,

ces périodes sont cumulées comme si elles avaient toutes été accomplies en vertu de la législation d'une partie quelconque du territoire du Royaume-Uni au titre desquelles une pension est due ou serait due si les périodes étaient cumulées, et, lorsque deux pensions de cette nature sont ou seraient dues, les périodes sont cumulées en vertu de la législation de la partie du territoire qui, à la date à laquelle le droit s'ouvre ou s'est ouvert, verse ou verserait le montant le plus élevé. Lorsque les périodes d'affiliation cumulées sont inférieures à une année ouvrant droit ou à une année admissible, ni le présent article ni l'article 9 ne s'appliquent. »

8. L'article 14 de l'Accord doit désormais se lire comme suit :

« 1. Les dispositions des paragraphes 2 à 5 du présent article s'appliquent aux demandes de prestation d'invalidité en vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man.

2. Toute personne qui aura satisfait à la première condition de cotisation ouvrant droit à une prestation de maladie telle que définie à l'article premier du présent Accord, du fait de cotisations acquittées en vertu seulement de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, qui se trouve sur le territoire des États-Unis et n'est pas assujettie à la législation régissant l'affiliation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man en vertu des articles 4, 5 et 6 du présent Accord, sera habilitée à percevoir une prestation d'invalidité au titre de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man si :

a) La deuxième condition de cotisation ouvrant droit à une prestation de maladie en vertu de la législation du Royaume-Uni est satisfaite sur la base des périodes pertinentes d'affiliation accomplies dans le cadre de cette législation et, le cas échéant, dans celui de la législation des États-Unis, et

b) La personne souffre d'une incapacité de travail depuis le début de la période ouvrant droit à une prestation d'invalidité, auquel cas elle est traitée comme si une prestation de maladie, suivie d'une prestation d'invalidité en vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, avait été versée durant toute la période d'incapacité.

Aux fins de l'alinéa *a* ci-dessus, une personne est considérée comme ayant satisfait à la deuxième condition de cotisation lorsqu'ont été portés à son crédit deux trimestres au moins d'affiliation en vertu de la législation des Etats-Unis au cours de chacune des deux dernières années de cotisations accomplies antérieurement à l'année d'ouverture du droit à prestations. L'autorité compétente concernée de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man réaffectent tout trimestre de cotisation crédité à une personne en vertu de la législation des Etats-Unis au cours d'une année civile à tout autre trimestre civil de cette année-là si cela est nécessaire pour satisfaire à la deuxième condition de cotisation au cours de l'année de cotisation pertinente à condition que ce trimestre n'ait pas servi à satisfaire à la deuxième condition de cotisation pour toute autre année de cotisation pertinente.

Le taux de la prestation d'invalidité due sera celui qui serait applicable en vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man si le présent Accord n'était pas d'application, à moins que la personne n'ait droit à une prestation d'invalidité en vertu de la législation des Etats-Unis, indépendamment ou non de l'application du présent Accord, auquel cas le taux de la prestation d'invalidité due sera déterminé conformément aux dispositions du paragraphe 3 du présent article.

3. Compte tenu des alinéas *a* et *b* du présent paragraphe, l'organisme intéressé de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man déterminera le ratio entre la prestation d'invalidité due en vertu de sa législation et la prestation intégrale, qui sera le même que celui entre le total des périodes d'affiliation accomplies en vertu de sa législation et le total des périodes d'affiliation accomplies en vertu de la législation des deux Parties.

a) Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 5 de l'article 9 et les dispositions des paragraphes 4, 6 et 7 de l'article 11 du présent Accord s'appliquent aux périodes d'affiliation créditées en vertu de la législation des Etats-Unis comme si les mentions faites dans ces articles à une pension de vieillesse, une pension de retraite ou une pension s'étendaient à une prestation d'invalidité;

b) Aux fins de calculer la proportion due de la prestation d'invalidité, il ne sera pas tenu compte des périodes d'affiliation accomplies après la date du début de l'incapacité de la personne concernée;

La prestation calculée conformément aux dispositions ci-dessus sera celle qui sera effectivement due à l'intéressé.

4. Si une personne qui séjourne sur le territoire de la Grande-Bretagne, de l'Irlande du Nord ou de l'île de Man, ou une personne qui réside en dehors de ce territoire et qui a droit à une prestation d'invalidité en vertu de la législation applicable autrement qu'en vertu du paragraphe 2 du présent article, a droit à une prestation d'invalidité en vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man et a également droit à une prestation d'invalidité en vertu de la législation des Etats-Unis, indépendamment ou non de l'application du présent Accord, le taux de la prestation d'invalidité due en vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man sera déterminé conformément aux dispositions des paragraphes 3 et 5 du présent article.

5. Au cas où une personne à laquelle s'appliquent les dispositions du paragraphe 4 du présent article :

a) Aurait droit à une prestation d'invalidité en vertu de la législation de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man, hors de l'application du présent Accord; et

b) A droit à la fois à une prestation d'invalidité en vertu du paragraphe 3 du présent article et à une prestation d'incapacité en vertu de la législation des Etats-Unis, indépendamment ou non de l'application du présent Accord, et si la somme de ces deux presta-

tions est inférieure au montant de la prestation d'invalidité auquel la personne aurait autrement eu droit en vertu de l'alinéa *a* ci-dessus,

l'autorité compétente de Grande-Bretagne, d'Irlande du Nord ou de l'île de Man calculera la différence entre les montants des prestations calculés conformément aux alinéas *a* et *b* ci-dessus à la date d'ouverture du droit à une prestation d'invalidité, et versera cette différence en sus de la prestation d'invalidité due. Le montant supplémentaire continuera d'être versé dans les mêmes conditions que la prestation d'invalidité et sous réserve de majorations équivalentes, selon qu'il conviendra.

6. Nonobstant toute autre disposition du présent Accord, une prestation d'invalidité n'est due en vertu de la législation de Jersey ou de Guernesey que conformément aux paragraphes 7 à 9 du présent article.

7. Afin d'acquérir le droit à une prestation d'invalidité, une personne qui se trouve sur le territoire des Etats-Unis et

a) Qui satisfait à la première condition de cotisation ouvrant droit à une prestation d'invalidité au moyen de cotisations acquittées exclusivement dans le cadre de la législation de Jersey; et

b) Qui satisfait à la deuxième condition de cotisation ouvrant droit à une prestation d'invalidité au moyen des périodes admissibles accomplies dans le cadre de la législation de l'une ou l'autre Partie; et

c) Qui est frappée d'une incapacité de travail, cela durant toute la période ouvrant droit à une prestation d'invalidité,

sera considérée comme ayant eu droit à une prestation de maladie durant toute cette période.

Aux fins de l'alinéa *b* ci-dessus, une personne sera considérée comme ayant satisfait à la deuxième condition de cotisation si elle est créditée d'au moins deux trimestres d'affiliation en vertu de la législation des Etats-Unis au cours des deux dernières années civiles d'affiliation accomplies antérieurement à l'année civile au cours de laquelle la personne a fait valoir ses droits.

8. Lorsqu'une personne a satisfait aux conditions énoncées au paragraphe 7 ci-dessus, l'autorité compétente de Jersey déterminera le taux effectif de la prestation d'invalidité exigible. Le rapport entre ce montant et le taux standard de la prestation est le même que le rapport entre le facteur moyen des cotisations au cours d'une vie et le chiffre 1,00 au cours de la période prescrite, étant entendu toutefois qu'aucune prestation n'est versée lorsque ce facteur est inférieur à 0,1.

9. Lorsqu'une personne qui se trouve à Jersey a droit à une prestation d'invalidité en vertu de la législation de Jersey, la pension est due.

10. Nonobstant toute autre disposition du présent Accord, une prestation d'invalidité ne sera due en vertu de la législation de Guernesey qu'aux seuls termes des paragraphes 11 à 13 du présent article.

11. Afin d'acquérir le droit à une prestation d'invalidité, une personne qui se trouve sur le territoire des Etats-Unis ou de Guernesey, et

a) Qui satisfait à la première condition de cotisation ouvrant droit à une prestation de maladie au titre des cotisations acquittées exclusivement en vertu de la législation de Guernesey; et

b) Qui satisfait à la deuxième condition de cotisation ouvrant droit à une prestation de maladie au titre des périodes d'affiliation accomplies en vertu de la législation de l'une ou l'autre Partie; et

c) Qui est frappée d'une incapacité de travail, cela durant toute la période ouvrant droit à une prestation d'invalidité;

sera considérée comme ayant eu droit à une prestation de maladie durant toute cette période.

Aux fins de l'alinéa *b* ci-dessus, chaque trimestre d'affiliation crédité en vertu de la législation des Etats-Unis au cours de l'année de cotisation pertinente est considéré comme une période de cotisation de treize semaines accomplie au titre d'une activité salariale ou indépendante au cours de l'année de cotisation considérée.

12. Si une personne satisfait aux conditions énoncées au paragraphe 11 ci-dessus, l'autorité compétente de Guernesey :

a) Considèrera que les conditions de cotisation ouvrant droit à une prestation d'invalidité sont satisfaites pour autant que les périodes d'affiliation en vertu de la législation de Guernesey représentent au total une année ouvrant droit à prestation, et

b) Calculera le montant de la prestation d'invalidité due, sous réserve des dispositions du paragraphe 13 ci-dessus, comme le ratio, à concurrence de 100%, entre le taux standard du nombre total de cotisations versées ou créditées à Guernesey durant la période prescrite et le produit du nombre des années de cette période est 50, étant entendu que, si le montant ainsi calculé est inférieur à un vingtième du taux standard, aucune prestation ne sera due.

13. Si une personne se trouve à Guernesey et :

a) N'a droit à une prestation d'invalidité en vertu de la législation de Guernesey que du fait de l'application des paragraphes 11 et 12, ou n'y a eu droit que du fait de l'application desdits paragraphes; et

b) Perçoit une prestation d'incapacité en vertu de la législation des Etats-Unis, indépendamment ou non de l'application des dispositions du présent Accord,

le montant de la prestation d'invalidité due en vertu de la législation de Guernesey sera réduit de la différence entre la somme des deux prestations et le taux standard de la prestation d'invalidité prévu par la législation de Guernesey.

14. Aucune personne à qui une prestation d'invalidité est due en vertu du présent Accord ne bénéficiera d'un crédit de cotisation en vertu de la législation de Jersey ou Guernesey à moins d'être présente à Jersey ou Guernesey, selon le cas.

15. Si la somme des périodes d'affiliation accomplies par une personne dans le cadre de la législation d'une partie quelconque du Royaume-Uni est inférieure à une année ouvrant droit ou à une année admissible, ces périodes seront traitées comme si elles avaient toutes été accomplies dans le cadre de la législation d'une partie quelconque du territoire du Royaume-Uni en vertu de laquelle une prestation de maladie ou une prestation d'invalidité est due ou serait due si ces périodes étaient prises en compte, ou, au cas où ces deux prestations sont ou seraient dues, en vertu de la législation de cette partie du Royaume-Uni, comme accomplies dans le cadre de la législation de celle qui, à la date à laquelle le droit est ou a été ouvert, verse ou verserait le montant le plus élevé. Au cas où la somme des périodes d'affiliation est inférieure à une année ouvrant droit ou à une année admissible, les dispositions du présent article ne s'appliquent pas.

16. Nonobstant toute autre disposition du présent article, une personne qui se trouve sur le territoire des Etats-Unis et qui est assujettie à la législation régissant l'affiliation du Royaume-Uni au titre de l'un quelconque des articles 4 à 6 du présent Accord, et qui satisfait aux conditions de cotisation applicables à la prestation de maladie en vertu de cette législation est traitée, aux fins de la détermination de son droit à prestation d'invalidité en vertu de cette législation :

a) Comme si elle se trouvait sur le territoire du Royaume-Uni; et

b) Pour chaque journée d'incapacité de travail pendant qu'elle se trouve sur le territoire des Etats-Unis, selon le cas, comme s'il s'agissait d'une journée pour laquelle elle a perçu une prestation de maladie en vertu de la législation du Royaume-Uni.

17. Toute restriction qui serait normalement applicable en vertu de la législation du Royaume-Uni au taux de la prestation due aux personnes qui ne résident pas habituellement sur le territoire du Royaume-Uni ne s'applique pas aux personnes qui se trouvent sur le territoire des États-Unis et qui ont droit à une prestation d'invalidité en vertu de la législation du Royaume-Uni du fait de l'application des dispositions du présent Accord. »

9. Le paragraphe 2 de l'article 21 du présent Accord se lit désormais comme suit :

« 2. Lorsqu'un désaccord ne peut être réglé par les autorités compétentes, les autorités compétentes s'efforcent de résoudre la situation par voie d'arbitrage, de médiation ou par toute autre procédure convenue d'un commun accord entre les parties. »

Article 2

La mise en œuvre du présent Accord complémentaire n'entraînera aucune réduction du montant d'une prestation acquise avant son entrée en vigueur.

Article 3

Le présent Accord complémentaire entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois au cours duquel les deux gouvernements se seront mutuellement informés, par un échange de notes officiel, de l'accomplissement de leurs procédures législatives requises respectivement pour l'entrée en vigueur de l'Accord.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, à ce dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord complémentaire.

FAIT en deux exemplaires, à Londres, le 6 juin 1996.

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord :

WILLIAM MARSDEN

Pour le Gouvernement
des États-Unis d'Amérique :

TIMOTHY E. DEAL

ACCORD ADMINISTRATIF COMPLÉMENTAIRE AMENDANT L'ACCORD ADMINISTRATIF DE MISE EN ŒUVRE DE L'ACCORD RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE ENTRE LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD ET LE GOUVERNEMENT DES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE

Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique,

Conformément aux dispositions de l'alinéa *a* de l'article 15 de l'Accord relatif à la sécurité sociale entre le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, signé à Londres en leurs noms respectifs le 13 février 1984 (ci-après dénommé l'« Accord ») tel qu'amendé par l'Accord complémentaire daté de ce jour,

Sont convenus d'amender l'Accord administratif de mise en œuvre de l'Accord, comme suit :

Article premier

1. Le paragraphe 1 de l'article 2 de l'Accord administratif est modifié comme suit :

« 1. Les organismes de liaison évoqués à l'article 15 de l'Accord sont les suivants :

- a) Pour les Etats-Unis,
L'Administration de la sécurité sociale,
- b) Pour le Royaume-Uni :

i) En Grande-Bretagne :

Pour toutes questions relevant des articles 4 à 6 de l'Accord et la fourniture des dossiers d'assurance du Royaume-Uni aux fins de la prestation d'invalidité,

Department of Social Security
Pensions and Overseas
Benefits Directorate
Tyneview Park
Whitley Road, Benton
Newcastle upon Tyne
England
NE98 1BA

Pour les questions relevant des articles 4 à 6 de l'Accord et pour fournir au Royaume-Uni les dossiers d'assurance aux fins de la prestation d'invalidité :

Contributions Agency
International Services
Longbenton
Newcastle upon Tyne
England
NE98 1YX

ii) En Irlande du Nord :

Social Security Agency
Overseas Branch
Commonwealth House
Castle Street
Belfast
Northern Ireland
BT1 1DX

iii) En île de Man :

Department of Health and Social Security
Markwell House
Market Street
Douglas
Isle of Man
IM1 2RZ

iv) A Jersey :

Employment and Social Security Department
Philip Le Feuvre House
La Motte Street
St Helier
Jersey
Channel Islands
JE4 8PE

v) A Guernesey :

Guernsey Social Security Authority
Edward T. Wheadon House
Le Truchot
St Peter Port
Guernesey
Channel Islands
GY1 3WH. »

2. La phrase suivante est à insérer à la fin de l'actuel paragraphe 1 de l'article 9 de l'Accord administratif :

« Toutefois, les organismes des deux Parties peuvent convenir d'une différente répartition des dépenses afférentes aux examens médicaux prévus au présent paragraphe. »

Article 2

Le présent Accord administratif complémentaire entrera en vigueur à la date d'entrée en vigueur de l'Accord complémentaire daté de ce jour portant amendement de l'Accord.

FAIT à Londres, le 6 juin 1996, en double exemplaire.

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord :

WILLIAM MARSDEN

Pour le Gouvernement
des Etats-Unis d'Amérique :

TIMOTHY E. DEAL

No. 25571. AGREEMENT ON CAB INTERNATIONAL. CONCLUDED AT LONDON ON 8 JULY 1986¹

N° 25571. ACCORD CONCERNANT CAB INTERNATIONAL. CONCLU À LONDRES LE 8 JUILLET 1986¹

WITHDRAWAL

Notification received by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on:

1 April 1997

NEW ZEALAND

(With effect from 1 April 1998.)

Certified statement was registered by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on 24 October 1997.

RETRAIT

Notification reçue par le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le :

1^{er} avril 1997

NOUVELLE-ZÉLANDE

(Avec effet au 1^{er} avril 1998.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le 24 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1490, p. 55, and annex A in volumes 1558, 1572, 1579, 1584, 1681, 1703, 1736, 1753, 1776, 1819 and 1930.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1490, p. 55, et annexe A des volumes 1558, 1572, 1579, 1584, 1681, 1703, 1736, 1753, 1776, 1819 et 1930.

No. 26971. BASIC AGREEMENT ON TECHNICAL AND SCIENTIFIC COOPERATION BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE UNITED MEXICAN STATES AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF PERU. SIGNED AT LIMA ON 16 JULY 1974¹

Nº 26971. ACCORD DE BASE RELATIF À LA COOPÉRATION TECHNIQUE ET SCIENTIFIQUE ENTRE LE GOUVERNEMENT DES ÉTATS-UNIS DU MEXIQUE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DU PÉROU. SIGNÉ À LIMA LE 16 JUILLET 1974¹

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of Mexico registered on 22 October 1997 the Basic Agreement on technical and scientific cooperation between the Government of the United Mexican States and the Government of the Republic of Peru signed at Mexico City on 26 March 1996.²

The said Agreement, which came into force on 5 November 1996, provides, in its article XIII, for the termination of the above-mentioned Agreement of 16 July 1974.

(22 October 1997)

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement mexicain a enregistré le 22 octobre 1997 l'Accord de base relatif à la coopération technique et scientifique entre le Gouvernement des États-Unis du Mexique et le Gouvernement de la République du Pérou signé à Mexico le 26 mars 1996².

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 5 novembre 1996, stipule, à son article XIII, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 16 juillet 1974.

(22 octobre 1997)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1551, p. 201.

² See p. 235 of this volume.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1551, p. 201.

² Voir p. 235 du présent volume.

No. 27627. UNITED NATIONS CONVENTION AGAINST ILLICIT TRAFFIC IN NARCOTIC DRUGS AND PSYCHOTROPIC SUBSTANCES. CONCLUDED AT VIENNA ON 20 DECEMBER 1988¹

N° 27627. CONVENTION DES NATIONS UNIES CONTRE LE TRAFIC ILLICITE DE STUPÉFIANTS ET DE SUBSTANCES PSYCHOTROPES. CONCLUE À VIENNE LE 20 DÉCEMBRE 1988¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

23 October 1997

SINGAPORE

(With effect from 21 January 1998.)

With the following declaration and reservation:

“Declaration:

With respect to article 6, paragraph 3, the Republic of Singapore declares that it shall not consider the Convention as the legal basis for extradition in respect of any offence to which article 6 applies.

Reservation:

The Republic of Singapore declares, in pursuance of article 32, paragraph 4 of the Convention that it will not be bound by the provisions of article 32, paragraphs 2 and 3.”

Registered ex officio on 23 October 1997.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

23 octobre 1997

SINGAPOUR

(Avec effet au 21 janvier 1998.)

Avec la déclaration et la réserve suivante :

[TRADUCTION — TRANSLATION]

Déclaration :

En ce qui concerne le paragraphe 3 de l'article 6, la République de Singapour déclare qu'elle ne considérera pas la Convention comme base légale d'extradition à l'égard des infractions auxquelles l'article 6 s'applique.

Réserve :

En vertu du paragraphe 4 de l'article 32 de la Convention, la République de Singapour déclare qu'elle ne sera pas liée par les dispositions des paragraphes 2 et 3 de [ladite Convention].

Enregistré d'office le 23 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1582, No. I-27627, and annex A in volumes 1587, 1588, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1606, 1639, 1641, 1642, 1649, 1653, 1654, 1655, 1656, 1658, 1660, 1662, 1663, 1665, 1671, 1672, 1676, 1677, 1679, 1690, 1691, 1694, 1695, 1696, 1697, 1703, 1712, 1715, 1717, 1719, 1722, 1724, 1725, 1726, 1727, 1728, 1732, 1733, 1734, 1748, 1749, 1751, 1760, 1762, 1764, 1768, 1776, 1777, 1785, 1828, 1829, 1832, 1856, 1857, 1860, 1861, 1863, 1864, 1870, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1894, 1902, 1912, 1914, 1916, 1918, 1919, 1920, 1921, 1927, 1929, 1931, 1934, 1947, 1950, 1966, 1967, 1973, 1976, 1977, 1978, 1979, 1983, 1984 and 1989.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1582, n° I-27627, et annexe A des volumes 1587, 1588, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1606, 1639, 1641, 1642, 1649, 1653, 1654, 1655, 1656, 1658, 1660, 1662, 1663, 1665, 1671, 1672, 1676, 1677, 1679, 1690, 1691, 1694, 1695, 1696, 1697, 1703, 1712, 1715, 1717, 1719, 1722, 1724, 1725, 1726, 1727, 1728, 1732, 1733, 1734, 1748, 1749, 1751, 1760, 1762, 1764, 1768, 1776, 1777, 1785, 1828, 1829, 1832, 1856, 1857, 1860, 1861, 1863, 1864, 1870, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1894, 1902, 1912, 1914, 1916, 1918, 1919, 1920, 1921, 1927, 1929, 1931, 1934, 1947, 1950, 1966, 1967, 1973, 1976, 1977, 1978, 1979, 1983, 1984 et 1989.

No. 30822. UNITED NATIONS FRAME-
WORK CONVENTION ON CLIMATE
CHANGE. CONCLUDED AT NEW
YORK ON 9 MAY 1992¹

N° 30822. CONVENTION-CADRE DES
NATIONS UNIES SUR LES CHANGE-
MENTS CLIMATIQUES. CONCLUE À
NEW YORK LE 9 MAI 1992¹

RATIFICATION

Instrument deposited on:

14 October 1997

SURINAME

(With effect from 12 January 1998.)

Registered ex officio on 14 October 1997.

RATIFICATION

Instrument déposé le :

14 octobre 1997

SURINAME

(Avec effet au 12 janvier 1998.)

Enregistré d'office le 14 octobre 1997.

RATIFICATION

Instrument deposited on:

15 October 1997

CYPRUS

(With effect from 13 January 1998.)

Registered ex officio on 15 October 1997.

RATIFICATION

Instrument déposé le :

15 octobre 1997

CHYPRE

(Avec effet au 13 janvier 1998.)

Enregistré d'office le 15 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1771, No. I-30822, and annex A in volumes 1772, 1773, 1774, 1775, 1776, 1777, 1785, 1787, 1788, 1792, 1819, 1820, 1821, 1828, 1829, 1831, 1836, 1840, 1841, 1843, 1844, 1846, 1849, 1856, 1860, 1861, 1864, 1865, 1870, 1871, 1885, 1886, 1887, 1891, 1893, 1894, 1897, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1912, 1914, 1920, 1927, 1929, 1935, 1936, 1938, 1949, 1955, 1977, 1979, 1988, 1989 and 1994.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1771, n° I-30822, et annexe A des volumes 1772, 1773, 1774, 1775, 1776, 1777, 1785, 1787, 1788, 1792, 1819, 1820, 1821, 1828, 1829, 1831, 1836, 1840, 1841, 1843, 1844, 1846, 1849, 1856, 1860, 1861, 1864, 1865, 1870, 1871, 1885, 1886, 1887, 1891, 1893, 1894, 1897, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1912, 1914, 1920, 1927, 1929, 1935, 1936, 1938, 1949, 1955, 1977, 1979, 1988, 1989 et 1994.

No. 31363. UNITED NATIONS CONVENTION ON THE LAW OF THE SEA. CONCLUDED AT MONTEGO BAY ON 10 DECEMBER 1982¹

N° 31363. CONVENTION DES NATIONS UNIES SUR LE DROIT DE LA MER. CONCLUE À MONTEGO BAY LE 10 DÉCEMBRE 1982¹

RATIFICATION

Instrument deposited on:

16 October 1997

BENIN

(With effect from 15 November 1997.)

Registered ex officio on 16 October 1997.

RATIFICATION

Instrument déposé le :

16 octobre 1997

BÉNIN

(Avec effet au 15 novembre 1997.)

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1833, p. 3, and annex A in volumes 1836, 1843, 1846, 1850, 1856, 1862, 1864, 1870, 1880/1881, 1885, 1886, 1896, 1897, 1899, 1902, 1903, 1904, 1917, 1920, 1921, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1935, 1938, 1945, 1952, 1957, 1962, 1964, 1965, 1966, 1980, 1981, 1984, 1988 and 1990.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1834, p. 3, et annexe A des volumes 1836, 1843, 1846, 1850, 1856, 1862, 1864, 1870, 1880/1881, 1885, 1886, 1896, 1897, 1899, 1902, 1903, 1904, 1917, 1920, 1921, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1935, 1938, 1945, 1952, 1957, 1962, 1964, 1965, 1966, 1980, 1981, 1984, 1988 et 1990.

No. 31364. AGREEMENT RELATING TO THE IMPLEMENTATION OF PART XI OF THE UNITED NATIONS CONVENTION ON THE LAW OF THE SEA OF 10 DECEMBER 1982. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 28 JULY 1994¹

N° 31364. ACCORD RELATIF À L'APPLICATION DE LA PARTIE XI DE LA CONVENTION DES NATIONS UNIES SUR LE DROIT DE LA MER DU 10 DÉCEMBRE 1982. ADOPTÉ PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 28 JUILLET 1994¹

PARTICIPATION in the above-mentioned Agreement

Instrument of ratification of the United Nations Convention on the Law of the Sea of 1982 on:

16 October 1997

BENIN

(With effect from 15 November 1997.)

Registered ex officio on 16 October 1997.

PARTICIPATION à l'Accord susmentionné

Instrument de ratification à la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer de 1982 déposé le :

16 octobre 1997

BÉNIN

(Avec effet au 15 novembre 1997.)

Enregistré d'office le 16 octobre 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1836, p. 3, and annex A in volumes 1836, 1841, 1843, 1846, 1850, 1855, 1856, 1858, 1862, 1864, 1865, 1870, 1880/1881, 1884, 1885, 1886, 1887, 1897, 1899, 1904, 1917, 1920, 1921, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1935, 1938, 1945, 1947, 1952, 1957, 1962, 1966, 1980, 1984 and 1988.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1836, p. 3, et annexe A des volumes 1836, 1841, 1843, 1846, 1850, 1855, 1856, 1858, 1862, 1864, 1865, 1870, 1880/1881, 1884, 1885, 1886, 1887, 1897, 1899, 1904, 1917, 1920, 1921, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1935, 1938, 1945, 1947, 1952, 1957, 1962, 1966, 1980, 1984 et 1988.